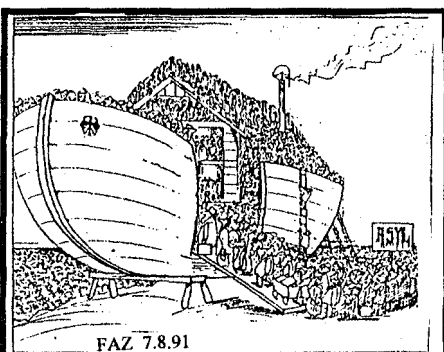


Der Nazi-Pogrom in Hoyerswerda

von September 1991

Unter der Losung
"Wiedervereinigung der deutschen Nation" erreicht die
nationalistisch geschürte Pogromstimmung einen Höhepunkt



FAZ 7.8.91
Die Schüler Goebbels bei der Arbeit.
Die bürgerlichen Medien bereiten die
Pogromatmosphäre vor.



Gautreffen der Nazis der "Deutschen Alternative"
in Hoyerswerda nach dem Pogrom



Aus dem Inhalt

- ☐ **Die chauvinistische u. rassistische Hetze trägt in Hoyerswerda ihre Früchte**
Eine Chronologie des Pogroms vom September 1991
Außerdem: Über die 'vergessenen' Pogrome vom 1. Mai u. 2. Oktober 1990
- ☐ **Staatsapparat und Nazis Hand in Hand**
Nazis machen die Arbeit der westdeutschen Imperialisten, die selbst eine Politik der Abschreckung betreiben
- ☐ **Der Pogrom wird zum "Normalfall" erklärt**
Wie bürgerliche Politiker und deutsche Behörden Nazis in Schutz nehmen
- ☐ **Protest, Widerstand und Solidaritätsaktionen mit den Opfern**

I N H A L T

Vorwort

4

Die chauvinistische Hetze trägt ihre Früchte:

Das Pogrom in Hoyerswerda und seine Signalwirkung im September 1991

6

Chronologie der Pogromtage vom 17. – 22. September 1991 in Hoyerswerda 6

Der rassistische Terror richtet sich gegen:

das Wohnheim der vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter in der Albert-Schweitzer-Straße und das Flüchtlingswohnheim in der Thomas Müntzer Straße

- Saarlouis 19. September: Samuel Kofi Yeboah von Nazis ermordet 10
- Offener Antiziganismus (BILD 19.9.) 11
- Stimmen der Opfer: Arbeiter des Wohnheims – in den Tagen nach dem Pogrom 13
- Stimmen der Opfer: Aus einem Interview mit Flüchtlingen aus Hoyerswerda 16
- Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda 20

Die Opfer des Pogroms, Flüchtlinge sowie vietnamesische und mosambikanische Arbeiter, müssen die Stadt verlassen und werden von den Behörden schikaniert bzw. abgeschoben 23

Der rassistische Terror erreicht 1991 sowohl in Westdeutschland als auch in der Ex-DDR eine neue Stufe und hat einen Höhepunkt nach dem Pogrom in Hoyerswerda 26

Nazis machen die Arbeit der west/deutschen Imperialisten, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden!

Zur Vorgeschichte des Pogroms in Hoyerswerda 28

1. Der rassistische Terror im Jahr 1990: 28

Das Pogrom am 1. Mai 1990 und der Naziüberfall am 2./3. Oktober 1990 in Hoyerswerda

2. Das Pogrom vom September 1991 wurde in aller Öffentlichkeit vorbereitet 29

Einleitung der Hetze in der tonangebenden Lokalpresse und von städtischen Behörden - Bildung eines rassistischen Bürgerforums - Direkte Aufforderung zu rassistischen Aktionen mit Ultimatum

3. "Allen politischen Verantwortlichen im Freistaat" ist „bekannt gewesen, daß eine Eskalation der Gewalt gegen Ausländer zu befürchten sei" 33

- Aus der Erklärung der Landräte der Oberlausitz/Niederschlesien -

4. Freibrief für Nazis im Interesse der west/deutschen Imperialisten 33

Staatliche Behörden verschaffen den Nazis durch ihre Genehmigungspraxis den öffentlichen Raum für ihre Hetze und ihren Terror

Der Naziterror wird von den bürgerlichen Politikern verharmlost

- Offener Rassismus gegen Sinti und Roma - von einer „Bürgerwehr“ in Hoyerswerda
- Wie Antiziganismus von Amts wegen forciert wird

5. Nazis und Polizei Hand in Hand 35

6. Nazis aus Ost und West - die Aktivisten des Pogroms 36

Wie bürgerliche Politiker und Behörden Nazis in Schutz nehmen: Das Pogrom wird zum "Normalfall" erklärt

39

1. Politiker und Medien machen die Opfer des Pogroms verantwortlich 39
 - *"Unsere Leute müssen ihren Frust auch mal ablassen können"*
 - Wortmeldungen der evangelischen Kirche zu Hoyerswerda -
2. Der Innenminister stellt sich vor seinen Polizeiapparat, der das Pogrom ermöglichte 41
3. Die Gemeinsame Presseerklärung aller politischen Fraktionen in Hoyerswerda verharmlost das Pogrom und nimmt die Täter in Schutz 41
 - Die Stadtraterklärung
 - Schlaglichter zur chauvinistischen und pronazistischen Hetze der PDS und ihrem Organ „Neues Deutschland“
4. Die Justiz schont die Täter des Pogroms 45
 - Amadeu Antonio Kiowa von Nazis ermordet
 - Die westdeutsche Justiz erklärt den Mord zur „*Körperverletzung mit Todesfolge*“
- * Im nationalen Tausel nach der Einverleibung der DDR herrscht Einigkeit zwischen allen Parteien des Bundestages:
Systematische chauvinistische Hetze im Jahr 1991 durch bürgerliche Politiker und Medien
 - Die Schüler Goebbels bei der Arbeit – die Brandstifter von heute
 - Ausschnitte aus bürgerlichen Medien -
 - Schlaglichter rassistischer Serien aus der BILD-Zeitung von September 1991
 - Die vollständige Abschaffung des Asylrechts wird vorangetrieben (Auszüge aus BILD)
 - Bürgerliche Soziologen und ihr 'Verständnis' für Rassismus/Chauvinismus und die rassistischen Täter

Protest, Widerstand und antifaschistische Solidaritätsaktionen

57

1. Die Opfer des Pogroms leisten Widerstand gegen die Nazis in Hoyerswerda und gegen die behördliche Zwangsverteilung 57
 - Gemeinsame Erklärung von Flüchtlingen aus Berlin, Norderstedt, Schwalbach und anderen Städten
2. Direkte antifaschistische Unterstützung und Solidarität 58
3. Weitere Protest- und Solidaritätsaktionen 62
 - DGB lehnt Großdemonstration ab
 - Die PDS hetzt gegen den antinazistischen Protest und Widerstand
 - Bürgerliche Medien von „Junge Welt“ bis FAZ hetzen gegen die Protest- und Widerstandsaktionen
 - Flugblatt des antirassistischen Zentrums Berlin

Nazis fühlen sich gestärkt - Ihr Terror in Hoyerswerda geht weiter

70

1. Weitere Nazi-Morde
 - Nazi aus Hoyerswerda ermordet Waltraud Scheffler
 - Die Nazis morden: Mike Zerna starb an den Folgen eines Naziüberfalls
2. Weiterer Nazi-Terror

Eine prinzipielle Stellungnahme zu der modernen Völkerwanderung

73

- Das imperialistische System ist die Ursache der „modernen Völkerwanderung“

Vorwort

1. Nachdem der deutsche Imperialismus mit der offiziellen Einverleibung der DDR am 3. Oktober 1990 einen großen Sieg feiern konnte, verstärkten sich Chauvinismus und Rassismus im "vereinten" Deutschland ganz massiv. Der bewußt geschürte nationale Taumel reichte bis in die Linke hinein. Auch um von den Betrugsmanövern in der Ex-DDR und den gewaltigen ökonomischen Problemen im "vereinten" Deutschland abzulenken, griff der deutsche Imperialismus zu seiner oft bewährten und erprobten Methode der Aufhetzung breiter Teile der Bevölkerung gegen eine Minderheit, vor allem gegen Menschen anderer Hautfarbe und alles was nicht als „deutsch“ angesehen wurde.

Im Jahre 1990 und besonders 1991 ging über Monate verstärkt eine gigantische Hetze durch alle Medien gegen Flüchtlinge, gegen Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, gegen Sinti und Roma. Die bürgerlichen Medien übertrafen sich gegenseitig darin, ein Horror-Szenarium über den "Ansturm der Armen" auf das angeblich überforderte Deutschland auszumalen. Die immer wiederkehrenden Erklärungen und Karikaturen zur "Das Boot ist voll"-Propaganda in allen bürgerlichen Medien sind ein Beleg für diese bewußte und geplante systematische Aufhetzung.

1991 wurde eine breit angelegte Kampagne für die weitere Verschärfung des Asylrechts eingeleitet zur propagandistischen Vorbereitung für die Abschaffung des damals noch verfassungrechtlich verankerten Rechts auf Asyl. Zwar zierten sich zu diesem Zeitpunkt nach außen die SPD-Politiker noch, praktizierten selbst aber gleichzeitig verschärfte Maßnahmen gegen Flüchtlinge auf Landesebene. Bereits zwei Jahre später, 1993, stimmte die SPD einer entsprechenden Grundgesetzänderung zu, mit der das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft wurde.

Wie schon seit langem in Westdeutschland, hatte sich in den Ländern der Ex-DDR bereits vor und besonders nach der Einverleibung eine Nazi Szene herausbilden können. Die Nazis aus dem Westen schickten einen Teil ihrer Kader in die neuen Länder, um die dortige Nazi Szene zu unterstützen und weiter aufzubauen.

2. Die von den bürgerlichen Medien geschürte chauvinistische Hetzkampagne gegen Menschen mit anderem Pass, die Debatte um die Verschärfung des Asylrechts, die eine widerliche großmachtchauvinistische Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung schürte, das Gewährenlassen von Nazibanden und Naziparteien führte schon bald zu rassistischen Mordtaten: Die ersten Toten waren **Nihat Yusufoglu** in Hachenburg/Westerwald (28.12.90), **Alexander Selchow** in Rosdorf/Göttingen (1.1.91), **Jorge Joao Gomondai** in Dresden (31.3.91), **Agostinho** in Friedrichshafen (16.6.91) und **Samuel Kofi Yeboah** in Saarlouis (19.9.91).

Bereits im Mai 1990 fand ein Pogrom statt in Hoyerswerda: die damaligen Angriffe auf das Arbeiterwohnheim in Hoyerswerda waren verbunden mit der nazistischen Forderung der "Entfernung der Vietnamesen" und der Androhung weiterer Anschläge. Das Pogrom in Hoyerswerda kam also nicht unerwartet, der Boden für die chauvinistische Atmosphäre in breiten Teilen der Bevölkerung und für deren Umsetzung in die Tat durch die Nazis waren vorbereitet.

In dieser Pogromstimmung konnten Nazis und reaktionäre Teile der deutschen Bevölkerung in Hoyerswerda im September 1991, eine ganze Woche lang, fast ohne Proteste, gegen die Bewohner des Arbeiterwohnheimes wüten und Asylsuchende in einem Flüchtlingsheim in Hoyerswerda bedrohen. Unter dem Beifall einer von Tag zu Tag anwachsenden chauvinistisch verhetzten Menge, warfen Nazis und ihre rassistischen Unterstützer Steine und Brandsätze gegen die Wohnheime, zerschlugen die Fenster und belagerten die Unterkünfte der Arbeiter und Flüchtlinge täglich. Die Opfer dieses Pogroms griffen, auf sich allein gestellt, zur Selbsthilfe, verbarrikadierten sich in ihren Häusern und versuchten den rassistischen Terror abzuwehren.

3. Bei den Aktionen der Nazis, bei der Verbreitung ihrer Propaganda, bei chauvinistischen Hetztiraden gegen Menschen aus anderen Ländern, und auch bei den Anschlägen und Nazimorden zeigt sich

eines immer wieder: Die Polizei läßt die Nazis gewähren, unternimmt wenig oder nichts zum Schutz der Bedrohten, und greift - wie hier in Hoyerswerda - erst dann wirklich ein, wenn eine antinazistische Demonstration auf den Plan tritt, wenn sich Gegenwehr rührt.

Die Bonner Parteien heuchelten Betroffenheit. Welch chauvinistische Rolle auch die PDS spielt, zeigt folgendes: Nicht genug damit, daß sie dem Pogrom in Hoyerswerda keinen Widerstand entgegenbrachte, obwohl sie mit 700 Mitgliedern in Hoyerswerda dazu hätte in der Lage sein müssen. In Eintracht mit allen anderen Bonner Parteien unterschrieb sie in Sorge um "das Ansehen der Stadt" eine Erklärung der Stadtverordnetenversammlung, in der das Pogrom nachträglich verharmlost und für die Nazis und die rassistisch verhetzten Teile der Bevölkerung Verständnis gezeigt wurde. Welche Rolle der Rassismus in der PDS spielt, zeigte sich bereits 1990 in Basdorf (bei Berlin), wo es gerade PDS Funktionäre waren, die sich an die Spitze einer Bürgerinitiative gegen ein dort geplantes Asylwohnheim gestellt hatten.

4. Das Pogrom in Hoyerswerda steht am Anfang einer langen Kette von weiteren Pogromen, Mordanschlägen, Brandstiftungen und Meucheltaten - Hünxe, Mannheim-Schönau, Rostock, Mölln, Magdeburg, Solingen und Lübeck folgten. Das Pogrom von Hoyerswerda nutzend, unter dem Vorwand, den "Vormarsch der Rechten" zu stoppen, verstärkte der deutsche Imperialismus den Chauvinismus und Rassismus. Die Nazibanden und Naziparteien waren sozusagen der Stichwortgeber für die gesetzliche Abschaffung des Asylrechts. Die zunehmende Faschisierung nach innen muß auch als Teil und im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus nach außen gesehen werden.

5. Zusätzlich zu dem eigenen Widerstand der Pogromopfer, fand am letzten Tag der Pogromwoche eine Solidaritäts- und Protestaktion von Berliner Antinazisten in Hoyerswerda statt. Nachdem das Pogrom bundesweit bekannt geworden war, wurden in verschiedenen Städten Demonstrationen organisiert, an denen sich etliche tausend Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten.

Wie im September 1991, so gilt auch heute: Den antinazistischen Kampf propagieren und weiterführen!

Allen Antifaschisten und Antifaschistinnen stellt sich die Aufgabe, gegenüber den Asylsuchenden, welche unter ständiger Angst vor nazistischen Übergriffen und der jederzeitigen Abschiebung in ihre Herkunftsländer leben, Solidarität zu zeigen und Hilfe zu leisten. Sie haben die Pflicht, den militanten Selbstschutz der Bedrohten gegen die Rassisten zu propagieren und zu unterstützen. Es liegt in ihrer Verantwortung, gegen weitere Diskriminierung und gegen den Abschiebeterror anzukämpfen. Über die aktuellen Tageskämpfe hinaus und um wirklich langfristig Erfolg zu haben, muß dieser Kampf um demokratische Rechte verbunden werden mit dem Kampf gegen die Wurzeln der zunehmenden Faschisierung, dem imperialistischen System überhaupt.

Das Redaktionskollektiv

Die chauvinistische Hetze trägt ihre Früchte:
Das Pogrom in Hoyerswerda
und seine Signalwirkung im September 1991

□ **Chronologie der Pogromtage im September 1991 in Hoyerswerda**
Zusammenspiel von Nazis, Medien, Staat und verhetzten Teilen der Bevölkerung

Der rassistische Terror richtet sich gegen:

- **das Wohnheim der vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter in der Albert-Schweitzer-Straße**
- **das Flüchtlingswohnheim in der Thomas Müntzer Straße**

Die nordsächsische Kleinstadt Hoyerswerda mit ca. 70.000 Einwohnern, in der etwa 230 Asylsuchende sowie rund 200 Arbeiterinnen und Arbeiter aus Mosambik und Vietnam lebten, ist in der Zeit vom 17.9. bis 23.9.1991 zum Symbol des Rassismus im "vereinigten Deutschland" geworden.

1. Tag des Pogroms

Dienstag, 17. September 1991:

Rassistische Marktbesucher und 8 Skinheads begannen auf dem Lausitzer Platz am Spätnachmittag des Markttages mit mehreren vietnamesischen Händlern einen Streit. Die Nazis pöbelten die Vietnamesen an und prügeln auf sie ein, bis dann die Polizei eintraf. Als die Polizei mit 3 Streifenwagen auftauchte, zogen ca. 20 junge Nazis und 25 weitere Personen ungehindert zum Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer Straße. Die Polizei verfolgte die Nazis nicht.

Vor dem Arbeiterwohnheim, in dem ca. 150 Arbeiter aus Mosambik und Vietnam wohnten, machten die jungen Rassen halt und skandierten und brüllten u.a. im Sprechchor "Ausländer Raus!" und "Deutschland den Deutschen!". Sie bedrohten die Bewohner mit Knüppeln und Steinwürfen. Sie warfen reihenweise (ca. 70-80) Fensterscheiben ein. Die Nazis drohen für den Donnerstag Brandsätze an.

Die Nachricht vom Naziüberfall verbreitete sich schnell in Hoyerswerda, denn vor allem deutsche Nachbarn des Arbeiterwohnheims kamen hinzu und begleiteten die Angriffe mit unterstützendem Gejohle und rassistischen Anfeuerungsrufen. Die dort herrschende deutschchauvinistische Pogromstimmung, zeigte der Beifall für die folgende rassistische Anstachelung aus der Menge:

*"Am besten drei Mann dort hoch schicken,
drei Schwarze aus dem Fenster geworfen,
dann wird Ruhe sein".*

(Lausitzer Rundschau, 19.9.91)

Vorgestern in Hoyerswerda



15 aktive Skinheads und etwa 25 andere Personen provozierten am Dienstag bis in die Abendstunden schwere Auseinandersetzungen

Sächsische Ztg. 19.9.91

Diese Aufforderung zur Verschärfung des Pogromterrors wurde in der Lokalzeitung "Lausitzer Rundschau" unkommentiert veröffentlicht.

• **Die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter organisieren spontan Widerstand**

Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam gingen auf die Straße, um sich zu wehren. Es wurden Straßenblockaden aus Müllcontainern usw. errichtet. Die Nazis griffen mit Baseballschlägern, Flaschen, Ketten u.a. die Arbeiter an. Die Arbeiter wehrten sich und schlugen zurück. Ein Nazi-Angreifer und ein Polizist werden verletzt. Wieviel Verletzte es unter den Arbeitern gab, fanden wir in keiner Zeitung.

Die Polizei greift viel zu spät ein

Als die Polizei vor Ort des Nazi-Überfalls eintraf, zeigte sie aber kein Interesse das Pogrom zu beenden. Angeblich wartete sie auf Verstärkung aus den Nachbarkreisen Bautzen, Kamenz und Weißwasser. Sie greift erst ein, nachdem die Nazis fertig waren mit ihrem Angriff auf die Vietnamesen und Mosambikaner - denn erst nach zwei Stunden traf Verstärkung ein. Sie nahm zwölf Skinheads zur Identitätsprüfung mit auf das Revier in Hoyerswerda. Die Nazis wehrten sich bei ihrer Festnahme, so daß vier von ihnen und ein Polizist verletzt wurden. Bis auf drei Nazis wurden alle anderen wieder laufen gelassen.

Streiflichter zur Rolle der Lokalpresse:

Die Lokalpresse verharmlost die Täter, nimmt sie sogar in Schutz und hetzt gegen die Opfer

Die Pogromatmosphäre bekommt auch durch die Lokalzeitungen weiter ihre 'Nahrung' und es wird, statt zum Aufhören, im Gegenteil indirekt zum Fortsetzen aufgefordert:

- * Die rassistische Hetze während des Pogroms wird unkommentiert weiter verbreitet.
- * Verharmlosung
 - Die Gefahr, die für die Bewohner des Heimes von dem Pogrom ausging, wird unter Verwendung von Begriffen wie "Tumult" oder "kleine Straßenschlacht" verniedlicht. (Lausitzer Rundschau, 19.9.91)
 - Durch Verwendung von Begriffen wie "Skin" und "Glatze" wird vertuscht, daß es sich tatsächlich um Nazis handelt.
 - Die Nazi-Szene, die Täter und die anderen am Pogrom Beteiligten werden verständnisvoll bedauert, verharmlost, die soziale Lage zur Rechtfertigung der am Pogrom Beteiligten herangezogen.
- * Die deutschen Täter, die Skinheads werden als "Opfer" der sich wehrenden und kämpfenden Afrikaner dargestellt.
- * Die Pogromopfer, die afrikanischen Arbeiter, werden zu "Tätern" gemacht. Anlässlich ihrer Abwehraktionen werden sie als sogenannte "Randalierer" verunglimpft. Die 'Lokalberichterstattung' fordert z.B. am ersten Pogromtag auch indirekt dazu auf, gegen die "randalierenden Schwarzen" zur 'Selbsthilfe' überzugehen, so wie es überregional, z.B. von Medien wie der BILD-Zeitung, nahegelegt wurde.

(Lausitzer Rundschau, 19.9.91; TAZ, 23.9.91; Die Zeit, 11.10.91)

(Quellen zum 17.9.91: Sächsische Zeitung, 19.9.91; Lausitzer Rundschau 19. und 21.9.91; Neues Deutschland, 20.9.91; Frankfurter Rundschau 21.9.91; TAZ, 19. und 23.9.91; Die Zeit, 11.10.91)

Eine Nazi-Polizeitruppe als „Bürgerwehr“:

An dieser Stelle sei daran erinnert: Neben und mit der örtlichen Polizei durfte in Hoyerswerda seit über einem Jahr die Nazigruppe "Neue Deutsche Ordnung" mit einer zeitweise auch von der Lokalpresse unterstützten 36 köpfigen Nazi-Polizeitruppe als sogenannte "Bürgerwehr" offen auftreten. Als dann die Polizei bei Wohnungsdurchsuchungen ein Waffenlager entdeckte, mußte sie die offene Zusammenarbeit mit den Nazis einstellen. Die TAZ meldet am 23.9.91, daß deren Anführer Manfred Gnecko ("Drahtzieher der Gewalt in Hoyerswerda") regelmäßig auf den Marktplatz ging, um dort Vietnamesen anzugreifen. Gnecko und seine Nazifreunde machten in der Stadt Jagd auf alle Nichtdeutschen. Mit CB-Funk ausgestattet fuhren sie in ihren Autos "Streife in der Stadt, angeblich zur Verbrechensbekämpfung".

(TAZ, 23.9.91; Die Zeit, 11.10.91)

2. Tag des Pogroms

Mittwoch, 18. September 1991:

Die Zahl der Nazis und die sie unterstützenden reaktionären Anwohner vor dem Arbeiterwohnheim wächst auf 250 Personen an

Gegen 17 Uhr versammeln sich erneut die Nazis vor dem Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer Straße. Die Nazis waren richtig aufgeheizt und zeigten deutlich ihren Rassenhaß. Angestachelt und aufgehetzt durch monatelange rassistische Hetzkampagnen gegen Asylsuchende durch die Presse bekamen die Nazis noch mehr Unterstützung, als am Vortag, aus der deutschen Bevölkerung. Nach Feierabend ziehen Hunderte von Bürgern, mit Bierdosen und Kaffeekannen ausgestattet, teilweise Kleinkinder auf den Armen haltend, in die Albert-Schweitzer-Straße. Am Abend kommt es erneut zum Pogrom. Mindestens 250 Menschen - darunter auch Bewohner der umliegenden Häuser - haben sich bis gegen 21 Uhr vor dem Arbeiterwohnheim angesammelt und feuern die Nazis mit lautstarken rassistisch-chauvinistischen Morddrohungen gegen die Bewohner aus Mosambik und Vietnam an:

"Ausländer Raus, sonst werden wir wiederkommen, bis sie wirklich raus sind, oder das gesamte Haus wird angezündet".

(Sächsische Zeitung, 20.9.91)

Der Angriff der Nazis ging bis spät in die Nacht. Als sie endlich abzogen, drohten sie: "Wir kommen wieder", und erklärten ganz unverblümt gegenüber der Polizei, daß sie "solange weitermachen, bis die Ausländer weg sind".

(TAZ, 21.9.91)

• Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam verstärken ihre Selbstverteidigung

Ein Vietnamese, der den Auftakt zum Pogrom am Vortag miterlebt hatte, erklärte schon am Vormittag gegenüber der Lokalpresse:

"Die wollen heute nochmals kommen, aber dann werden wir kämpfen und uns wehren, wenn die Polizei wieder so lange zuschaut und nichts unternimmt."

(Sächsische Zeitung, 19.9.91)

Damit die Nazis nicht in ihr Wohnheim eindringen können, verbarrikadierten die Arbeiter mit Müllcontainern ihren Hauseingang. Die Mosambikaner bewachten in Gruppen ihr Wohngebäude und einige stiegen aufs Dach des zehngeschossigen Gebäudes. Als die Nazis dann am frühen Abend mit Stangen und Latten bewaffnet gegen die Mülltonnen-Barrikaden stürmten, wehrten sich die Arbeiter. Zur Selbstverteidigung warfen sie Flaschen, Dosen, Regalbretter und Schranktüren vom Dach, um die Nazis zu vertreiben.

Die Polizei

Auch den "2. Überfall verhinderten die Polizisten ebenfalls nicht", muß selbst die bürgerliche Presse einräumen (FR 21.9.91). Sie sah wie tags zuvor zunächst tatenlos zu, während die Nazis ihre Anschläge gegen die Bewohner des Arbeiterwohnheims aus Mosambik und Vietnam fortsetzten. Über Festnahmen von Nazis an diesem Tag ist nichts bekannt.

(Quellen zum 18.9.91: Neues Deutschland 20.9.91; Sächsische Zeitung, 20.9.91; Frankfurter Rundschau 21.9.91, Wochenspiegel 2.10.91, Stern-Verlag-Buch: "UN-Heil über Deutschland", Hamburg 1993)

Die örtliche Presse begleitet den Pogrom mit der Hetze gegen den Widerstand der Opfer

Ein Skinhead mit blutender Wunde am Kopf überquert eine Straße. Augenblicke später rennt eine Frau zu einem Auto, um ins Krankenhaus zu fahren, wohin man ihren Sohn gebracht hat. Diesen hatte ein Geschöß verletzt, geworfen aus der Unterkunft von Afrikanern. Zur gleichen Zeit segeln Schranktüren durch die Luft, auch Stühle, Flaschen und Gläser.

Umgestürzte Müllcontainer markieren den Ort des Geschehens. Ständig ergoß sich ein Geschößhagel aus den oberen Stockwerken auf die Straße, dort stehende Pkw, Passanten, Skinheads und nicht zuletzt Polizei. Personen wurden verletzt.

Eine von dort heruntergeworfene Holzplatte traf einen Polizisten, der sofort abtransportiert wurde. „Am besten ein paar Mann dort hoch schicken, drei Schwarze aus dem Fenster geworfen, dann wird Ruhe sein“, dies ein Kommentar aus der Menge, der Beifall findet. Nach Ur-

Lausitzer Rundschau 19.9.91

Die Lokalpresse heizt das Pogrom an: Die Opfer werden zu Tätern und die Pogromtäter werden zu Opfern gemacht

- * Der Pogrom wird verharmlosend und in infamer Weise sogar als "Protest" geschildert, um es irgendwie doch auch als berechtigt erscheinen zu lassen.
- * Der Widerstand, den die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam den rassistischen Angriffen entgegensetzten, wird - selbst in einer solch lebensbedrohlichen Lage - diffamiert als "*provozierendes Verhalten von zehn bis zwölf Mocambiquanern*". Die mordschreienden angreifenden deutschen Nazis und ihre Helfer werden gar zu Opfern (drei "verletzte Deutsche") gemacht.

(Sächsische Zeitung, 20.9.91)

- * Nach einem Artikel des Wochenspiegels wurde die schnelle medizinische Betreuung für die Nazitäter betont: "Lobenswert das hohe Engagement der Rettungsmannschaften des Arbeiter-Samariter-Rettungsdienstes Bautzen. Sie halfen damit jenen, die Gewalt und Gefahr suchten, nicht zum Opfer zu werden."

(Wochenspiegel 2.10.91)

3. Tag des Pogroms

Donnerstag, 19.9.1991:

An diesem Morgen war es zunächst ruhig, aber die Nazis hatten in der Nacht an eine Wand in der Albert-Schweitzer-Straße groß "Ausländer raus" und in faschistischer Tradition das "S" in Runenschrift geschmiert.

Doch am späten Nachmittag versammelten sich die Nazis und ca. 600 Unterstützer vor dem Arbeiterwohnheim. Nun greift eine seit dem ersten Pogromtag schon erheblich größere Gruppe Nazis erneut das Arbeiterwohnheim an. Mit Brandsätzen, Gasdruckpistolen, Ketten, Schlagstöcken und Baseballschlägern versuchen über 100 Angreifer an das Haus heranzukommen. Wie schon am Dienstag angekündigt, werfen die Nazis erste Brandbomben und schlagen Fensterscheiben ein. Eingeschlagene Fenster stürzen von dem verwüsteten Wohnhaus herab.

Die Nazis haben am 3.Tag des Pogroms weitere Kräfte mobilisiert. Es tauchen verstärkt Nazis aus ganz Sachsen auf, auch der Fahrer eines PKW mit westdeutschem Kennzeichen fällt unter ihnen auf.

Die Mosambikaner wehren sich weiter

Die mosambikanischen Arbeiter gehen wieder aufs Dach und verteidigen sich, indem sie Flaschen und andere Gegenstände nach den Nazis werfen. Gegen die massiven Angriffe der Nazis und ihrer reaktionären Helfer auf das Arbeiterwohnheim leisten dessen Bewohner Widerstand. Doch die Nazis erhalten zu viel Rückhalt und es ist deshalb allein durch die Gegenwehr nicht möglich, sie in die Flucht zu schlagen.

Die Polizei rückt verstärkt zum erstenmal vor

Später am Abend treibt die Polizei die rassistisch grölende Menge zurück. Nazis werden zunächst keine festgenommen. Außerdem mußten sie Brandflaschen und einen Benzintank aus den Hauseingängen entfernen, um noch größeren Schaden zu verhindern. Das einzige, was die Polizei ansonsten unternahm, ist das Wohnheim erstmals abzusperren. Die Arbeiter haben nun keine Möglichkeit mehr, ihre Wohnungen zu verlassen.

Daraufhin greifen die Nazis sogar die Polizei an, um wieder gegen das Wohnheim zu stürmen. Es kam zur Straßenschlacht zwischen den Nazis und der Polizei, die bis spät in die Nacht andauerte. Jetzt erst erfolgten vermehrt Festnahmen von der Polizei, die solche Maßnahmen, solange es gegen die nichtdeutschen Arbeiter ging, nicht für nötig hielt. Ca. 49 Nazis wurden vorläufig festge

⇒ S. 12

Saarlouis: Samuel Kofi Yeboah von Nazis ermordet

Während in Hoyerswerda das Pogrom weitergeht,
findet der Naziterror sein nächstes Opfer

Am 19.9.1991, dem 3. Pogromtag in Hoyerswerda, griffen west/deutsche Nazis ein Wohnheim für Asylsuchende im saarländischen Saarlouis an. Um drei Uhr Nachts schleuderten sie Brandsätze auf die Asylunterkunft, die das Haus entflammt. Die Nazis hatten auch die Holztreppe mit Benzin getränkt und somit bewußt mit dem Brandanschlag auf die Ermordung der Bewohner abgezielt. **Samuel Kofi Yeboah** aus Ghana starb an seinen Verbrennungen. Zwei Männer aus Nigeria wurden dabei schwer verletzt.

Schon in der Tatnacht spielte die Polizei den Tatbestand herab. Mit der Begründung, es handele sich nur um ein "kleines Feuer", verzögerten die zum Tatort gerufenen Polizisten eine schnelle Alarmierung der Feuerwehr, welche dann auch erst nach einer Stunde am Brandort eintraf.

Obwohl bekannt war, daß es in Saarlouis eine Nazi-Szene gab und dies nicht der erste rassistische Brandanschlag war, wurde niemand festgenommen. Die Ermittlungen der Polizei brachten angeblich keine Spuren. Auch hatten sie keine Hinweise aus der Bevölkerung auf die Täter. Die Polizei setzte aber auch keine Belohnung für Hinweise aus. Die Nazitäter wurden geschont.

Die Medien berichten nur spärlich über diesen nazistischen Mordanschlag

Von der Presse wurde dieser Brandanschlag lediglich in kleinen Meldungen am Rande erwähnt. Der Tod von Samuel Kofi Yeboah wurde registriert, wie man einen Autounfall zur Kenntnis nimmt. Als zehn Tage nach dem Mordanschlag der Ausländerbeirat die Anzeige "Dem Haß keine Chance" mit der Überschrift "Die CDU war nicht bereit, unter so einem Satz auch nur eine Unterschrift zu setzen" in die Saarbrücker Zeitung brachte, platzierte das saarländische Monopolblatt diese Anzeige versteckt erst auf Seite 32.

Die Politiker verharmlosen die Nazitäter, zeigen vorallem Besorgnis um den Ruf ihrer Stadt und hetzen zugleich gegen die Opfer

Wie zu erwarten, reagierten die führenden Politiker im Saarland kaum auf diesen mörderischen Brandanschlag. Ministerpräsident Oskar Lafontaine war in Hoyerswerda vom Fernsehen zur Diskussion geladen. In Saarlouis ließ sich dieser Politiker, den man sonst auf allen politischen Veranstaltungen trifft, aber nach dem Anschlag vorerst nicht blicken.

Saarlouis' Oberbürgermeister Richard Nospers (SPD) sorgte sich lediglich um den Ruf seiner Feststadt aus der Zeit Ludwig XIV. Anstatt Partei gegen den Rassismus in seiner Stadt zu ergreifen, legte er zunächst eine "**Saarlouiser Erklärung**" vor, mit der Überschrift "**Weltoffene, gastfreundliche Stadt**". In seiner späteren offiziellen Erklärung zum Tod von Samuel Yeboah schlug Nospers in die rassistische Kerbe, indem er von "massivem Asylmißbrauch" spricht und darauf hinweist, wieviel Asylsuchende in dieser kleinen Stadt leben, also vermittelt, daß es zu viele sind. Zynisch begründet er, die Asylsuchenden leben in Häusern und nicht in Ghettos, daher würden "obdachsuchende Saarlouiser Bürger sich hintangesetzt fühlen".

Über die Tatsache, daß die Republikaner 1989 bei den Kommunalwahlen mit 10% aller Wählerstimmen in den Saarlouiser Stadtrat kamen, wird geschwiegen. Oder sie wird heruntergespielt, wie z.B. vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Gruschke: Für ihn ist eine "rechte Szene" nicht erkennbar und Saarlouis sei nicht Hoyerswerda. (Die Republikaner gibt es zwar offiziell nicht mehr, aber ihre Mitglieder und nazistische Ideologie leben weiter in der "Sozial-Liberalen Liste Saarlouis")

Solidarität und Demonstrationen

Die Antinazisten u.a. aus autonomen Kreisen waren die ersten, welche die Opfer im Krankenhaus besuchten. Sie waren auch die Mitinitiatoren bei der ersten Demonstration. Eine Woche später gab es dann eine größere Demonstration mit einem breiten Bündnis von Antinazis, aber auch vielen opportunistischen Kräften aus SPD, GRÜNE und Gewerkschaft. Nach dem Pogrom in Hoyerswerda demonstrierten über 300 Antifas in Saarlouis gegen "Faschismus und rassistische Hetze".

(FR, 21.9.91, 27.9.91, 7.10.91 u.a.)

Der bärtige Vesko: 1000 Mark für zwei Ehefrauen und eine Tochter

Von BERNHARD KELM

Neben seinem rechten Schneidezahn blüht eine goldene Zahnkrone. „Die hab' ich mir in Italien machen lassen, für 50 Mark“, sagt Dibrall (21), „sieht schön aus.“

Er ist jugoslawischer Landfahrer. „Schreiben Sie ruhig Zigeuner“, sagt er. „Das wird für uns erst dann zum Schimpfwort, wenn jemand dreckiger Zigeuner sagt.“ Dibrall lebt mit den Eltern und acht Geschwistern auf 27 Quadratmetern im Essener Asylantenheim Gambliche.

Schreiben Sie uns!

„Das kann ja nicht wahr sein!“, wird dem Leser hier suggeriert.

Liebe BILD-Leser, wie denken Sie über das Thema Asylbewerber? Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung oder schildern Sie uns Ihre Erfahrungen. Schreiben Sie an BILD, Im Teufelbruch 100, 4500 Essen 18. Stichwort: „Asylanten“.

Eines der vier kasernenähnlichen Gebäude wurde erst vor einem Jahr als Übergangshaus gebaut. Rote arabische Schriftzeichen an den gelben Hausfassaden deuten auf die Wohnungsinhaber hin.

„Für diese Buden würde ich keine 50 Mark Miete bezahlen“, erzählt Dibrall. „Meine Geschwister schlafen teilweise auf dem Boden.“

Sein Bruder Vesko (22, pechschwarze Haare, Dreitage-Bart) mischt sich ein: „Aber die Miete zahlt ja das Sozialamt.“

„Italien gibt nicht mal ein Dach über den Kopf“

Seit 1981 wohnt die Zigeunerfamilie in Essen. Sie kamen aus Holland. „Vorher wohnen wir in Italien. Mein Vater hatte da Schrott verkauft. Aber dort ist es zu riskant. Die geben einem noch nicht mal ein Dach über den Kopf, geschweige denn Geld.“

„Andere europäische Länder schreiben Asylbewerber, die sich vorher in einem anderen freizeitlichen Land niedergelassen hatten, sofort zurück. Wegen der hohen Kosten, die Asylbewerber zwangsläufig verursachen.“

Dänemark zum Beispiel weist jeden Ausländer ab, der auch nur eine deutsche Zigarettenpackung dabei hat.

In Deutschland ist die Lage anders. Da wird jeder Asylantrag erstmal geprüft. Und so lange, zumindest, ist der Aufenthalt gestattet...

„Ich fühle mich als Europäer“

Der Zigeuner Vesko wurde vor drei Jahren schon mal aus Essen abgeschoben. „Die Polizei kam, setzte mich ins Flugzeug, sagte kurz: Ihr Asylantrag ist abgelehnt.“ Wo kamen Sie hin? „Weiß nicht genau, kenne mich in



Jugoslawien nicht aus!“

Aber das ist doch Ihre Heimat?

„Ich fühle mich als Europäer.“

In Jugoslawien wurde Vesko damals nach der Abschiebung angeblich von der Polizei geschlagen. „Die haben gesagt: Asyl ist Verrat! Ich kam dann ein paar Monate später zurück. Ein Schlepper bekam von mir 1000 Mark. Er kannte die Zeit der Mittagspausen vom Zoll. Es war ein ganz kleiner italienisch-jugoslawischer Grenzübergang.“

Und warum kamen Sie nach Deutschland?

„Hier ist die Schulausbildung besser, und man bekommt ein Dach über dem Kopf.“

Was gibt's an Sozialhilfe? „Etwa 1000 Mark für meine

Ja. Autoaufbrüche, Fahren ohne Führerschein oder mal 'ne Jeans bei Karstadt. Habe damals dafür ein Jahr Haft bekommen. Auf drei Jahre Bewährung. Als ich neulich beim Ausländeramt war, drohte mir der Mann: „Wenn Sie nochmal erwisch werden, sorge ich eigenhändig dafür, daß Sie wieder abgeschoben werden.“ Ich finde so eine Drohung unverschämte. Der hatte etwas gegen Zigeuner.“

Vesko: „Bruder Dibrall muß demnächst hinter Gitter. Für sechs Monate – Fahrer ohne Fahrerlaubnis, Führerschein Fälschung.“

„Deutsche klauen doch auch“

Er schimpft: „Vor drei Jahren kam ich noch mit 80 Ar-

beitsstunden davon, weil ich drei Autos geknackt hatte.“

Warum haben Sie eigentlich geklaut?

Dibrall: „Weil wir uns vieles nicht leisten können. Aber Deutsche klauen doch auch!“

Seine Frau (21) sitzt seit zwei Tagen in Wetter im Gefängnis – vier Wochen, wegen Ladendiebstählen.

Dibrall: „Finde ich nicht gut. Letztes Mal mußte sie nur ein Wochenende in den Knast.“

Vor kurzem gab es im Asylantenheim eine Polizeirazzia. Bei Dibralls Vater (42) wurden 30 000 Mark in bar und ein Kilo Gold beschlagnahmt. Auch er lebt von Sozialhilfe.

Vesko: „Zum Glück mußte die Kripo alles zurückgeben. Mein Vater konnte nachweisen, daß er sich das alles nur geliehen hatte.“

Das Vorurteil wird geschürt: „Die sind alle kriminell!“



Die jugoslawische Zigeunerfamilie im Zimmer 111 des Asylantenheimes Gambliche. Mit und ohne Antworteten die Brüder Vesko und Dibrall alle Fragen. Foto: JÖRG WERTH

beiden Frauen und meine einjährige Tochter.“

Zwei Frauen? Vesko lächelt: „Ja, noch Zigeunerrecht kann ich mehrere Frauen haben. Ich hab' zwei.“

Kommen Sie mit dem Geld aus? „Nein! Ich bräuchte so etwa 3 500 Mark, um anständig leben zu können.“

Was machen Sie eigentlich den ganzen Tag?

Vesko: „Nach dem Frühstück schalt' ich den Fernseher an oder hau mir ein Video rein.“

Und sonst?

„Spaziergehen!“ Zigeuner haben teilweise einen kriminellen Ruf. Haben Sie auch schon mal mit der Polizei zutun gehabt?

Indirekt wird gefordert: Endlich durchgreifen, auch in Deutschland!

nommen. Noch bis zum frühen Morgen ziehen die Nazis durch die Straßen und schrien neben rassistischen Parolen auch Morddrohungen.

Jetzt erst richtet das Innenministerium in Dresden einen Krisenstab für Hoyerswerda ein. Drei Hundertschaften Bereitschaftspolizisten, eine Beweisaufnahmetruppe, ein Wasserwerfer und zahlreiche Kriminalbeamte werden nach Hoyerswerda geschickt.

Weitere Hetze in der Presse gegen den Widerstand der Arbeiter

... raus". Durch das provozierende Verhalten von zehn bis zwölf Mocambiquanern, die vom Dach des Hauses mit Steinen und Büchsen warfen und dabei drei Deutsche verletzten sowie einen Pkw beschädigten, eskalierte die Lage zusätzlich.

Sächsische
Zeitung 20.9.91

(Quellen zum 19.9.: Lausitzer Rundschau, 21.9.91; Junge Welt, 24.9.91; "Un-Heil über Deutschland", Stern Buch 1993)

4. Tag des Pogroms

Freitag, 20.9.1991:

Die Fortsetzung des Pogroms in der Albert-Schweitzer Straße - der Belagerungszustand dauert an. Verstärkte 'Sieg Heil!'-Rufe ertönen:

Durch die Anwesenheit der Nazis ist abends die Stadt wie leergefegt. Die Nazis beherrschen das Bild der Straße. In der Albert-Schweitzer Straße gröhlen die Nazis rassistische Parolen und schleudern wiederum fast ungestört Steine gegen die Fenster und Brandflaschen gegen die Hauswand und zerstören die Haustür. Sie zündeten auch Feuerwerkskörper gegen das Wohnheim. Die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter haben ihre Zimmer abgedunkelt und beobachten hinter den zerschlagenen Scheiben ihrer Unterkunft in Angst die Straße. Sie ziehen sich ganz zurück. Die Nazis werden unterstützt und angefeuert von der anwesenden Bevölkerung. Einer bringt den Nazis Benzin für ihre Brandsätze. Nazifaschistische Parolen, wie 'Sieg Heil!' und 'Ausländer raus!' wurden gebrüllt.

Ein nur scheinbar konsequenter Polizeieinsatz gegen den rassistischen Terror

Wie am Abend zuvor, wurde - nachdem der Naziterror gewütet hat - das Arbeiterwohnheim wieder erst im nachhinein von 200-300 Polizisten abgeriegelt, obwohl die Behörde tags zuvor mehr Polizeikräfte in die Stadt verlegt hatte. Es war reines Glück, daß kein Feuer ausgebrochen war.

Eine deutsche Nazigegnerin, die sich zur Zeit des Überfalles im Arbeiterwohnheim aufhält, schildert die Situation im nachhinein folgendermaßen:

DIE BEWOHNER DES HEIMES FORDERN UNTERSTÜTZUNG GEGEN DIE NAZIS

Ein Bewohner des Heimes erklärt:

"Wir müssen weg von hier. Sie können doch nicht hinter jeden Ausländer einen Schutzpolizisten stellen. Politiker reden schön, tun aber nichts. Dabei sollte jeder wissen, das 'Ausländer raus' gilt nicht nur Schwarzen - jeder, der anders aussieht, anders spricht, anders politisch denkt als die Schläger, ist gemeint."

(Neues Deutschland, 24.9.91)

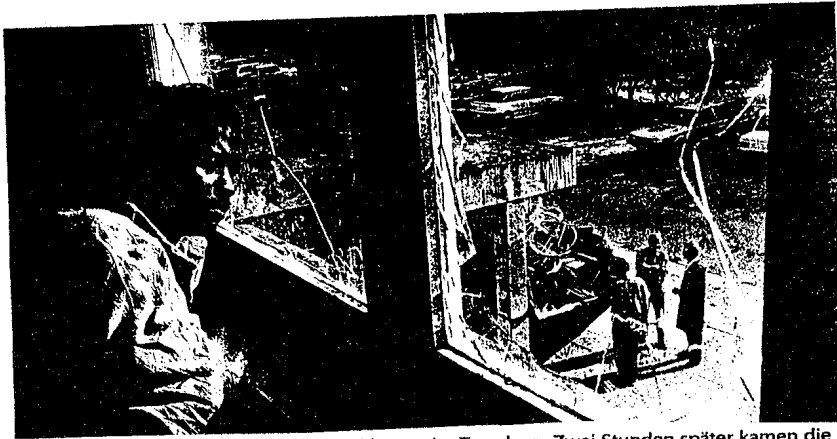
"Die Polizei tat, außer das Viertel abzuriegeln, stundenlang nichts. Betreuer und Pförtner verkrochen sich vor Angst unter den Betten. Da sind die Mosambikaner auf die Straße gegangen, um sie und sich zu verteidigen, kämpften gegen die angreifenden Skins."

(P. Borchers, Neue Nazis im Osten)

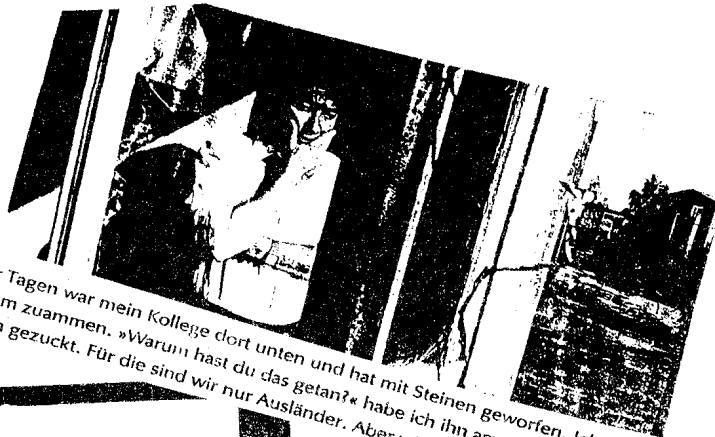
Als feststand, daß die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter das Wohnheim verlassen müssen - begonnen wurde schon am nächsten Tag mit der Räumung -, stoppte die Polizei mit einem massiven Einsatz die Naziangriffe gegen das Arbeiterwohnheim. Die Polizei zeigte zu diesem Zeitpunkt, daß sie durchaus in der Lage ist, gegen die Naziangriffe vorzugehen. Sie räumte den Platz vor dem Wohnheim und sperrte ihn ab.

STIMMEN DER OPFER

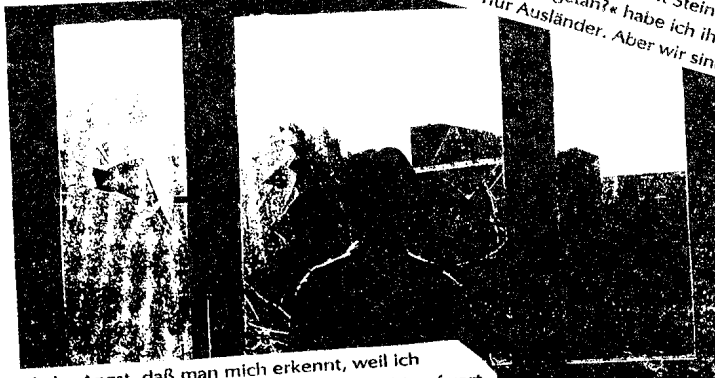
Arbeiter des Wohnheims u. Angehörige – in den Tagen nach dem Pogrom



Immer um 14 Uhr versammelten sich unten die Nachbarn, vier Tage lang. Zwei Stunden später kamen die Skinheads dazu. Voll mit Schnaps. Und haben Krawall gemacht. Die Nachbarn haben applaudiert. Und die Mädchen, die bei uns waren, sind zusammengeschlagen worden. Schon früher haben sie uns zugerufen: »Neger, geh' zurück in deinen Busch!«



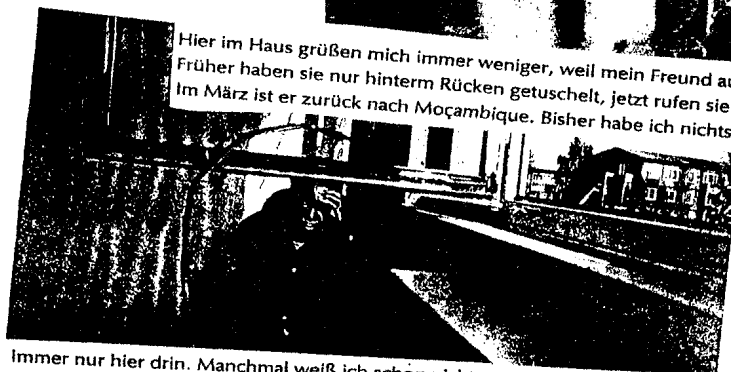
Vor ein paar Tagen war mein Kollege dort unten und hat mit Steinen geworfen. Ich arbeite seit fünf Jahren mit ihm zusammen. »Warum hast du das getan?« habe ich ihn am nächsten Tag gefragt. Er hat nur mit den Schultern gezuckt. Für die sind wir nur Ausländer. Aber wir sind Menschen. Wir sind Menschen.



Ich habe Angst, daß man mich erkennt, weil ich hierbleiben will. Die Leute hier haben ein Schimpfwort für mich; sie nennen mich Fidschi.



Hier im Haus grüßen mich immer weniger, weil mein Freund aus der zwanzig war. Früher haben sie nur hinterm Rücken getuschelt, jetzt rufen sie »Neger-Hure« von der Straße rauf. Im März ist er zurück nach Moçambique. Bisher habe ich nichts mehr von ihm gehört ...



Immer nur hier drin. Manchmal weiß ich schon nicht mehr, welche Tageszeit ist. Neulich war ich unten an der Tür, da hat einer zu mir gesagt: »Du Schwein!« Einfach so. Und wenn ich mich frühmorgens in den Supermarkt schleiche, fragt die Kassiererin jeden Tag: »Was? Du lebst noch?«

Magazin – der
Süddeutschen Ztg.
19.11.91

Um das Vorgehen der Polizei richtig beurteilen zu können, muß klar sein: Es bestanden ganz aktuell reichhaltige Erfahrungen mit den Nazis, aus mehr als ein Dutzend rassistischer Überfälle auf Asylwohnheime im Vormonat August in Sachsen.

Polizeirat Wolf (vom Referat: Einsatz der sächsischen Polizeilandesbehörde) plauderte gegenüber dem "Neuen Deutschland" aus, daß die Polizei die angewandte Taktik und die Reaktion der Nazis bei ihren Überfällen im August 1991 (mehr als ein Dutzend in dem Monat allein in Sachsen) genau beobachtet habe: *"die Angriffe sind gut organisiert"* stellt er fest, und **ihre Logistik "gestattet eine schnelle Umlagerung der Angriffsziele"** (ND, 24.9.91)

Innenminister Walter Krause (CDU) wendet sich "trotz der Vorgänge in Hoyerswerda 'vehement' gegen eine großangelegte Polizeiaktion". Er spielt die Rolle der Nazis herab, denn er schickt eine in Dresden bereitstehende Polizei-Hundertschaft nach Hause. Obwohl der rassistische Alltag ständig den Gegenbeweis dramatisch aufzeigt, ist er der Meinung: "es gibt keine rechtsextreme Szene in Sachsen". (ND, 24.9.91)

Durch diese Reaktionen signalisierte die Polizeibehörde den Nazis und ihren Anhängern, daß kein wirklicher Einsatz gegen ihre Aktivitäten geplant ist und es nicht darum geht, den rassistischen Terror zu verhindern. Sie legte den Nazis indirekt nahe ein neues Angriffsziel zu suchen, wie diese es oft genug praktiziert haben.

Das Ziel "Ausländer raus" war erreicht. Dieser Zusammenhang wurde in der Presse weggelassen und die Polizei als Beschützer der mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter dargestellt. So schildert die Süddeutsche Zeitung vom 24.9.91 den Polizeieinsatz dergestalt, als hätte die Polizei die Nazis vertrieben und somit die Arbeiter geschützt. Und selbst die Junge Welt schreibt

"Das seit Mittwoch angegriffene Ausländerwohnheim stand unter Polizeischutz. Deshalb blieb alles ruhig." (Junge Welt, 23.9.91)

Es blieb alles andere als "ruhig". Die Nazis suchten sich nur ein neues Angriffsziel - ein Flüchtlingswohnheim.

● Verlagerung der rassistischen Angriffe:

Vom Arbeiterwohnheim geht es zum Flüchtlingswohnheim in die Thomas-Müntzer-Straße

Nach dem Angriff auf das Arbeiterwohnheim fahren die Nazis und ihre rassistischen Unterstützer zu den Asylunterkünften am Stadtrand in der Thomas-Müntzer-Straße. In diesem Fünf-Häuser-Block wohnten ca. 230 Asylsuchende aus über 20 Nationen. Die größte Gruppe unter ihnen waren Roma aus Rumänien. Der Angriff der Nazis galt u.a. Flüchtlingen aus Rumänien, Ghana, Jugoslawien, Vietnam und Angola.

Die Nazis gehen vor wie in der Albert-Schweitzer-Straße. Sie werfen u.a. Brandsätze, Feuerwerkskörper und zertrümmern Fenster der Asylunterkunft. Glücklicherweise bricht kein Feuer aus. In Anbetracht der Massivität des Angriffes und der fehlenden Hilfe von außen für die Flüchtlinge, ist dies eher verwunderlich. Vielleicht ist es allein der Tatsache zu verdanken, daß sich die Flüchtlinge seit Dienstag (dem Beginn des Pogroms auf das Arbeiterwohnheim) verbarrikadiert haben. Denn sie rechneten damit, daß auch sie angegriffen werden, und bereiteten sich entsprechend vor.

Die Polizei, welche die Verfolgung der Nazis aus der Albert-Schweitzer-Straße nicht aufgenommen hat, traf auch hier erst ein, als der Naziterror schon gewütet hatte. Wiederum bis zum frühen Morgen ziehen die Nazis durch die Straßen, grölen rassistische Parolen und schreien Morddrohungen, ohne daß sie daran gehindert werden.

(Quellen zum 20.9.: Sächsische Zeitung, 21.9.91; TAZ, 23.9.91; ND, 24.9.91; Die Zeit, 11.10.91; Stern-Verlag-Buch: "UN-Heil über Deutschland", 1993; P.Borchers, Neue Nazis im Osten)

5. Tag des Pogroms

Samstag, 21.9.1991:

Die Arbeiter aus Mosambik und einige Asylsuchende fliehen aus der Stadt

Rund 60 Arbeiter aus Mosambik verlassen die Albert-Schweitzer-Straße und Hoyerswerda. Als der erste Bus, der für ihren Abtransport bestimmt war, vorfuhr, waren einige Frauen dabei, die Solidarität mit den mosambikanischen Arbeiter zeigten. Sie bedauerten die Passivität ihrer Mitbürger und waren "traurig" über die Reaktionen von vielen.

Laut einem Busfahrer sollte die Flucht geheimgehalten werden, aber die Polizei hatte dies ja am Vortag den Nazis schon versprochen und angekündigt. So waren wieder einige Rassisten vor Ort, um ihren "Teilerfolg" zu feiern. Einer schreit den abfahrenden Bussen noch hinterher: "Ihr Negerschweine, wir bringen Euch alle um!" (TAZ, 23.9.91)

Der Ausländerbeauftragte und Kirchenvertreter haben einen Lkw organisiert, um auch die Asylsuchenden an einen sicheren Ort zu bringen. Vorwiegend die Romafamilien entschließen sich mitzufahren.

Die Asylsuchenden werden weiterhin den Nazis ausgeliefert - Belagerungszustand und Aushungern der Asylsuchenden

In Windeseile hatte sich am Wochenende im Asyl-Wohnheim das Gerücht verbreitet, Skinheads aus Leipzig seien auf dem Weg nach Hoyerswerda. Das Gerücht wurde zur traurigen Wahrheit. Die Nazis konnten ungehindert anreisen.

Nazifaschistische Schlachtrufe und Morddrohungen hallten verstärkt durch die Thomas-Müntzer Straße. Es beteiligten sich bis zu 600 deutsche Bürger und Bürgerinnen an den Pogrom-Ausschreitungen. Keiner in der Stadt versucht, die rassistischen Krawalle zu verhindern, fast alle schauen stillschweigend zu oder weg, oder zeigen ganz unverhohlen ihre Sympathie für die Gewalttäter. Sie beklatschten jedesmal, wenn eine Scheibe zerbarst oder eine Leuchtrakete das Haus traf.

Niemand der Bewohnerinnen und Bewohner ist ohne großes Risiko für Leib und Leben in der Lage, das Wohnheim zu verlassen. Auch ihre Versorgung mit Lebensmitteln ist schwierig, fast ausgeschlossen.

Die Asylsuchenden setzen sich zur Wehr

Die Asylsuchenden haben zuerst mit Mülltonnen ihre Straße versperrt, bevor die ersten Nazis kamen. Sie wollen keinen Nazi-Deutschen mehr passieren lassen. Das Vertrauen in die Polizei haben sie nicht mehr. Als die ersten Nazis anrückten, versuchte ein Teil der Asylsuchenden sich mit Knüppeln und Stangen zu verteidigen. Einige brachen den Bürgersteig auf, um sich mit Steinen zu bewaffnen. Als die Nazis und ihre Anhänger stark bewaffnet auftraten, konnten sie nur noch in ihre Häuser flüchten.

Ein Polizeisprecher macht das Pogrom zum "Volksfest"

"Die Stimmung", sagt Polizeisprecher Wolfgang Kießling, "hätte zeitweise 'Volksfestcharakter' gehabt". Mit dieser populistischen Darstellung legitimiert er das Pogrom und erteilt faktisch einen Freibrief für all die Nazis und Rassisten.

(Die Zeit, 26.9.91)

Stimmen der Opfer

Aus einem Interview mit
Flüchtlingen aus Hoyerswerda

Auszüge aus:
antifa-info
Nr. 16, 1991

"Die Polizei griff nicht ein.."

Interview mit Flüchtlingen aus Hoyerswerda

Pierre, Robert und Jean (die Namen wurden von der Red. geändert), äußern sich zu den Lebensbedingungen und Angriffen auf ihr Wohnheim in Hoyerswerda, zu ihrer Flucht nach Berlin und zu ihrer Unterbringung hier (siehe auch Artikel in diesem Info). Der Text ist aus einem Interview entstanden, daß wir Mitte Oktober mit ihnen geführt haben. Unsere Fragen, die sich lediglich auf den Gang der Ereignisse bezogen, haben wir, wegen besserer Lesbarkeit, weggelassen.

Pierre: In Hoyerswerda waren Vietnamesen, Äthiopier, Rumänen, Jugoslawen, Kameruner, Ghanesen, Senegalesen, Angolaner... Wir kamen aus verschiedenen Orten. Einige aus Frankfurt, andere kamen aus Berlin und es gab auch welche, die aus Zittau kamen, die ihr Verfahren im Osten begonnen haben. Manche kamen auch aus Niedersachsen.

Wir waren seit Anfang Mai da, andere kamen Ende Mai. Als wir eintrafen, waren da auch andere schon. Wir kamen zuerst nach Chemnitz. Von dort wurden wir nach Hoyerswerda geschickt.

Am Anfang fühlten wir uns gut aufgenommen. Wir wußten ja nicht, was noch passieren würde. Nach einem Monat stellten wir fest, daß die Bevölkerung uns nicht gut gesonnen war. Es passierten eine ganze Reihe von Dingen: Man beleidigte uns, man bedrohte uns auf

der Straße, sie griffen uns auf die eine oder andere Art an, sie belästigten uns. So waren wir gezwungen, nur noch in Gruppen auszugehen, denn wenn du alleine spazieren gingest, wurde du angegriffen, oder bedroht. Gingst du

„So waren wir
gezwungen, nur
noch in Gruppen
auszugehen“

das. So haben wir schnell verstanden, daß die Leute von Hoyerswerda uns nicht mochten.

Was die Behörden angeht: Wir wurden nicht gut betreut. Selbst zu Beginn der Probleme haben die Behörden uns nicht geschützt. Ihr Engagement war nicht gerade ausreichend. Und zu unseren Informationen: Wir waren nicht wirklich informiert. Wir wußten nicht, was passiert. ... es gab eine Menge vorenthaltener Informationen. Grund für uns Anwälte zu suchen, die sich ein wenig für Betreuung, Schutz und Informationen einsetzen.

Robert: Als es um die Anwälte ging, sagten sie uns, sie könnten keine für uns finden, in Ostdeutschland sei es unmöglich und wenn wir im Westen suchen würden, könnte das sehr lange dauern. Daher würden wir sowieso in keiner Frage Erfolg haben. Das teilten sie uns offiziell mit.

Wenn wir Fragen oder Probleme hatten, zum Beispiel, wie wir den Ort wechseln könnten, sagten sie: „Wir können euch nicht helfen, das ist euer Problem. Ihr seid hier hergekommen mit euren Problemen, jetzt löst sie auch selbst.“

Unter den Sozialarbeitern war einer mit Erfahrungen im Internationalen Recht. Er hat über sechs Jahre in Kolumbien gearbeitet. Wißt ihr, nach der Wiedervereinigung ist er zurückgekommen, aber er hat alles vergessen.

Als wir uns an ihn wandten, weil einige Leute auf der Straße angegriffen worden waren, sagte er immer nur: „Kein Problem.“ Immer nur: „Kein Problem.“ Und immer wuchs das Problem, bis schließlich das Heim, in dem wir lebten, angegriffen wurde.

Die sind nicht kompetent, irgendein Problem zu lösen. Ein Beweis dafür ist der sächsische Innenminister, der im Fernsehen erläuterte, warum die Polizei nicht in der Lage ist, Ausländer vor Faschisten zu schützen. Der Grund, den er nennt, ist wirklich lustig: Viele Polizisten haben keinen Führerschein, so daß sie nicht rechtzeitig zum Beschützen erscheinen können. Was ist das für eine Begründung?

Schon am Anfang stellte sich die Polizei auf die Seite der Faschisten. Ihr wißt, Hoyerswerda ist eine kleine Stadt. Man trifft sich, man kennt sich, und

„Schon am Anfang
stellte sich die Po-
lizei auf die Seite
der Faschisten“

darum können sie sich nicht mit denen hauen, sondern nur zusammen uns angreifen. Schließlich kam Polizei aus Leipzig und anderswo mit Hubschraubern und schützte uns, bevor wir evakuiert wurden.

Die Angriffe begannen beim Heim der Mosambikaner (dem Arbeiterwohnheim, Anm. Info). Schon oft waren sie auf der Straße geschlagen worden und Schritt für Schritt kamen sie, um das Heim anzugreifen, bis schließlich viele im Krankenhaus lagen. Danach ging das mit den Vietnamesen los. Da wurden ihnen auf der Straße Dinge nachgerufen. Und dann begann es. Auch Leute von uns wurden geschlagen, als sie zur Kirche oder woandershin gingen. Einmal sah ich eine verletzte Hand, ein anderer wurde am Hals verletzt.

Schließlich kamen sie, um unser Haus anzugreifen: Mit Raketen und Tränengas schossen sie, uns alles wurde wie auf einem Kriegsschauplatz, nein, ein Schlachtfeld war es.

Die Angriffe auf die Heime

Pierre: Sie begannen die Angriffe bei den Mosambikanern und danach bildeten sie Gruppen. Sie hatten auch Hunde. Wenn ein Ausländer auf der Straße an ihnen vorbeiging, ließen sie den Hund auf ihn los, und so etwas machten sie jeden Tag. Die Polizei griff nicht ein wir verstanden

es nicht. Und dann, es war der 20. September, griffen sie uns an.

„Also, es war, als ob es vorbereitet gewesen wäre“

Während des Tages, bevor sie kamen, gaben un-

sere Sozialarbeiter uns zu verstehen: „Heute wird der Angriff sein. Also bereitet euch vor: Schlaft nicht, seid vorsichtig, schließt die Fenster usw. – sie werden kommen und euch angreifen.“ Also, es war, als ob es vorbereitet gewesen wäre. Ganz Hoyerswerda wußte es, daß wir an diesem Tag, zu dieser Zeit angegriffen werden würden.

Als der Angriff dann begonnen hatten und wir einige Blicke nach draußen riskierten, sahen wir einige von den Sozialarbeitern, die bei uns arbeiteten, unter diesen Gruppen. Sie taten nichts, sie sahen nur zu. Sie waren bei den Leuten, die uns angriffen, bei den Skinheads. Wir verstanden es nicht. Es war wie eine vorbereitete Sache, vorbereitet von der ganzen Bevölkerung der Stadt. Als ob Versammlungen stattgefunden hätten, um diese Aktion vorzubereiten, um den Angriff der Skinheads auf uns vorzubereiten, irgendwelche Treffen, an denen auch unsere Sozialarbeiter teilnahmen. Denn am ersten Tag sagten sie uns: „Heute wird der Angriff stattfinden.“

Robert: Harry, derjenige, der im Ausland gearbeitet hatte, kam ständig und gab Anweisungen: „Licht aus! Heute wird es Ärger geben: Ein paar Leute werden kommen. Licht aus, Fenster zu, versteckt euch irgendwo außerhalb...“ Immer nach fünf Uhr kam er. Fünf Tage terrorisierte er uns und schließlich kamen sie, um uns anzugreifen. Ich denke es gibt Kontakt zwischen Sozialarbeitern und Faschisten.

Wir taten nichts. Für mich und ich glaube für viele andere ging es nur darum, uns zu verstecken. Wir hatten nicht einmal Tränengas, gar nichts, außer dem Tisch, von dem wir aßen oder das Bett, auf dem wir schliefen. Wir sagen ganz offen, das wir nichts hatten, um sie abzuwehren.

Sie hätten kommen und uns töten können.

Pierre: Am zweiten

Am zweiten Tag des Angriffs hatten wir Steine gesammelt

Tag des Angriffs hatten wir Steine gesammelt und sie nach drinnen gelegt. Als die Skinheads eintrafen, kamen die Sozialarbeiter zu uns und nahmen alles weg, was wir vorbereitet hatten: Die Steine, die Flaschen, sie haben das alles weggeworfen. Sie verboten uns, auf die Angriffe zu antworten, uns zu verteidigen, etwas zu werfen usw. Sie haben alles konfisziert, was wir als Waffe oder Instrument zur Selbstverteidigung hatten.

Also, als sie ankamen (gemeint sind die Leute dem spontanen Autokorso; d.Info) verlangten drei aus diesen Gruppen von der Polizei die Erlaubnis, zu uns in unser Haus kommen zu dürfen, um uns einige Fragen zu stellen. Die Polizei stimmte nicht zu, doch wir bestanden darauf. Wir wollten mit diesen Leuten reden, damit sie wußten, was hier vor sich geht. Auch unsere Sozialarbeiter wollten sich nicht darauf einlassen. Aufgrund unserer Beharrlichkeit gestatteten sie schließlich zwei oder drei Leuten aus diesen Gruppen sich mit uns zu unterhalten.

Robert: Manchmal kamen Leute, die von diesen Vorfällen am Anfang gehört hatten, um festzustellen, was unsere Probleme sind. Auch Journalisten. Ich selber kenne welche aus Frankfurt und einen aus München. Sie kamen vom Fernsehen, um zu fragen, was los ist. Aber Frank, unsere Sozialarbeiter, verwehrte ihnen den Eintritt. „Es geht ihnen gut“, sagte er, „es gibt keine Probleme und keine Erlaubnis, sie selbst zu fragen.“ Er wollte nicht, daß die internen Probleme in unserem Haus genauer bekannt werden.

Schließlich gab es eine Reihe ernster Fragen an die Sozialarbeiter: Wir werden geschlagen, es kann so nicht weitergehen, wir verlangen geschützt zu werden. Woraufhin sie gelegentlich antworteten: „Wenn dieser Ort hier nicht gut ist für euch, dann bringen wir euch aufs Dorf, wo es keine Skinheads oder sowas gibt.“ Aber auf dem Dorf gibt es niemand... der uns schützt. Die Skinheads würden uns immer folgen ... Auf jeden Fall hassen die Sozialarbeiter uns. Ich bin zu dieser Schlußfolgerung gekommen. So oft ich ihre Ansichten, ihr umgehen mit Leuten und ihre antworten betrachte: Was sie fßü4 uns empfinden ist völliger haß. Darum litten wir so in Hoyerswerda, wir haben so gelitten.

Dieser psychologische Terror war das Erste. Dann etwas wie eine Art militärischer Aktion. Sie griffen uns an, um uns zu töten, zu zerstören. Aber das geschah nicht.

Pierre: Seit ihr dagewesen wart (gemeint ist der Autokonvoi; d.Info), von diesem Zeitpunkt an, sagt der sächsische Innenminister, daß er uns nicht länger schützen könne, da die Polizisten, die unsere Sicherheit gewährleisteten, viel Geld verdienen würden und man das nicht länger bezahlen könnte. Also gab es die Entscheidung, daß wir Hoyerswerda verlassen

Seit der Autokonvoi dagewesen war, sagt der sächsische Innenminister, daß er uns nicht länger schützen könne

den 23. September. Um 14.00 Uhr teilten sie uns die Entscheidung mit, daß wir um 15.00 Uhr den Ort verlassen müßten. Also gaben sie uns eine Stunde, uns vorzubereiten, unsere Sachen zu packen und abzufahren. Darüber hinaus nannten sie uns nicht den Ort, in den es gehen sollte, das Ziel war uns unbekannt. Wir diskutierten, daß wir so nicht fahren könnten, ohne zu wissen, wohin sie uns bringen. Aber sie bestanden darauf und wir konnten nichts machen. Wir mußten es ganz einfach hinnehmen. So nahmen wir unser Gepäck und stiegen in den Bus.

Es gab drei Busse. Wir Afrikaner waren alle in einem. So verließen wir Hoyerswerda. Als wir abfahren wurde ein Bus angegriffen. Das heißt, die Skinheads waren da. Von der Seite warfen sie Steine auf einen der Busse.

In unserem Bus waren ein Mitarbeiter des Sozialamtes und der Fahrer. Vor uns fuhr ein Lastwagen mit Soldaten (BGS?; d.Info). Als wir auf der Landstraße waren, kehrten die Soldaten um und wir blieben dort allein. Wir fuhren bis zu einem entfernten Dorf, das Meißen heißt. Bevor wir in den Ort fuhren, sahen wir auf den Brücken die Parolen „Ausländer raus“. Wir verstanden genug deutsch um zu wissen, daß dies die Parolen der Faschisten, der Rassisten sind.

...

Stimmen rassistisch-chauvinistischer deutscher Bürger von Hoyerswerda

Ein Ehepaar meint kurzerhand gegenüber einem Reporter:

"Die bekommen alles und arbeiten nicht ... Die Politiker sollen sich um unsere Probleme kümmern und nicht um die da. Was den Asylanten zukommt, sollen lieber die Deutschen kriegen."

Ein 26 jähriger Maschinist der Feuerwehr ist

"froh, daß es die Skinheads gibt. Die trauen sich wenigstens auf die Straße"

Er sei ein "ganz normaler Bürger" und frage sich,

"warum die Polizei nur die Skinheads mitnimmt und nicht die Neger. Die haben auch Steine aufs Dach geschleppt."

Er feuert einen vorbeiziehenden Rassisten an:

"Macht mal richtig Rabatz hier, damit die verschwinden."

Unter dem Nicken Umstehender fügt seine Frau hinzu:

"Die gehören hier nicht rein, die belästigen Frauen. Wenn nicht so viel Polizei da wäre, würden noch viel mehr Leute mit den Nazis gegen die Ausländer demonstrieren."

(Tagesspiegel, 24.9.91)

Mit dem Wissen, daß sie von der Polizei keinen Schutz zu erwarten haben, fordern ca. 70 Asylsuchende des belagerten Hauses ihre Verlegung nach Berlin. Ihre Forderung wird vom Landratsamt abgelehnt und somit werden die Asylsuchenden weiter den Nazis ausgeliefert.

Die Nazis werden immer offensiver: Sie greifen die Polizeisperren an

Erst nachdem wiederum die Pogromtäter ihre rassistischen Angriffe immer mehr verstärken konnten, riegelt die Polizei den Wohnblock der bedrohten Asylsuchenden lediglich ab. Was als Schutzmaßnahme propagiert wurde, diente mehr dem Ansehen der Stadt. Die Polizei konnte nun nicht mehr weiter so offen und unkritisiert die Nazis gewähren lassen. Aber diese vorgeschobene Maßnahme - einen "Schutzwall" um die Asylunterkünfte zu bilden - reichte bei weitem nicht aus, denn in der Nacht zum Sonntag greifen ca. 120 Nazis die Polizeiabsperrung an. Lediglich vier minderjährige Nazis werden von der Polizei kurzzeitig festgenommen und anschließend wieder freigelassen.

Die Pogromtage von Hoyerswerda zeigen ihre Wirkung auch anderen Orts:

Angeregt durch die Ereignisse in Hoyerswerda, sind die Nazis in Dresden an diesem Tag dazu übergegangen, ihre ständigen Überfälle auf Vietnamesen und Vietnamesinnen per Sprechfunk zu koordinieren und auf Video festzuhalten.

Der Naziterror weitet sich in der Umgebung von Hoyerswerda und Dresden aus. In anderen Orten treten Nachahmer der Naziaktionen auf. So finden in Sachsen in der Nacht zum Sonntag etliche weitere rassistische Anschläge statt. In Thiendorf bei Dresden werden bei einem Angriff von 50 Nazis auf ein Wohnheim von Roma-Flüchtlingen, acht Menschen verletzt. Die Asylunterkunft wird völlig zerstört. In Freital bei Dresden greifen 40 Nazis ein Wohnhaus vietnamesischer Arbeiter mit Brandflaschen an.

(Quellen zum 21.9.: "Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda Sonntag, 22. September", Berliner Autonome Gruppen; Junge Welt, 23.9.91; FR und FAZ, 23.9.91; Lausitzer Rundschau, 23.9.91; Tagesspiegel, 24.9.91; TAZ, 23.9.91; Die Zeit, 26.9.91; ZAG Nr.1, Nov. 91; Konkret 11/91; Stern-Verlag-Buch: "UN-Heil über Deutschland", Hamburg 1993; P.Borchers, Neue Nazis im Osten)

6. Tag des Pogroms

Sonntag, 22.9.1991:

Die Nazis kündigen am Nachmittag in Hoyerswerda die Fortsetzung der allabendlichen Pogrome an. Trotz verstärkter Polizei und Hubschraubern, welche die Stadt überfliegen, setzen die Nazis ihren Terror fort. Augenzeugen des Pogroms in Hoyerswerda erkennen in der Menge Führer mehrerer Naziorganisationen. Die Nazis drohen mit Waffen wie Reizgas-Spray und Mauser-Pistolen sowie den Worten: "Wenn die nicht verschwinden, brennen wir hier alles nieder". Sie bekennen, Hoyerswerda sei nur "die Spitze des Eisberges". Spätestens für den 3. Oktober kündigen sie weitere Aktionen an: "Da geht's erst richtig los!" (ND, 24.9.91)

Die Solidaritätsaktion und der massive Polizei- und Bundesgrenzschutzeinsatz

Am Nachmittag trifft ein Autokonvoi mit ca. 80 Pkws aus Berlin ein. Vertreter der Jüdischen Gruppe, SOS Racisme, der "Liga für Menschenrechte" u. a. Antinazisten waren nach Hoyerswerda gekommen, um gegen die Gewalt der Nazis und den staatlichen Rassismus zu demonstrieren (siehe Presseerklärung auf der nachfolgenden Seite). Die Antinazis solidarisierten sich mit den belagerten Asylsuchenden. Sie versuchten einen Kontakt mit den Asylsuchenden herzustellen. Als ca. 300 Demonstrantinnen und Demonstranten kurz nach 15 Uhr in der Thomas Müntzer Straße direkt vor dem Wohnheim versuchten einen "Schutzwall" zu bilden, um die Bewohner vor den Nazis zu schützen, wurden sie von Bereitschaftspolizisten angegriffen. Diese Polizei, die bislang bei den Naziaktionen tatenlos zusah, griff sofort ein, als Antinazis auftauchten.

Nur gegen heftigen Widerstand und Hindernisse der Polizei, die das Gelände abgeriegelt hatte, und der Heimleitung gelingt es einer kleinen Delegation der Solidaritätsdemonstration mit den Flüchtlingen Kontakt aufzunehmen. Der Wunsch aller Flüchtlinge ist es, so schnell wie möglich den Ort zu verlassen. Viele möchten am liebsten sofort mit dem Konvoi zurück nach Berlin fahren.

Während der Gespräche der Delegation mit den Flüchtlingen zog eine Demonstration mit ungefähr 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten, vor allem aus dem autonomen Spektrum, durch das umliegende Wohnviertel, forderte die Anwohnerinnen und Anwohner auf, die rassistischen Angriffe nicht mehr hinzunehmen, sich von den Nazis zu distanzieren und auf Seiten der Flüchtlinge einzugreifen. Nur wenige Anwohner schließen sich der Demonstration spontan an. Einzelne Nazis, die sich in Erwartung weiterer Übergriffe in der Nähe der Polizeisperren aufhielten, wurden von den Antinazis vertrieben und zum Teil verprügelt. In der weiteren Umgebung der Asylunterkunft kam es zu weiteren Kämpfen zwischen Nazis und Antinazis.



Erst aufgrund von Hinweisen um 14.30 Uhr, wonach ein Autokonvoi mit Berliner Kennzeichen sich in Richtung Hoyerswerda bewege, und auch von den Hinweisen Berliner Nazis, wurde ein starkes Polizeiaufgebot nach Hoyerswerda in Bewegung gesetzt. Die Polizei, die bislang fast nichts gegen die Naziangriffe unternahm, die die Nazis frei laufen ließ, zeigte nun Präsenz. Auch der sächsische Innenminister Rudolf Krause (CDU) machte sich nun auf den Weg nach Hoyerswerda.

Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda

Sonntag, 22. September 1991

Etwa 80 Autos mit 300 Personen bewegten sich im Konvoi von Berlin nach Hoyerswerda, Ort pogromartiger Angriffe auf ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge. Aufgerufen hatten verschiedene Flüchtlings- und Bürgerrechtsgruppen, gekommen waren überwiegend Autonome, Antifas, Frauen- und Lesbengruppen. Ziel war, direkt und praktisch den von den rassistischen Angriffen Betroffenen Solidarität zu demonstrieren, weitere Angriffe abzuwehren, Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Angekommen am Flüchtlingswohnheim, Thomas-Münzer-Straße in Hoyerswerda, wurden die DemonstrantInnen sogleich von Bereitschaftspolizisten angegriffen, als sie versuchten, direkt vor dem Wohnheim mit Flüchtlingen in Kontakt zu kommen. Angeblich zum Schutze der Flüchtlinge da, verhinderte die Polizei damit, einen unmittelbaren breiten Austausch zwischen DemonstrantInnen und Flüchtlingen.

Dennoch lernte eine Delegation der DemonstrantInnen im Gespräch mit den Flüchtlingen - unter anderem aus Mosambik, Rumänien, Vietnam und Ghana - deren Situation kennen. Nicht erst die pogromartigen Angriffe der letzten Woche, als Neonazis, mit Applaus und Unterstützung von AnwohnerInnen, das Wohnheim belagerten und mit Molotow-Cocktails und Steinen angriffen, machten die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge unerträglich. Schon seit etwa acht Monaten werden sie im Alltag - beim Einkaufen, Telefonieren, in Kneipen, sogar beim Kirchgang - behindert und tätlich angegriffen. Verletzt wurde die Behandlung in Krankenhäusern verweigert, Anzeigen wurden von der Polizei ignoriert.

Während der Gespräche, die die Delegation führte, zogen die DemonstrantInnen durch das umliegende Wohnviertel, forderten die AnwohnerInnen auf, die rassistischen Angriffe nicht mehr hinzunehmen, sich von den Neonazis zu distanzieren und auf Seiten der Flüchtlinge einzugreifen. Bei Diskussionen mit AnwohnerInnen war für die DemonstrantInnen erschreckend, wie viele von ihnen die von Politikern und Medien (besonders der BILD-Serie) angestachelte Hetzkampagne gegen Flüchtlinge mittragen, dieselben rassistischen Stereotype verwenden: Die Flüchtlinge selbst seien das Problem, sie müßten sich der "deutschen Lebensweise" unterordnen - am selben Tag vom sächsischen Innenminister Krause über Rundfunk verbreitet. Kein Wort über den staatlichen Rassismus. Aber es gab auch Ausnahmen, leider wenige: AnwohnerInnen, die Zivilcourage bewiesen und sich spontan dem Demonstrationszug anschlossen.

Einzelne Neonazis, die sich in Erwartung von weiteren Übergriffen auf Flüchtlinge in der Nähe der Polizeisperren aufhielten, wurden von den DemonstrantInnen vertrieben und zum Teil verprügelt.

Bevor die DemonstrantInnen nach gut fünf Stunden in Hoyerswerda die Rückfahrt nach Berlin antraten, betonten sie noch einmal ihr Anliegen, daß sie mit allen Mitteln den Versuch der Regierungspolitikere vereiteln wollen, Hoyerswerda wie auch andere Anschläge auf Flüchtlingswohnheime zum Zwecke einer weiteren Verschärfung der repressiven Asylpolitik zu benutzen. Vorschläge des sächsischen Innenministers, die Flüchtlinge "in Sicherheit zu evakuieren", sie in Militärbaracken zu kasernieren, bewacht von Stachdraht umwehrt, verletzen das fundamentale Recht der Flüchtlinge, dort zu wohnen, wo sie möchten, und nicht mehr in ein Ghetto gepercht zu werden. Dieses Interesse bekundeten sie auch gegenüber der Delegation.

Die DemonstrantInnen wandten sich gegen die Absicht, die Flüchtlinge noch mehr zu einem gesellschaftlichen Fremdkörper zu stempeln, indem sie in bewachte Ghettos eingeschlossen werden. Dies ist das Kennzeichen der BRD-Asylpolitik schon seit etwa zehn Jahren. Völlig ausgeblendet wird bei dieser Politik die Mitverantwortung der BRD für die Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, wo Ausbeutung, Umweltzerstörung und Kriegsproduktion die Lebensgrundlage für immer mehr Menschen vernichten.

Als perfide betrachten die DemonstrantInnen auch das Manöver, die pogromartigen Angriffe von Hoyerswerda und anderswo als Argument in der unsäglichen Asylrechtsdiskussion auszunutzen, als Argument für eine weitere Abschottung aufgrund fehlender "sozialer Akzeptanz" für die Flüchtlinge - nachdem die Flüchtlinge aus Berlin und Frankfurt bewußt in geschichtslose Betonviertel mit rassistisch anfälligen KleinbürgerInnen deportiert wurden.

Orientierung kann nur die Forderung der Flüchtlinge selbst sein, in menschenwürdigen Bedingungen dort zu leben, wo sie es wollen, ohne Nazi-Angriffe, ohne Stacheldraht, ohne Ghetto. Von den DemonstrantInnen wurde in diesem Zusammenhang auch erwogen, für die Flüchtlinge sichere Unterkünfte in anderen Orten, beispielsweise Berlin zu suchen. Das entspräche auch dem Wunsch, wie er von den Flüchtlingen geäußert wurde, die am liebsten gleich mit dem Konvoi nach Berlin gefahren wären.

BERLINER AUTONOME GRUPPEN

Das Ende des Pogroms

Die Polizei ist am Sonntag abend, seit der Anwesenheit der Antinazis zahlreicher als die Tage zuvor präsent. Während noch am Sonntagnachmittag der Pressesprecher der Polizei den Einsatz von Bundesgrenzschutzeinheiten dementiert, so befanden sich diese kurze Zeit später unter den Polizeikräften gegen die Solidaritätsdemonstration. (siehe auch Abschnitt: Protest und Widerstand)

Gegen 18 Uhr teilte der Innenminister Krause, nach Gesprächen mit dem Bürgermeister, dem Landrat und der Polizeiführung in einer Presseerklärung mit, daß die Asylsuchenden in nächster Zeit Hoyerswerda verlassen werden. Nun erst stoppte die Polizei, wie sie es auch schon beim Arbeiterwohnheim gezeigt hatte, die Nazis, die ja mit Hilfe dieser Polizei ihr verkündetes Ziel - "Ausländer raus" - erreicht hatten.

Wie zum Ende des Pogroms versucht wird, das Bild von der „immer zu spät kommenden“ Polizei zu korrigieren:

Die Lausitzer Rundschau vom 23.9.91 bringt über der großen Überschrift: "Weitere Ausschreitungen gegen Ausländer am Wochenende" ein Bild mit dem Untertitel: "Ein starkes Aufgebot an Polizei riegelt die Straße vor einem Heim der Asylbewerber ab, das wiederholt von Rechtsradikalen angegriffen wurde".

Es entsteht so der falsche Eindruck, die Polizei helfe den Opfern der Pogromüberfälle. Doch nicht den Nazis und ihren zahlreichen Helfern steht die schwer bewaffnete und die Straße absperrende Polizei auf dem Bild gegenüber, sondern den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Solidaritätsdemonstration, die gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Arbeiter aus anderen Ländern und für das Bleiberecht demonstrieren. Tatsächlich geht die Polizei gegen die offen bekundete Solidarität mit den Opfern vor.

An der Polizeiabsperrung und vor den Flüchtlingsunterkünften versammelten sich an diesem Abend lediglich noch 100 Nazis samt ihren Helfern. Gegen 21.00 Uhr wurden die Polizeisperren mit Fäusten und Steinen, die Asylunterkünfte mit Brandsätzen und Stahlkugeln angegriffen. Eine halbe Stunde später beginnt die Polizei mit der Räumung des Geländes.

Die Polizei zeigt zum offiziell angekündigten Ende des Pogroms, daß sie auch in Hoyerswerda personell und organisatorisch in der Lage ist mit Wasserwerfern, Hubschraubern und einer Hundertschaft gegen Nazis wirkungsvoll vorzugehen. Gegen 22.30 Uhr ist das Gelände weitgehend von Nazis befreit. Es gab etliche Verletzte. Wieviel Verletzte es auf Seiten der Asylsuchenden gab, angesichts der Stahlkugeln und Brandsätze, wurde allerdings nicht berichtet. Die Polizei beschlagnahmte ein mörderisches Waffenarsenal: Totschläger, Stahlkugelschleudern, Schreck- und Luftdruckpistolen. Unter anderen wurden 32 Nazis festgenommen.

Der Polizei ging es zu diesem Zeitpunkt darum, den Abtransport der Flüchtlinge vorzubereiten. Sie mußten gleichzeitig den Nazis und ihren Anhängern deutlich machen, daß sie damit ihr Ziel erreicht hatten und die Tage des Pogromterrors damit beendet sind. Das Innenministerium und die bürgerlichen Politiker nutzten diesen Einsatz, um insbesondere gegenüber der internationalen Öffentlichkeit das Ansehen nicht ganz zu verspielen und sich zum Abschluß wenigstens einmal scheinbar, als 'Helfer' der bedrohten und belagerten Flüchtlinge zu präsentieren.

(Quellen zum 22.9.: ZAG Nr.1, Nov 91; "Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda Sonntag, 22.September", Berliner Autonome Gruppen; Junge Welt, FAZ, TAZ und FR 23.9.91; ND und Tagesspiegel, 24.9.91; Lausitzer Rundschau, 24. und 25.9.91; Die Zeit, 26.9.91, Stern-Verlag-Buch: "UN-Heil über Deutschland", Hamburg 1993)

Ein Ergebnis des Pogroms:

- **Die Opfer des Pogroms – die Flüchtlinge sowie vietnamesische und mosambikanische Arbeiter - müssen die Stadt verlassen**
- **und werden von den Behörden schikaniert bzw. abgeschoben**

Die Ausquartierung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda

Ein Polizeileutnant: "Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind"

Landratsamt, Stadtverwaltung und Polizei waren sich mit den rassistisch eingestellten Bürgern dieser Stadt einig, daß die Asylsuchenden nicht bleiben dürfen, das Ansehen der Stadt war in Gefahr. Unter dem Vorwand ein Massaker zu verhindern, mußten die betroffenen Nichtdeutschen die Stadt verlassen.

Die ca. 230 Asylsuchenden aus der Thomas-Müntzer-Straße wurden am Montag, den 23.9.91, im Laufe des Abends aus der Stadt gebracht und auf Unterkünfte im Großraum Dresden verteilt. Diesem Abschluß der Vertreibung schauten rund 1.000 Bürger und Bürgerinnen zu und applaudierten. Was sie mit ihrem Rassismus und Unterstützung der Nazis erreicht hatten, wurde "gefeiert". Einzelne Proteste dagegen blieben in dieser reaktionären Menschenmenge fast ungehört.

Die beifallklatschende Menschenmenge bildete vor und während dem Abtransport in der Thomas-Müntzer-Straße für die Asylsuchenden ein feindliches Spalier und viele brüllten u.a. "Deutschland den Deutschen". Unter dem nachlässigen Schutz der Polizei bestiegen zunächst 150 Rumänen und Vietnamesen die bereitstehenden Busse. Bei der Abfahrt der ersten Busse, gegen 19 Uhr, johlte die rassistische Menge und grölte u.a. "Ausländer raus". Tam Le Thanh, ein 21jähriger Vietnameser, der im Buß am Fenster saß, wurde durch einen Steinwurf, der das Fenster zersplitterte, am Kopf verletzt. Glassplitter drangen ihm ins rechte Auge, ein Arzt wurde nicht sofort gerufen. Er wurde erst ca. zwei Stunden später ärztlich versorgt und leidet noch heute an Sehstörungen.

Aus Angst vor den Rassisten, kletterte wenige Minuten später ein junger Mann im vierten Stock des Wohnheims auf den Fenstersims. Er wollte sich herabstützen. Die beifallklatschenden Rassisten forderten lautstark: "Spring doch - spring doch endlich". Andere Bewohner des Heims konnten ihn gerade noch von einem Selbstmordversuch abhalten und zogen ihn ins Zimmer zurück. Kurz darauf wurde das Fenster von Nazis eingeworfen und die Asylunterkunft mit Brandsätzen beworfen.

Die anwesende Polizei zeigte auch hier wieder, auf welcher Seite sie stand. Ein Polizeileutnant kommentierte offen vor einem Rundfunkreporter:

"Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind"

(TAZ, 25.9.91)

Abends, nach dem Abtransport der Asylsuchenden, griffen Nazis nochmals die Flüchtlingswohnheime mit Feuerwerkskörpern an, wobei Fensterscheiben zu Bruch gingen.

(Lausitzer Rundschau, 24.9. und 25.9.91; TAZ und FR, 25.9.91; Spiegel 40/1991; TAZ, 18.12.1991)

Unmenschliche Zwangsverteilung der Pogromopfer durch die Behörden

Die Flüchtlinge wurden in Hoyerswerda nach Nationalitäten getrennt in Busse gesetzt und in verschiedene Richtungen gefahren. Das jeweilige Fahrtziel wurde ihnen nicht mitgeteilt.

Ein Pressekorrespondent fuhr dem ersten Konvoi von drei Bussen sowie 10 Autos, in denen Roma-Flüchtlinge aus Rumänien saßen, hinterher. Er berichtete "von einer dreistündigen, scheinbar ziello-

sen Irrfahrt durch Sachsen". Mehrfach stoppte die Kolonne ohne ersichtlichen Grund. Während dieser Irrfahrt durch Sachsen wurden die Flüchtlinge von Passanten in einzelnen Dörfern immer wieder mit ablehnenden Gesten, z.B. hochgetrecktem Mittelfinger, "begrüßt". Die Menschen in den Bussen, desorientiert und immer verzweifelter, sperrten sich zunehmend gegen diese Fahrt ins Unge-
wisse.

Eine Gruppe von ca. 21 Asylsuchenden, vorallem Vietnamesen, wurde auf dem Weg nach Pirna gezwungen, den Bus zu verlassen und ohne Verpflegung und Schutz die Nacht im Freien zu verbringen. Die anderen Vietnamesen weigerten sich in Pirna auszusteigen, denn aus Angst vor weiteren Überfällen wollten sie in die "alten Bundesländer". Die zuständigen Begleiter ließen Ihnen aber keine andere Wahl, als in der Nacht in Pirna auszusteigen und in Notunterkünften zu übernachten.

Ein Bus mit angolanischen Flüchtlingen kam nach ebenfalls langer Irrfahrt in Meißen an, wo bereits Transparente "Ausländer raus" flatterten. Meißen liegt nur etwa 20 km von Hoyerswerda und Dresden entfernt. Sie sollten die Nacht in einem leerstehenden Fabrikgebäude verbringen, das abseits in einem Wald lag. Da die hygienischen Bedingungen dort unzumutbar waren und keine Fluchtwege bestanden, übernachteten einige von ihnen aus Sicherheitsgründen im Bus. Die verantwortlichen Begleiter hatten sie ohne Essen und Trinken alleingelassen und ließen sich auch am folgenden Dienstag nicht blicken.

(TAZ und FR, 25. u. 26.9.91; Spiegel 40/1991; SZ, 27.9.91, Lausitzer Rundschau, 1.10.91; TAZ, 18.12..91)

Noch vor dem Pogrom in Hoyerswerda: Asylsuchende fliehen aus der Ex-DDR nach Westdeutschland

Von dem Terror der Nazis und der diskriminierenden und rassistischen Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung abgeschreckt und verjagt, wollten viele Asylsuchende nicht mehr an bestimmten Orten der Ex-DDR bleiben. Da sie aber nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, da ihnen dort Verfolgung, Unterdrückung oder sogar der Tod droht, suchten sie Alternativen innerhalb Deutschlands, an weniger gefährdet erscheinenden Orten. Sie wollten zurück nach Westdeutschland.

Schon im April 1991 fliehen Asylsuchende nach rassistischen Überfällen aus mehreren ostdeutschen Aufnahmелagern nach Schwalbach in Hessen. Die Frankfurter Rundschau berichtete: "Aufgrund zahlreicher Gewalttaten gegen Ausländer in Ostdeutschland seien allein 370 Asylbewerber nach Hessen zurückgekehrt" (FR, 17.9.91). Auch in Westdeutschland sind sie nicht willkommen: Die "Hessische Gemeinschaftsunterkunft" in Schwalbach verweigerte z.B. den vor Verfolgungen durch Nazis aus Ostdeutschland geflohenen Asylsuchenden die Aufnahme und Unterkunft.

Am 12.9.91 flohen 70 Asylsuchende vor rassistischen Überfällen in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) in eine Kirche nach Neumünster (Schleswig-Holstein) und besetzten diese. Nachdem der Kirchenvorstand die Zwangsräumung durch die Polizei angedroht hatte, kehrten die Asylsuchenden nach Greifswald zurück. Ungefähr 6 Tage später griffen ca. 200 Nazis die Asylunterkunft erneut an. Noch am selben Abend fliehen die Asylsuchenden mit Unterstützung von Antifaschisten erneut aus Greifswald nach Neumünster. Sie fordern ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein.

(TAZ u. FR, 17.10.91; FAZ u. SZ, 7.11.1991; TAZ, 26.8.92)

Diese Zwangsverteilung war so unmenschlich, die neuen Unterkünfte teilweise in so einem schlechten Zustand, und vorallem die Angst vor weiteren rassistischen Angriffen so groß, daß sich einige Asylsuchende an den nächsten beiden Tagen absetzten:

In ihrer Not flüchteten einige Asylsuchende nach dem Pogrom auf eigene Faust nach West-berlin und nach Westdeutschland und sind dort gezwungen unterzutauchen

- 14 angolanische Asylsuchende nahmen am 24.9.91 ihr Schicksal selbst in die Hand. Nachdem sie in Meißen bis Dienstag nachmittag vergeblich auf jemand gewartet hatten, der sich um sie küm-mert, sind sie zum nächsten Bahnhof gelaufen und mit dem Zug nach Berlin geflohen. Einen Tag später trafen aus Meißen weitere 26 Asylsuchende aus Ghana, Angola und Bangladesch in Berlin ein. Insgesamt flohen ca. 50 Asylsuchende, die aus Hoyerswerda weggebracht worden waren, nach Berlin. Ihnen wurde daraufhin vorgeworfen, daß sie sich nach dem "Asylgesetz" strafbar gemacht hätten. Aus Angst vor einer drohenden Abschiebung, durch eine negative Entscheidung des Berliner Senats, mußten sie sich nun in Berlin verstecken.
- 14 Vietnamesen und 2 Mongolinnen suchten nach der unmenschlichen Fahrt und Behandlung in Pirna - sie gehörten zu der Gruppe, welche die Nacht im Freien zubringen mußte -, bereits am Dienstag früh, dem 24.9.91, in Hannover Zuflucht. Sie wurden von dort in die zentrale Anlauf-stelle für Asylsuchende nach Braunschweig gebracht. In Niedersachsen begann daraufhin ein po-litischer Streit um den Verbleib der 16 Asylsuchenden. Ministerpräsident Gerhard Schröder sprach sich sogleich gegen eine dauerhafte Aufnahme aus. Erst als einige mit Selbstmord drohten bei einer Zwangsrückkehr nach Sachsen, bekamen sie im Dezember ein Bleiberecht.
- 12 Roma aus Rumänien, die in PKW's dem Bus-Konvoi gefolgt waren, haben sich von der be-hördlichen Irrfahrt am Abend des 23.9.91 abgesetzt und sind noch in der Nacht aus Sachsen in ein westdeutsches Bundesland geflohen.

(Junge Welt, 26. u. 27.9.91; TAZ, 26.9.91; FR, 26.9.91 u. 27.9.91 u. 24.12.91; SZ, 27.9.91)

Die Nazis haben ihr Ziel erreicht, die Behörden setzten es um: die Arbeiter aus Vietnam und Mosambik wurden abgeschoben

Die Nazis mit Unterstützung von Teilen der Bevölkerung haben erreicht, was die Politiker des deut-schen Imperialismus schon länger planten. Sie nutzten das Pogrom, um Arbeiter aus anderen Ländern vor oder nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge in der Ex-DDR, in ihre Herkunftsländer abzuschieben.

Noch während des Pogroms, am 22.September, wurden 60 Arbeiter aus Mo-sambik direkt in ihr Herkunftsland abge-schoben. Die restlichen ca. 39 Arbeiter folgten ihnen dann am 24.November. Als sie noch gebraucht wurden, hatten sie bei verschiedenen Betrieben der Region, im Energiewerk "Schwarze Pumpe" oder im Braunkohlewerk gearbeitet bzw. haben dort

ihre Berufsausbildung erhalten. Bei einem Teil der Arbeiter, die im Lausitzer Braunkohlewerk be-schäftigt waren, lief der Arbeitsvertrag am 3.Oktober ab und wurde auch nicht mehr verlängert. Ein weiterer Teil dieser Arbeiter wurde dann später abgeschoben.

Zwar bezahlten die ehemaligen Arbeitgeber ihren Heimflug, aber für die Container zum Transport ihrer persönlichen Habseligkeiten per Schiff, müssen sie bis zu 7.000 DM hinlegen. Wegen der un-menschlichen Behandlung und der steigenden Angst vor den Nazi-Banden wollten nur sehr wenige Mosambikaner weiter in Deutschland bleiben.

(Die Zeit, 26.9.91; Wochenblatt, 23.9.91)

Das Schicksal der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern in der Ex-DDR

1989 lebten und arbeiteten in der DDR noch 53.000 Vi-etnamesen, 15.000 Mosambikaner, 10.000 Kubaner, 1.000 Angolaner und 900 Chinesen.

Nach der Einverleibung der DDR wurden sie oft als er-stes entlassen. Der westdeutsche Imperialismus for-cierte ihre Ausreise. So kehrten viele 1990 in der Regel unfreiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Im Sommer 1991 lebten z.B. nur noch 14.000 Vietnamesen in der Ex-DDR.

(Das Parlament, Nr.25-26/1991)

Das Braunkohlewerk Welzow läßt seine letzten Arbeiter aus Vietnam abschieben

In der Nacht vom 9. zum 10. Oktober, zwei Uhr, mußten die letzten 17 Arbeiter aus Vietnam, die in der Albert-Schweitzer-Straße wohnten, Hoyerswerda verlassen. Im Januar 1988 hatte sie das Braunkohlewerk Welzow großartig empfangen. Dieser Betrieb sorgte nun dafür, daß diese Arbeiter zum Flughafen Frankfurt abtransportiert wurden. Von dort aus sollten sie dann am nächsten Tag nach Hanoi fliegen. Obwohl ihre Arbeitsverträge noch nicht ausgelaufen waren, mußten sie von heute auf morgen zurück in ihre Heimat. Bei ihrem Abschied waren keine deutschen Kollegen aus dem Bergwerk und erst recht keine Betriebsleitung anwesend. Einzig eine Kollegin aus der Pförtnerkabine des Werkes verabschiedete sich von ihnen.

(Wochenblatt, 11.10.91)

❑ Der rassistische Terror erreicht 1991 eine neue Stufe:

Im Oktober 1991 - nach dem Pogrom in Hoyerswerda - breitet sich der Terror in einem ungeahnten Maße aus (in der Ex-DDR und Westdeutschland)

Die zunehmende staatliche Faschisierung und rassistische Hetzpropaganda durch bürgerliche Politiker und Medien ermutigte Nazis immer dreister Menschen anderer Nationalitäten zu überfallen. Die rassistische Abschreckungspolitik und der alltägliche Rassismus eines bedeutenden Teiles der deutschen Bevölkerung prägten das Klima, in dem sich der Naziterror ausbreitete.

Auch wenn Statistiken staatlicher Behörden mit Vorsicht zu betrachten sind, spiegeln die im folgenden dokumentierten Zahlen doch ganz klar die Tendenzen des Rassismus im Jahr 1991 wieder.

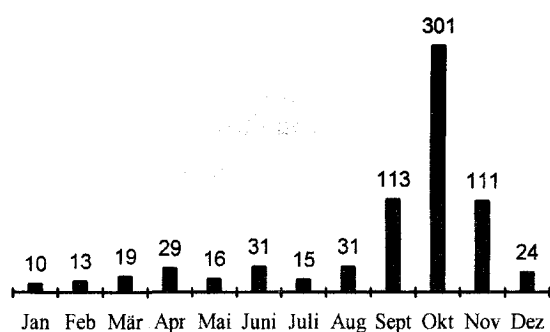
Rassistische Straftaten in 1991 gegenüber den Vorjahren mehr als verzehnfacht

1991 wurden bundesweit 2.368 rassistische Straftaten amtlich registriert (darunter 338 Brandanschläge und 219 gewalttätige Angriffe gegen Personen). Für das Jahr 1990 weist das Bundeskriminalamt demgegenüber 246 Straftaten gegen Nichtdeutsche aus. In den Jahren 1987-90 betrug diese Zahl durchschnittlich 250.

(TAZ, 2.1.92 und 17.1.92. Otto/Merten/Hrsg., Rechtsradikale Gewalt im vereinten Deutschland, Opladen 1993, S. 15.)

Der Nazi-Terror steigert sich in Westdeutschland wie auch in der Ex-DDR

713 amtlich registrierte rassistische Straftaten im Zeitraum vom 1.1.91 bis 15.12.91 in NRW



Quelle: Chronik – „Jeder ist uns der Nächste“, Konkret 2/92

Obwohl staatliche Bundesbehörden Tausende von Asylsuchenden absichtlich in der Ex-DDR unterbrachten und in den Medien der Rassismus immer wieder als besonderes Problem der "neuen Bundesländer" suggeriert wurde, zeugen Chroniken deutlich von einem hochschäumenden Rassismus sowohl in der Ex-DDR, als auch in Westdeutschland.

Allein rund 60 Brandanschläge gegen Asylunterkünfte und Wohnheime von Nichtdeutschen wurden in den 8 Monaten vor Hoyerswerda verübt, davon drei Viertel in Westdeutschland. Laut dem Spiegel meldeten die Demoskopen im September, "daß 21 Prozent der Ostdeutschen und sogar 38 Prozent der Westdeutschen 'Ver-

ständnis' für jene 'rechtsradikalen Tendenzen' bekunden,...".

(Die Zeit, 11.10.91; Spiegel 40/1991)

Eine Statistik des Bundeskriminalamtes zum Jahr 1991 belegt deutlich, daß der Nazi-Terror im Westen wie im Osten wütete:

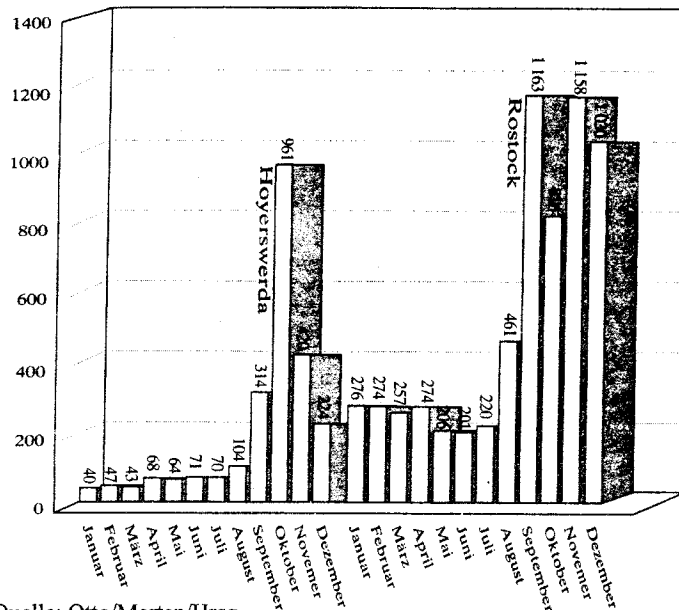
	Westdeutschland	Ex-DDR
Brandanschläge	247	91
gewalttätige Angriffe gegen Personen	142	77

Nach derselben unvollständigen Statistik des Bundeskriminalamtes trieben die Nazis vor allem im Westen in Nordrhein-Westfalen (100 Brandanschläge, 53 Angriffe gegen Personen), Niedersachsen (41, 16) und Baden-Württemberg (29,22) sowie im Osten in Sachsen (32, 20), Sachsen-Anhalt (17, 27) und Mecklenburg-Vorpommern (22,6) ihr Unwesen.

Das Pogrom in Hoyerswerda und seine öffentliche Rechtfertigung hat Signalwirkung - Nazis und Rassisten feiern die Einverleibung der DDR im Oktober auf ihre Weise

Diese systematisch geschürte Welle von rassistischen Anschlägen in 1991 fand ihren Höhepunkt im Herbst, vor allem in den Wochen nach dem Pogrom in Hoyerswerda. Die rechtfertigenden und verharmlosenden Reaktionen von Politikern und Medien nach Hoyerswerda hatten Signalwirkung für Nazis und Rassisten. Zur Veranschaulichung dieser Entwicklung in 1991 nebenstehend eine Monatsstatistik des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen, welche exemplarisch in diesem Bundesland die eklatante Zunahme des Nazi-Terrors in den Monaten September bis November des Jahres 1991 zeigt.

Abbildung 1: Fremdenfeindliche Straftaten
(Januar 1991 bis Dezember 1992)



Quelle: Otto/Merten/Hrsg.,
Rechtsradikale Gewalt im vereinten Deutschland, Opladen 1993, S. 16.

Mörderischer Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hünxe am 3. Oktober 1991

Ein Beispiel für die Signalwirkung von Hoyerswerda und den Stichtag 3. Oktober

In der nordrhein-westfälischen Ortschaft Hünxe warfen drei Nazis in der Nacht zum 3. Oktober 1991 ein Molotow-Cocktail gezielt durch das Schlafzimmerfenster eines Flüchtlingswohnheimes. In dem Zimmer schliefen vier Kinder einer Familie aus dem Libanon. Die achtjährige Zeinab S. und ihre sechsjährige Schwester Mogades S. wurden von dem Brandsatz getroffen und dabei lebensgefährlich verletzt. Die beiden libanesischen Mädchen überlebten den Anschlag zwar, aber erlitten schwerwiegende Verbrennungen am ganzen Körper. Ihre beiden jüngeren Geschwister wurden leicht verletzt. Die etwa 40 weiteren Bewohner des Heimes konnten sich rechtzeitig retten.

(SZ, 4.10.91)

Drei Tage vor dem Anschlag hatten CDU, SPD und FDP im Hünxer Rat mit einer Resolution eine "konsequente Abschiebepaxis" gefordert. Und Bürger von Hünxe, die gegen ein neues Asylheim Unterschriften sammelten, wollten wissen: "wie die Gemeinde uns vor Übergriffen schützt" - vor Übergriffen durch Flüchtlinge wohl gemerkt.

Und die Reaktion nach dem Brandanschlag: Eine deutsche Bürgerin von Hünxe spricht gegenüber der Presse aus, was viele denken:

"Es kommen aber auch zuviele Asylanten. Wo sollen wir denn hin mit denen".

Bei Interviews in einem Jugendzentrum von Hünxe höhnt einer

"Aber das Experiment ist gelungen ... Libanesen Kinder brennen doch!"

(TAZ, 9.10.91)

Nazis machen die Arbeit der west/deutschen Imperialisten, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden ! - Zur Vorgeschichte des Pogroms in Hoyerswerda

1. Der rassistische Terror in Hoyerswerda im Jahr 1990:

Das Pogrom am 1.Mai 1990 und der
Naziüberfall am 2./3.Oktober 1990 gegen Arbeiter aus Mosambik

□ Das Pogrom am 1.Mai 1990

Allein im April 1990 gab es 14 bekanntgewordene Überfälle auf Mosambikaner in Hoyerswerda, bei denen die Polizei regelmäßig zu spät eintraf.

Mit der Absicht den Festplatz zur 1.Mai-Feier "negerfrei" zu machen, zogen am 1.Mai 1990 in Hoyerswerda 150-200 Nazis zu dem Volksfest. Auf dem Weg dorthin überfielen 4 Nazis zunächst in der Ernst-Thälmann-Straße einen jungen Mosambikaner. Sie verprügelten ihn so schwer, daß dieser mit schweren Prellungen vor allem am Kopf ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

In der nahegelegenen Unterkunft der mosambikanischen Arbeiter verbreitete sich diese Nachricht sehr schnell. Sie griffen zur Selbsthilfe. Um sich vor weiteren rassistischen Überfällen zu schützen und nicht weiter tatenlos dazustehen, bewaffneten sich ca. 50 mosambikanische Arbeiter mit Stöcken und zogen zum Festplatz. In der Minderheit gegenüber ca.200 Nazis mußten sie sich vor den Angriffen immer wieder zurückziehen und gingen schließlich zurück zu ihren Wohnungen.

Die Nazibande verfolgte aber die mosambikanischen Arbeiter bis zu ihren Wohnungen. Die Nazis warfen unter rassistischen Rufen ca. 30 Fensterscheiben ein und zerstörten etliche Balkonverkleidungen.

Der ganze nazistische Überfall wurde von reaktionären Teilen der Bevölkerung unterstützt. Ca. 1.500 rassistisch verhetzte Bürgerinnen und Bürger klatschten zum großen Teil den Nazis Beifall und feuerten diese an, anstatt sich mit den Opfern zu solidarisieren.

Trotz der massiven fast täglichen Naziüberfälle im April war die Polizei nicht rechtzeitig vor Ort und schon gar nicht entsprechend gegen die Nazibande ausgerüstet. Die Polizei ließ sich Zeit, sich mit Schlagstöcken, Helmen und Schildern zu bewaffnen. Währenddessen konnten die Nazis ungehindert weiter die Unterkunft angreifen.

Dieses Pogrom blieb von der Öffentlichkeit in Westdeutschland fast unbeachtet. Die bürgerlichen Medien berichteten, wenn überhaupt nur sehr spärlich darüber. Zu Protesten und Solidarität mit den Opfern des Naziterros kam es nach unseren Informationen nicht.

Von der SED/PDS, die sich sonst so "antifaschistisch" gibt, hörte man über dieses Nazipogrom nichts.

(TAZ, 7.5.90)

Der rassistische Terror in Sachsen hat 1991 nicht erst am 17.September angefangen

- In Dresden der Nazi-Mord an dem Mosambikaner Jorge Joao Gomondai im April 1991, die Nazi-Angriffe auf den Trauerzug und der pogromartige Naziaufmarsch im Juni.
- In Wurzen der Nazi-Angriff auf ein auch von vielen Roma bewohntes Flüchtlingswohnheim am 23./24.8.1991, das anschließend geschlossen wurde. Heute gibt es in Wurzen kein Flüchtlingswohnheim mehr.
- In Leisnig der Überfall auf eine Unterkunft von Asylsuchenden am 15.9.1991, wobei ein Vietnameser von Nazis schwer verletzt wurde.

Ein Artikel zur Zeit des Pogroms von Oktober 90 ist auch im Oktober 91 noch brandaktuell und wird im „Wochenblatt“ erneut abgedruckt

Seite 1

Gewalt - Zur Feier des Tages?

5. Oktober 1990

Während seit Tagen die Gedanken vieler darum kreisen, wie der Tag der Wiedervereinigung wohl zu begehen sei, sind Polizei und Ausländerbetreuer in Hoyerswerda mit ganz anderen Überlegungen beschäftigt. Nicht umsonst, wie sich in der vorgetragenen Silvesternacht schließlich zeigt...

Die Polizei ist nicht vor Ort, als am 2. Oktober gegen 18 Uhr plötzlich vier vollbesetzte PKW vor dem Ausländerheim in der Zetkinstraße vorfahren. Es ist der erste Angriff. Mit Flaschen bewaffnet, zertrümmern unerkannte Täter das Glas der Eingangstüren und einiger Fenster. Als die Polizei eintrifft, ergreifen sie die Flucht. Das Feuerwerksspektakel um Mitternacht ist kaum verhallt, als ein zweiter, weit schlimmerer Angriff erfolgt. Diesmal sind es entschieden mehr Jugendliche. (...) 15 werden zugeführt. Scheiben sind zu Bruch gegangen, ein Polizeiwagen leicht beschädigt.

Die Polizei wußte vorher, daß etwas passieren soll. Tage vor der Vereinigungsnacht wurden anonyme Drohungen bekannt. Die mit dem Berufsverkehr kommenden Mocambiquaner sollten an der Haltestelle abgefangen und verprügelt werden. Die Werksleitung verhinderte das mit der Bereitstellung von Fahrzeugen, die den Transport übernehmen. Weitere Drohungen folgten. Neben Jugendclubs und dem Umweltzentrum wurden immer wieder die beiden Ausländerwohnheime als Angriffsziel genannt...

derwohnheime als Angriffsziel genannt...

Die Polizei ist informiert. Schutz kann nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten erfolgen. Für die Stadt können 40 Polizisten und 5 Wagen in Bereitschaft gehen. Verstärkte Streifenkontrollen sind garantiert.

Die Polizei ist im Grunde hilflos, weil überlastet. Während des ganzen oben geschilderten Geschehens sind die Mocambiquaner auf Anweisung in ihren Zimmern geblieben. Am Vortag mit Lebensmitteln versorgt, verlassen sie ihre Unterkünfte mit Beginn der Dunkelheit nicht und auch am Tag nur für kurze Zeit und in Gruppen.

Die Polizei befürchtet die Wiederholung der Vorfälle. Die Massenschlägerei am 1. Mai dieses Jahres ist noch tief in Erinnerung und warnt. Nach Einschätzungen der Polizei hat sich die Bereitschaft zur Gewalt in letzter Zeit um mindestens 100 Prozent erhöht. Wer meint, mit der Abreise der Afrikaner bis zum 31. Dezember 1991 sei die Problematik entschärft, der irrt. Ein reiches Land hat auch viele Asylanten.

Und heute...

...liest sich dieser Beitrag wie eine Prophezeiung. Es bleibt zu hoffen, daß für den ersten Jahrestag der Deutschen Einheit ähnliche Vorfälle ausbleiben.

Die Hoffnung ist begründet, denn: Es leben nur noch wenige Ausländer in Hoyerswerda. Und die sind rund um die Uhr von der Polizei bewacht.

Wochenblatt 1.10.91

Am 2. Oktober 1990 überfielen Nazis eine Unterkunft von Arbeitern aus Mosambik in der Zetkinstraße. Die Nazibande fuhr mit 4 vollbesetzten PKWs vor. Als die Polizei endlich eintraf, konnten sie unerkannt flüchten.

An dem zweiten Angriff der Nazis, der weitaus brutaler verlief, beteiligten sich noch mehr Nazis und wieder ließ die Polizei die Nazitäter entkommen.

Die Polizei erhielt Tage davor konkrete Drohungen, daß Naziüberfälle geplant seien. Sie war also informiert und vorgewarnt. Trotzdem überließ sie die Wohnungen der Mosambikaner schutzlos den Naziangreifern. Keinerlei Maßnahmen von Seiten der Polizei wurden ergriffen. Im Gegenteil, sie verlangte, daß die Arbeiter in ihren Wohnungen blieben.

Die einzigen Informationen zu diesem Naziüberfall haben wir aus dem "Wochenblatt" vom 5.10.90. Der Bericht in dieser Lokalpresse entschuldigt das passive Verhalten der Polizei, trotz der selbst hier geschilderten Sachverhalte: "Die Polizei ist im Grunde hilflos, weil überlastet".

(Wochenblatt, 5.10.90)

2. Das Pogrom von September 1991 wurde in aller Öffentlichkeit vorbereitet

Die Pogromstimmung in Hoyerswerda wurde mit Hilfe der tonangebenden Regional- und Lokalpresse (Sächsische Zeitung, Wochenblatt, Lausitzer Rundschau) schon seit Monaten öffentlich geschürt. Die Vertreibung der Asylsuchenden und der Arbeiter aus Vietnam und Mosambik wurde von langer Hand vorbereitet.

Einleitung der Hetze in der tonangebenden Lokalpresse und von städtischen Behörden

In gemeinsamer Arbeit kochten Stadtverantwortliche und Lokalpresse angebliche Lärm-Probleme im Flüchtlingswohnheim mit Riesen-Überschriften bewußt hoch. So lautete z.B. im Wochenblatt vom 26.7.91 die Überschrift eines Hetzartikels:

"Je später der Abend ... desto lauter die Gäste"

Mit der Begründung, es läge eine Anzeige wegen Vergewaltigung vor (diese Anzeige taucht wieder auf in der Gerichtsprozessberichterstattung der Sächsischen Zeitung vom 9./10.11.91) und es hätte

irgendeine Prügelei vor dem Flüchtlingswohnheim stattgefunden, wurde die Lage vor den aufgetzten Zeitungslesern als äußerst gravierend hochstilisiert:

"...das Faß kurz vor dem Überlaufen".

(Wochenblatt, 26.7.91)

In einer Bildunterschrift im Fettdruck weist dieser Hetzartikel gegen die Asylsuchenden deutlich darauf hin, daß und wieviel Sozialhilfe die Asylsuchenden erhalten. Mit der abschließenden Ankündigung:

"... Aus- und Umsiedler aus dem Osten werden nicht lange auf sich warten lassen. Sie müssen ebenfalls untergebracht werden - erstmal in der Müntzerstraße"

wird der Nationalismus hier zwar noch unterschwellig, aber doch in der systematisch und planmäßig verfolgten Absicht mobilisiert, die Asylsuchenden und die Arbeiter aus Vietnam und Mosambik zu vertreiben.

(Wochenblatt, 26.7.91)

Bildung eines rassistisches Bürgerforums - Verstärkte Hetze in der Lokalpresse

Gegen Ende August/Anfang September 1991 wurde extra ein Bürgerforum ins Leben gerufen, das sich mehrmals traf und über die "Ausländerfrage" debattierte. Alle wichtigen Lokalmedien verstärkten gleichzeitig die Hetze.

In der Sächsischen Zeitung vom 5.9.91 wird behauptet, die "**Schmerzgrenze sei erreicht**". Verständnissvoll werden verhetzte Anwohner zitiert, die ihre Wut über die hohen Mieten, den möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze an den 'Lärmproblemen', die das Flüchtlingswohnheim angeblich verursacht, festmachen.

Es wird deutlich, worum es im Bürgerforum eigentlich geht, wenn man dort liest:

"Die Ausländer müssen raus aus dem Wohngebiet - am besten in das ehemalige Stasi-Gebäude - da sind sie unter sich."

Im Wochenspiegel vom 4.9.1991 heißt es, daß die Dinge

"sich zum sozialen Sprengstoff zu entwickeln (scheinen)".

Der Lokalpresse ist "die Empörung der Anwohner... verständlich", die dort "Ausländer Raus!" gegen angebliche „Lärmprobleme“ fordern, auch wenn sie am Rande einräumt, daß nur "einige, nicht alle" Asylsuchende Ordnungswidrigkeiten begangen hätten. Mit dem Nachsatz "aber willkürlich umgegangen werden darf mit den Asylbewerbern nicht", wird in der Sächsischen Zeitung ein Nazi aus West/deutschland zitiert, der die Bevölkerung dazu aufruft:

"... die Ruhestörer identifizieren und Anzeige erstatten, um damit eventuell ein Asylverfahren zur Ablehnung zu bringen."

(Sächsische Zeitung, 5.9.91)

Unter der scheinheiligen Überschrift "Wir wollen nichts, als Ruhe!" wird in einem Artikel im Wochenspiegel vom 4.9.91 deutlich, daß die Lärmprobleme mehr als vorgeschoben sind. Ein Journalist dieses Lokalblattes versteht es, aus einem angeblichen "Lärmproblem" die Flüchtlinge zur "Ursache allen Ärgers" zu machen:

"Ursache allen Ärgers - die Asylbewerber im Wohnheim in der Hoyerswerdaer Thomas-Müntzer-Straße"

(Wochenspiegel, 4.9.91)

Direkte Aufforderung zu rassistischen Aktionen mit Ultimatum

In einer öffentlichen Versammlung präsentiert das Bürgerforum seine Überlegungen. Die Quintessenz wird von einem Journalisten des Wochenspiegels in einem Artikel deutlich gemacht. Unmißverständlich heißt die rassistische Losung in dem Artikel: "Wohnheim muß weg". Faktisch wird in diesem Artikel ein Ultimatum gestellt: "Vier Wochen Frist", andernfalls... Und was sonst passieren würde, das wird deutlich, wenn es heißt:

"Die Behörden sollten zweifellos schnellstens die Situation in den Griff bekommen. Sonst tun dies vielleicht andere. Erste rechtsradikale Meinungsäußerungen wurden bereits laut."

(Wochenspiegel, 4.9.91)

Ganz ähnlich bereitet auch die "Sächsische Zeitung" den Boden für Naziangriffe:

"Wohl die wenigsten Bürger wollen den 'Rechtsradikalen' das 'Ordnungschaffen' überlassen. Steine fliegen schon gegen die Emigranten. Und vielleicht haben Sie schon an Häusern Plakate mit dem Text 'Wohnungen statt Scheinasylanten' gesehen?"

(Sächsische Zeitung, 5.9.91)

* * *

Hart prallten die Meinungen beim Bürgerforum im Hoyerswerdaer „Fritz-Kube-Heim“ aufeinander. Im Mittelpunkt standen Fragen des Zusammenlebens mit den mittlerweile 239 Asylbewerbern aus 21 Ländern, die gegenüber in einem Wohnhaus untergebracht sind. Auch Vera Glietsch (Foto links) und Ernesto Milice (Foto rechts) legten ihre unterschiedlichen Standpunkte dar. Zwar ist die Empörung der Anwohner über nächtliche Ruhestörungen und andere Belästigungen verständlich, aber kein Grund zur Willkür gegenüber den Ausländern. Die allerdings müssen sich ihrerseits an geltende Gesetze halten. Es geht also um den guten Willen auf beiden Seiten. Ob die Gesprächsrunde vorgestern ein Schritt aufeinander zu war, bleibt deshalb abzuwarten. Lesen Sie dazu bitte auch nachstehenden Beitrag.

Fotos: SZ/Gerd Fügert

Bürgerforum zum Zusammenleben mit Asylbewerbern

Wir müssen richtigen Umgang miteinander noch lernen

Empörung der Hoyerswerdaer schlägt gegenwärtig hohe Wellen – Landratsamt und Stadtverwaltung um sachliche Lösungen bemüht

Hoch schlugen vorgestern die Wogen der Empörung beim Bürgerforum in Hoyerswerda. Anlaß dieses Gesprächs waren Beschwerden der Anwohner des Asylbewerberwohnheimes in der Thomas-Müntzer-Straße. Und so hatte der amtierende Bürgermeister, Klaus Naumann, wirklich ein schweres Amt, die Diskussion in sachliche Bahnen zu lenken, um praktikable Lösungen zu finden.

→ Ihre Schmerzgrenze sei erreicht, erklärte die Leute, und es kennzeichnet die z... meine Lage, wenn immer wieder solche Sätze fielen wie: „Seit 16 Jahren ist die Müntzerstraße ein Durchgangslager für Ausländer, wir haben schon einiges erlebt, aber so schlimm wie jetzt war es noch nie.“ Wir sollen hohe Miete bezahlen, aber können keine Nacht mehr schlafen.“ Die Ausländer müssen raus aus dem Wohngebiet – am besten in das ehemalige Stasi-Gebäude – da sind sie unter sich.“ Den kranken Heimbewohnern des Pflegeheimes kann dieser ständige Lärm doch nun wirklich nicht zugemutet werden.“ Noch habe ich meine Arbeit, da muß ich ausgeschlafen sein, sonst kann ich sie verlieren.“

→ Worum geht es? Einige, nicht alle, das sei hier hervorgehoben, der 236 Asylbewerber aus 21 Ländern machen jede Nacht zum Tage, indem sie bis frühmorgens die Umgegend beschallen. Für sie normal, nach dem Empfinden der Anwohner ruhestörender Lärm. Andere veranstalten „Nachtrallies“ mit „Schrottläuten“, die ihnen deutsche Bürger verhöhrt haben, machen ohne Führerschein die Straßen unsicher.

Die Forumsteilnehmer zeigten ihr Unverständnis darüber, daß die „Obrigkeit“ nicht einschreitet. Von einem anwesenden westdeutschen Bürger, der Erfahrungen im Umgang mit Asylbewerbern hat,

wurde klargemacht, daß die Bürger sich selbst helfen müssen, die Ruhestörer identifizieren und Anzeige erstatten, um damit eventuell ein Asylverfahren zur Ablehnung zu bringen. Das ist zwar ungewohnt, aber willkürlich umgegangen werden darf mit den Asylbewerbern nicht.

Obwohl in dieser Stimmung keiner etwas von Gesetzen hören wollte, bemühte sich Herr Delling, Beigeordneter des Landrats, notwendige Erläuterungen zur Rechtslage zu geben. Es ist nun mal so: Mit dem Beitritt zur BRD unterliegen auch wir deren Gesetzlichkeit, vom Grundgesetz über die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bis zum Ausländergesetz von 1991. Sachsen habe, wie jedes andere Bundesland auch, Asylanten nach einem festgelegten Verteilerschlüssel aufzunehmen. Die desolate Wirtschaftslage und unsere Unerfahrenheit in diesen Fragen spiele keine Rolle. Wir müssen mit Asylbewerbern, Aussiedlern und Einwanderern leben lernen.

Wie können wir uns trotz eigener großer Probleme an die Ausländer gewöhnen? Diese Frage stellt sich nicht nur den Anwohnern des Asylantenheimes. Ja, es stimmt, einige Ausländerkinder gehen betteln – aber doch nur, solange man ihnen gibt. Einige Asylbewerber wühlen in den Mülltonnen – aber auch sie sehen die „Mülltouristen“ – Eigenheimbesitzer, die ihren Müll auf Müllplätzen in der Neustadt auskippen, um Kosten zu sparen. Viele Kinder sind schmutzig – aber hat wirklich noch keiner die Rumänin gesehen, die jeden Tag die Straße vor dem gesamten Wohnblock feigt?

Eine Lanze für die Ausländer versuchte ihr afrikanischer Betreuer zu brechen, ja er beschwor die Anwesenden fast: „Helfen Sie uns bitte, ich gehe mit

dem Partner, mit dem ich ein gemeinsames Ziel erreichen will, doch nicht im Bösen...“ Auch die Betreuer um Heimleiter Treumann, die erst seit dem 1. Juni über ABM eingesetzt wurden, warben um mehr Verständnis für ihre Schützlinge. Sie tun, was sie können, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, doch ihre Befugnisse sind eingeschränkt, sie sollen nicht erziehen und kontrollieren. Es geht also um den guten Willen auf beiden Seiten. Das ist besonders schwer für diejenigen, die wissen, daß sie bald wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden, und deshalb kein allzugroßes Anpassungsbedürfnis zeigen.

Wohl die wenigsten Teilnehmer des Forums wollten den „Rechtsradikalen“ das „Ordnungschaffen“ überlassen. Steine fliegen schon gegen die Emigranten. Und vielleicht haben auch Sie schon an Häuserwänden Plakate mit dem Text „Wohnungen statt Scheinasylanten“ gesehen?

Was will eigentlich die Kirche unternehmen?

Alle Seiten befriedigende Lösungen konnten an diesem Abend noch nicht gefunden werden. Bürgermeister Naumann versprach, die anstehenden Probleme der Ordnung und Sicherheit mit den zuständigen Stellen zu klären, weiter nach geeigneteren Unterkünften für Asylbewerber zu suchen und beraumte in vier Wochen einen erneuten Termin zum Thema an. Er verschwieg natürlich nicht die enormen Schwierigkeiten, die der Lösung der Probleme im Wege stehen.

Der ebenfalls anwesende Vorsteher des Kreistages, Herr Dr. Tempel, empfahl zwischenzeitlich die Bildung eines Heimbeirates mit Anwohnern und Heimbewohnern sowie den Einsatz von zwei Betreuern in der Nacht. Roselore Hensel

Sächsische Zeitung 5.9.91

Je später der Abend...

...desto lauter die Gäste

Die Asylbewerber in Hoyerswerda sorgen für einige Unruhe

Die Beschwerden über "südländische Sommernächte" im WK IX von Hoyerswerda häuften sich massiv. Vor allem der Lärm, der durch die laue Abendluft drang und oft bis zum Morgengrauen kaum verstummte, ließ die Anwohner nicht ihren verdienten Schlaf finden. Quelle der Ruhestörung: Das Asylbewerber-Wohnheim in der Müntzerstraße.

Als dann letzte Woche dieser Ort gleich zweimal in den Polizeimeldungen auftauchte - eine Anzeige wegen Vergewaltigung und eine Prügelei vor dem Haus - schlen das Faß kurz vor dem Überlaufen.

Inzwischen haben sich die Wogen etwas geglättet. Rund um die Uhr ist ein Betreuer für die Ausländer anwesend. "Der soll dort nicht Partner oder Aufpasser spielen, für die Leute Ansprechpartner", erklären Ordnungs-

wieder Stache: "Bei Straftaten sind wie bei jedem Deutschen auch die Polizei und der Staatsanwalt zuständig. Wir als Ordnungsamt greifen ein, wenn eine Anzeige zu Ordnungswidrigkeiten, z.B. bei ständiger Ruhestörung"

Wochenblatt 26.7.91



Asylbewerber in der Müntzerstraße: 10 DM Verpflegungsgeld bekommt jeder, der älter als sieben Jahre ist, pro Tag. Dazu kommt ein monatliches Taschengeld von 70 DM für jeden.

„Wir wollen nichts, als Ruhe!“
Asylbewerber protestieren bei Anwohnern ständig steigende Verärgerung

Wohnheim muß weg

Müßig wäre es, die Namen aller aufzuzählen, die sich in diesen zwei Stunden zu Wort meldeten. Dabei zur Sprache kamen neben harten Angriffen auf die Unfähigkeit der Polizei auch solche Aussagen wie: „Ich fordere ganz klar, daß das Asylantenwohnheim wegkommt aus der Behausung.“ „Wir wollen weiter nichts als Ruhe!“, oder „Leute, die noch arbeiten gehen können, sollten nicht durch solchen Arger belastet werden, zumal es sich oftmals um Schichtarbeiter handelt.“

Wochenpiegel 4.9.91

Vier-Wochen-Frist

Ende September will man sich jedenfalls in dieser Runde wieder-treffen und sehen, was bis dahin von dem zugesagten Wirklichkeit geworden ist. Die Behörden sollten zweifellos schnellstens die Situation in den Griff bekommen, sonst tun dies vielleicht andere. Erste rechtsradikale Meinungsäußerungen wurden bereits laut.

Ralf Grunert

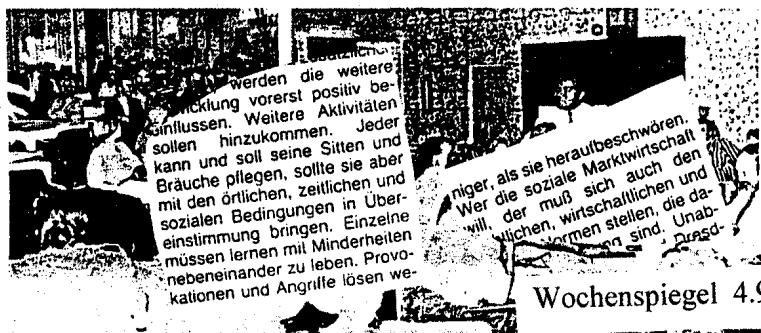
Unter uns – aber mit uns

Zunehmend werden wir mit der Ausländerproblematik, mit Asylbewerbern sowie Aussiedlern und den sich damit verbindenden neuen Problemen konfrontiert. Bei den Kommunalpolitikern liegt diese Problematik auf dem Tisch, und bei den Bürgern sind Spannungen unterschiedlichster Art entstanden. Unterschiedliche Erfahrungen im Miteinander, unterschiedliche Meinungen untereinander führen zu Handlungen und Verhaltensweisen, scheinen sich zum sozialen Sprengstoff zu entwickeln.

Stärker dem Mißbrauch des Asylrechts zu begegnen, die unmittelbare Hilfe vor Ort zu erhöhen und die Ausprägung einer dem vernünftigen Zusammenleben geschuldeten Lebensweise sollten Aufgaben und Handlungsbedarf sein.

Das bisherige Verhalten einiger Bewohner des Asylantenheimes führte zu Vorurteilen, Frustration und Unsicherheit, die vereinzelt in Fremdenhaß umschlagen. Die Wandlung des Arbeiterwohnheimes - Th. Müntzer-Straße - in eine Unterkunft für Asylbewerber schien aus den damaligen Erkenntnissen eine zweckmäßige Lösung zu sein. Inzwischen zeigte sich leider, daß sich die Lage des Heimes und die Lebensweise einiger Heimbewohner zu einem permanenten Ausgangspunkt für Störungen entwickelt hat.

Ausgehend von den zentralen Festlegungen, daß die neuen



Wochenpiegel 4.9.91

Bürgerforum zu Ausländerfragen im Saal des Fritz Kube-Heimes

Zur Rolle von Nazis beim Pogrom in Hoyerswerda

Aus: Antifa-Info Nr. 16 (1991)

**'Deutsche
Alternative'**

**Treibende
Kraft des
Pogroms in
Hoyers-
werda**



Gautreffen der DA in Hoyerswerda, wenige Wochen nach dem Pogrom

Wenn wir in der Presse die Einschätzungen des Bundeskriminalamtes zu lesen bekommen, es gäbe keine Erkenntnisse über die Schlüsselrolle faschistischer Organisationen bei der Welle rassistischer Gewalt, so ist das eine Lüge. Auch der Polizei müßten die uns bekannten Tatsachen geläufig sein. Ein Beispiel dafür ist das Pogrom von Hoyerswerda, daß von organisierten Nazis geführt und angeheizt worden ist - "rechtslastige" Jugendliche und Bürger haben mitge-
macht.

Im Mittelpunkt stehen die Wahl- und Sammelorganisationen der 'Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front' (GdNF), die 'Deutsche Alternative' (DA), die 'Nationale Liste' aus Hamburg und die 'Sächsische Nationale Liste'. Die 'GdNF', besser bekannt als Kühnen-FAP, ist die Kaderorganisation, die hinter diesen Parteien steht und ist nach dem Vorbild der 'NSDAP' in Bereichen, Gauen, Kameradschaften und Stützpunkten organisiert ist. Sie ist ein Kern der offen auftretenden Nationalsozialisten und rekrutiert aus der Anhängerschaft der o.g. Gruppen neue Kader für den Aufbau einer neuen

'NSDAP'. Die 'GdNF' betreibt Wehrsportübungen, verfügt über umfangreiche internationale Kontakte und ihre Kader sind in der Illegal arbeitenden 'NSDAP/AO' organisiert (siehe Beitrag).

In Hoyerswerda gibt es eine Kerngruppe um Manfred Gnecko, von ca. 20 organisierten Nazis, die sich 'Neue Deutsche Ordnung' nennen. Ein Teil von ihnen saß in der alten DDR u.a. wg. "Rowdytum" im Knast und unterhält Beziehungen zur 'Deutschen Alternative' (DA) und der 'Sächsischen Nationalen Liste' aus Dresden. So waren es auch die Cottbuser Nazis um Frank Hübner, Rene Koswig und der brandenburgische 'DA'-Vorsitzende Karsten Wolter, die führend an den Angriffen auf das Flüchtlingsheim beteiligt waren. Sie verließen jedoch den Schauplatz des Geschehens, als ein Konvoi von Antifaschistinnen am 22. September zum Schutz der Flüchtlinge aus Berlin anreiste. Auch gelang es ihnen Festnahmen durch die Polizei zu entkommen.

Dagegen hatte der Gubener Nazi-Anführer Jörg Rene Melzer nicht rechtzeitig den Schauplatz verlassen und wurde von Antifas erkannt und verwarnt.

Neben den Cottbusern und Gubenern waren die Faschisten aus der "Hauptstadt der Bewegung" Dresden ins nahegelegene Hoyerswerda angereist und am Pogrom beteiligt. Unter ihnen war der Zögling Rainer Sonntags

Auch organisatorisch hatte sich dieses Pogrom und die staatliche Hilfe durch die Deportation der Flüchtlinge aus der Stadt für die 'DA' gelohnt. Die 'DA' entwickelt sich zur mitgliederstärksten Partei der offen auftretenden Nationalsozialisten. Am 16.11.91 fand der sächsische Parteitag in der "ersten ausländerfreien Stadt" Hoyerswerda statt. Den Vorsitz der 'DA'-Sachsen übernahm der gebürtige Hoyerswerdaer Roman Danneberg, der zuvor für die Bundestagsliste der bayrischen 'NPD' kandidiert hatte. Außerdem soll er nach Angaben von 'DA'lern der Beauftragte der 'NPD' für "Mitteldeutschland" gewesen sein. Auch die gesamte Führung der brandenburgischen 'NPD' um Michael Spiegler aus Fürstenwalde ist zur 'DA' übergetreten. ...



Mike Hönzke, Dresden

Mike Hönzke und der Anführer der 'Kameradschaft Gorbitz' Lutz Kronenberger. Auch der 'Chef' der 'Sächsischen Nationalen Liste' Heimar Braun war anwesend.

3. "Allen politischen Verantwortlichen im Freistaat" sei „bekannt gewesen, daß eine Eskalation der Gewalt gegen Ausländer zu befürchten sei“ (Aus der Erklärung der Landräte der Oberlausitz/Niederschlesien)

Bereits die Pogrome am 1. Mai 1990 in Hoyerswerda, der rassistische Terror im Oktober 1990 und die chauvinistische Aufbereitung durch die tonangebende Lokalpresse haben die plumpe Heuchelei des Polizeisprechers entlarvt, man habe angeblich nicht vorhersehen können, daß dieser Terror sich noch verstärken würde. Daß die Polizei über die Zunahme der rassistischen Gewalt sehr gut bescheid wußte zeigte das lokale Wochenblatt, wenn es über den 5. Oktober 1990 berichtet:

„Die Polizei befürchtet die Wiederholung der Vorfälle. Die Massenschlägerei am 1. Mai dieses Jahres ist noch tief in Erinnerung und warnt. Nach Einschätzungen der Polizei hat sich die Bereitschaft zur Gewalt in letzter Zeit um mindestens 100 Prozent erhöht. Wer meint, mit der Abreise der Afrikaner bis zum 31. Dezember 1991 sei die Problematik entschärft, der irrt...“

(Nachdruck des Artikels von Oktober des Vorjahres im Wochenblatt, 1.10.91)

Also, wußten auch die Verantwortlichen in der Stadt Hoyerswerda und die tonangebenden Zeitungen von der nazistischen Gefahr gegen die Asylsuchenden. Sie waren über die allgemeine Lage der Asylsuchenden („Menschen aus anderen Ländern schutzlos“, „Wohnheime sturmreif“, TAZ vom 2.9.91) in der Stadt ebenso informiert wie über die dem Pogrom vorausgehenden Nazi-Aktionen in anderen Teilen des Landes Sachsen.

Auch schreibt "Die Welt", daß die Planung des Pogroms bereits vorher bekannt war:

„Die Aktion in Hoyerswerda war geplant, die Stadt stand auf der Liste“ der Nazis.
(Die Welt, 7.10.91)

Durch gegenseitige Schuldzuweisungen der Behörden untereinander wird bekannt, daß schon im vorhinein die geplante „Eskalation“ des rassistischen Terrors bekannt gewesen sei. (siehe nebenstehenden Artikel)

(Sächsische Zeitung, 25.9.91)

Und auch die frühere Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, (FDP) Liselotte Funcke stellte im nachhinein fest: Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda seien vorhersehbar gewesen, "auch von vielen, die jetzt zur Mäßigung mahnen".

(TAZ, 16.12.91, FR; 27.9.91; ND, 26.9.91)

Landratskonvent: Alle politisch Verantwortlichen kannten die Lage

Der Konvent der Landräte der Oberlausitz/Niederschlesien kritisierte die Landesregierung. Allen politisch Verantwortlichen im Freistaat sei bekannt gewesen, daß eine Eskalation der Gewalt gegen Ausländer zu befürchten sei. Diese Hinweise und entsprechende Forderungen seien jedoch „als Kassandrarufer ungehört verhallt“, erklärte der Nieskyer Landrat Hartmut Biele als Sprecher des Konvents.

(Sächsische Zeitung, 25.9.91)

4. Freibrief für Nazis im Interesse der west/deutschen Imperialisten

Auch in Sachsen wird durch indirekte und direkte Zusammenarbeit von Staat und Nazis Wochen und Monate vor dem Pogrom in Hoyerswerda der Boden bereitet für immer offener und brutaler werdenden Rassismus. Es war vorher bekannt, daß Sachsen eine der Hochburgen der Nazis ist, speziell Sachsens Landeshauptstadt galt auch als "Hauptstadt der Bewegung" in der Ex-DDR.

Staatliche Behörden verschaffen den Nazis durch ihre Genehmigungspraxis erst den öffentlichen Raum für Hetze und Terror in Dresden - eine der Hochburgen der Nazis

- Mit Genehmigung der Stadt zogen schon am 20.10.90 ca. 500 Nazis durch Dresden unter Führung von Michael Kühnen und brüllten "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!". Auch Anfang März 1991 durfte Nazi-Führer Sonntag zwei Demonstrationzüge durch Dresden organisieren.
- Am 15.6.91 zog der bislang größte Aufmarsch von Nazis in der Ex-DDR durch Dresden. 2.000 Nazis, viele in SA-Kluft, marschierten "Sieg Heil!", "Ausländer raus!" und "Rache!" skandierend durch die Straßen. Vorausgegangen war die Ermordung des Nazi-Führers Rainer Sonntag durch zwei Zuhälter. Dresdens OB Herbert Wagner (CDU) hatte den Aufzug genehmigt. 16 Hundertschaften der Polizei schauten zu. Mit der Stadt war vereinbart, daß die Nazi-Organisatoren selbst Ordnungskräfte stellen.
- Der Nazi-Historiker David Irving durfte in Dresden mehrfach in städtischen Sälen seine Thesen zur sog. "Ausschwitz-Lüge" ungehindert zum Besten geben.

(TAZ, 17.6.91 und 28.6.91)

Der Naziterror wird von den bürgerlichen Politikern verharmlost

Der Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), tut das Treiben der Nazis in Sachsen als "Randerscheinung einer Umbruchsituation" ab, die von den Medien "hochstilisiert" werde. Es handle sich vielmehr um "entwurzelte Jugendliche". Innenminister Krause spricht seinen Polizeiapparat vor jeglichen Anschuldigen frei, mit Nazis zu sympathisieren oder in Verbindung zu stehen. Noch während des Pogroms vertritt er die Meinung "es gibt keine rechtsextreme Szene in Sachsen", obwohl in Hoyerswerda der Gegenbeweis ständig dramatisch aufgezeigt wird.

Dresdens OB Wagner bestreitet hartnäckig, die Stadt sei ein Zentrum der Nazi-Bewegung.

Regierungssprecher Kinze beweist seinen Zynismus mit seiner Bemerkung beim Trauergottesdienst für den von Nazis ermordeten Jorge Gomondai: seine Regierung werde sich bemühen "gesunde alternative Alternativen für die Freizeitgestaltung" zu finden.

Rassismus gegen Roma und Schwarzafrikaner

Ein Naziführer – über den Terror der Bürgerwehr in Hoyerswerda

■ PORTRÄT

"Seit der Wende verfallen die deutschen Tugenden"

■ Für Manfred Gnecko, einen der Drahtzieher hinter der Gewalt in Hoyerswerda, werden "alte Rechnungen" beglichen

Seitdem die Fremden da sind, gerät für Manfred Gnecko (30) die Welt aus den Fugen. Die Roma schicken ihre Kinder betteln, auch an seiner Haustür habe schon ein Mädchen geklingelt. Dem hat er ein paar Groschen gegeben, und dann konnte er beobachten, wie das Kind in einen Mercedes einstieg. "Betrüger sind das", ruft er. Und die "Neger", die aus Ghana oder Kamerun kommen, von denen weiß er, daß sie ihre Frauen zu "Sextänzen" in dubiosen Kellerkneipen zwingen. Gnecko ist sich sicher: "Seit der Wende verrohen bei uns die Sitten, verfallen die deutschen Tugenden."

Er und seine Freunde hatten es sich im vergangenen Jahr zur Aufgabe gemacht, Hoyerswerda vor dem moralischen Niedergang zu bewahren. In ihre Privatautos bauten sie CB-Funk ein und fuhren "Streife" in der Stadt. Im Neubaugebiet jagten sie Einbrecher und Autodiebe. Nach erfolgreicher Fahndung brachten sie die mutmaßlichen Täter und deren Beute auf das Polizeirevier. Auch beim Wohnheim für Asylsuchende fuhren sie häufig vor, "weil die doch alle Autos aufbrechen". Was die selbsternannten Sheriffs mit denen, die ihnen verdächtig vorkamen, machten, darüber schweigt sich Manfred Gnecko aus. Eine Art Bürgerwehr sei man gewesen, weil die Polizei "der Kriminalität hilflos gegenübersteht und wir viel effektiver sind als die". Gerade Frauen trauten sich seit Monaten nicht mehr allein auf die Straße und hätten nachts häufiger die Männer der "Neuen Deutschen Ordnung" darum gebeten, nach Hause gefahren zu werden - aus Angst vor dem fremden Mann. Aber das ist vorbei. Nachdem der Ring der edlen Kavaliere in der Öffentlichkeit als neofaschistische Organisation enttarnt worden war und die Polizei mehrmals die Wohnungen nach Waffen durchsucht hatte, sei man "auseinandergegangen".

TAZ Nr. 3516 Seite 3 vom 23.09.1991

Selbst die FR muß hinterher eingestehen: Konservative und liberale Zeitungen in Paris beachten die Dresdner Demonstration der Nazis mehr als viele deutsche Blätter.

(FR, 18.6.91; TAZ, 28.6.91; obige Zitate aus welcher Quelle ?)

5. Nazis und Polizei Hand in Hand

Polizei schaut Nazis bei Überfällen zu, anstatt die Opfer zu schützen

- Seit dem 10. August 1991 seien mindestens 29 brutale Überfälle auf Asylsuchende in der Ex-DDR bekannt geworden, davon 15 in Sachsen... Nach verschiedenen Berichten... greife die Polizei selbst bei Vorfällen auf offener Straße nicht ein, komme zu spät oder hege sogar gewisse Sympathie für Rechtsradikale. (Iris Blaul)

(FR, 17.9.1991)

- Im Sommer 1991 zogen Nazis in Patrouillen von zehn Mann durch Dresden, verprügelten Nicht-deutsche auf offener Straße, ketteten sie an Laternenmasten und riefen die Polizei. Die Beamten nahmen die Verfolgten fest und ließen die Nazis laufen.

(TAZ, 28.6.91)

- Bei dem Nazi-Mord am Mosambikaner Jorge Gomondai in Dresden verweigerte die Polizei ihre Arbeit. Als Gomondai, der von Nazis aus einer Straßenbahn herausgeprügelt wurde, schwerverletzt am Boden lag, lehnten es Polizeibeamte ab, die Personalien von Zeugen und den noch in der Straßenbahn sitzenden Nazi-Tätern festzustellen. Erst als Gomondai an den Folgen des Überfalls starb, begannen die Ermittlungen.

(ebenda)

- Bei einem Angriff von 60 Nazis auf ein Asyl-Wohnheim in Leipzig, griffen die sieben verfügbaren Polizeibeamten nicht ein. "Wir können doch unsere Leute nicht verheizen", meinte Polizeiführer Rainer Germann. Erst nach anderthalb Stunden rückte Bereitschaftspolizei an.

(Spiegel 40/91)

Der Nazi-Überfall auf eine Asylunterkunft im sächsischen Wurzen am 24.8.91

Polizei und Behörden liefern die Asylsuchenden den Nazibanden aus

In der Nacht zum 24.8.91 greifen Nazis u.a. aus Wurzen, bewaffnet mit Pistolen, Baseballschlägern und Schlagringen eine Asylunterkunft in Wurzen an. Die Nazis schlugen die BewohnerInnen zusammen und verletzten diese zum Teil schwer. Die Inneneinrichtung der Unterkunft wurde zerstört. Als die Polizei erst nach einer halben Stunde eintraf, verschwand die Nazi-Bande unter Rufen wie "Wir kommen wieder und machen euch alle tot!". Verängstigt und geschockt, wollten die Flüchtlinge nach diesem Überfall nur weg aus Wurzen, zurück in die Bundesländer, von wo sie herkamen. Sie fliehen mit Unterstützung von antinazistischen Flüchtlingsgruppen in einer Nacht- und Nebelaktion nach Hessen.

(ND, 16.9.91; Leipziger Volkszeitung, 26.8.91)

Der Naziterror in Wurzen wird zum "Bagatellfall" erklärt

Polizei und Behörden sehen nach diesem Nazi-Überfall in Wurzen keinen Handlungsbedarf. "Nach Auskunft des Regierungspäsidenten Pötschke in Leipzig habe es sich bei dem Überfall in Wurzen nämlich nur um einen 'Bagatellfall' gehandelt. Die Flüchtlinge, so Pötschke, seien deshalb umgehend nach Wurzen zurückzubringen". (TAZ, 2.9.91)

Und das, obwohl es in Wurzen Verletzte gab und die Nazis noch auf freiem Fuße sind, denn die Polizei ließ die Nazibande laufen. Pötschke nimmt die Nazis in Schutz und will die Flüchtlinge also nochmals dem Naziterror ausliefern.

Personelle Verbindungen zwischen Nazi-Organisationen und Polizeiapparat

Polizeioberkommissar Kießling aus Dresden spricht offen den Verdacht aus, daß insbesondere junge Polizeibeamte in Nazi-Organisationen mitarbeiten.

Der Beamte Meyer von der Zentralen Schutzpolizei wurde im Fernseh-Magazin "Report" entlarvt, wie er für die Dresdner Nazi-Führungsriege arbeitet. Es wurde gezeigt, wie er die Lebensgefährtin und Leibwächter des erschossenen Nazi-Führers Sonntag durch Dresden chauffierte. Der Schutzpolizist erklärte, daß er unter seinen Kollegen noch weitere Sympathisanten der Nazi-Szene kenne. Nach Ansicht von Dresdens Polizeipräsident Maier besteht allerdings kein Grund für Konsequenzen, solange der Beamte Privatleben und Dienst schön sauber zu trennen weiß.

Der Polizeipräsident wollte auch nicht direkt bestätigen, daß die Dresdner Nazi-Szene über Informanten bei der Polizei verfüge, gab aber zu "manche Polizisten sind zu redselig. Das muß kanalisiert werden." Der Chef des Dresdner Staatsschutzes, Jochen Metzner, hatte nämlich gegenüber der Presse beklagt, "daß immer wieder Polizei-Informationen an die rechte Szene weitergegeben werden".

(TAZ, 27.6.91 und 28.6.91)

Der Leiter des gemeinsamen Landeskriminalamtes der Neuen Länder, Bernd Wagner, führt in einem Interview in „Neuen Deutschland“ aus: in Leipzig "kutschieren neonazistisch eingestellte Polizisten Neonazi-Führer". Und „Die rechtsradikalen Truppen üben auch schon Polizeifunktionen aus.“

Wie gut die Organisation – „gute Logistik“ - und Planung – „stabsmäßig“ - der Nazis ist, war den Verantwortlichen bekannt, wie sich auch aus dem nebenstehenden Interview-Ausdruck mit dem LKA-Leiter Wagner zeigt. (siehe auch FR 27.9.91)

Das klingt nach Zersplitterung. Die Aktionen belegen doch aber einen Zusammenhang?

Und ob. Schon weil es Doppelmitgliedschaften gibt. Beispiel: Von den rund 180 Mitgliedern der Deutschen Alternative sind mindestens 20 auch in der Nationalen Offensive. Außerdem gibt es sogenannte Führertreffen. Die Exponenten der Szene planen dabei ihre Aktionen stabsmäßig. Sie haben eine gute Logistik.

So kommt es zu Zusammenrottungen à la Hoyerswerda?

Ja. Dresden wurde eine zeitlang gehandelt als „Hauptstadt der Bewegung“. Doch die Stadt war nichts anderes als ein abgesprochener, zeitlich bestimmter Aktionsraum.

ND 26.9.91

6. Nazis aus Ost und West - die Aktivisten des Pogroms

Es gab eine intensive und planmäßige Zusammenarbeit und Koordination zwischen den verschiedenen Nazi-Gruppen innerhalb und außerhalb von Hoyerswerda.

(Die Zeit, 11.10.1991)

Die Nazis in Hoyerswerda

Die "Neue deutsche Ordnung" (NDO, Chef Manfred Gnecko): Von dieser faschistischen Gruppe wurde 14 Monate vor den Pogromtagen im September 1991 das erste Pogrom in Hoyerswerda am 1. Mai 1990 wesentlich angezettelt und geleitet.

Die gute Zusammenarbeit dieser faschistischen Gruppe mit der deutschen Polizei 1990 und 1991 war über Monate erprobt und durch viele persönlichen Bande geknüpft - nicht zuletzt dadurch, daß die NDO sich als Hilfssheriff aufspielten (Durchführung von Passanten-Personen-Kontrollen insbesondere gegen Roma und gegen "Schwarze", "Verhaftung" Verdächtiger und Übergabe an die Polizei)

(siehe Kasten im Abschnitt: Chronologie, zum 17. September)

Nach den Pogromtagen im September 1991 wurde diese Gruppe lediglich formal vom NDO-Chef für aufgelöst erklärt, da "... viele Mitglieder bei den ausländerfeindlichen Schlägereien kräftig mitgemischt haben ..." Doch der Nazi-Gnecko läßt keinen Zweifel daran: die „Arbeit“ der „Bürgerwehr“ geht weiter.

(Zeit, 11.10.91)

All die Bürgerwehraktivitäten wurden in der Lokalpresse mit hochlobenden Worten begrüßt! Die NDO mischte auch im Bürgerforum, welches das Ultimatum gestellt hat, führend mit.

Weitere Nazi-Gruppen, die bei Hoyerswerda eine Rolle spielten:

- * Die "Deutsche Alternative" führte auch nach den Pogromtagen ihre faschistischen Veranstaltungen durch.
- * Die "Sächsische Nationale Liste"
- * Die "Gorbitzer Kameradschaft" mischte nicht nur im Vorfeld des Pogroms mit
- * Die Gründung einer "SS-Kampf-Staffel" (SSO) wird der Sächsischen Zeitung mitgeteilt

(Zeit, 11.10.91; TAZ, 14.5.91 u. 23.9.91)

Nach einer Umfrage des Potsdamer Ministerium für Jugend und Sport gehören zehn Prozent von 640 befragten Jugendlichen bis 25 Jahren der Neonazi-Szene an oder symathisiert mit ihr.

(ND, 26.9.91)

„Vierzig Prozent der ostdeutschen Jugendlichen empfinden Ausländer als lästig“ ermittelte das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. ... 24% der Leipziger Schüler und 26% der Lehrlinge halten „Aktionen gegen Ausländer“ für gerechtfertigt.“

(Die Zeit, „Dossier“, 11.10.91, S. 19)

Pressespiegel

6/91

Dezember 1991

Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!

Wie Antiziganismus – von Amts wegen forciert wird

Abdruck aus: Pressespiegel 6/91 (Juli – September 1991)

Rassistische Hetze gegen Sinti und Roma

-- Das Auswärtige Amt in Bonn leugnet dreist jede staatliche Verfolgung der Roma in Jugoslawien. Für ihre schlechten Lebensbedingungen sind die Roma laut dem Auswärtigen Amt selbst verantwortlich, da sie sich weigern seßhaft zu werden. (FR, 10.7.91) Tatsache ist jedoch, daß die Roma in Jugoslawien gezwungen sind, in Ghettos unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben und daß Übergriffe durch die Polizei, die nicht selten mit der Ermordung von Roma enden, zur Tagesordnung gehören.

-- Mit Argumenten de Nazis verweigert das Finanzministerium Sinti und Roma, die den Völkermord des Nazi-Faschismus überlebt haben, die Entschädigungen!

In den ablehnenden Bescheiden des Finanzministeriums werden KZ's und Vernichtungslager als Auffanglager bezeichnet; es wird ganz im Stil der Nazis behauptet KZ's seien "für Zigeuner nicht haftähnlich gewesen, weil sie es in der Regel vorziehen, sippenweise in Lagern zu wohnen".

(FR, 18.8.91)

-- Bremen weigert sich Asylanträge von Asylsuchenden aus Polen und Rumänien entgegenzunehmen. Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen Roma, die vor der Verfolgung in Polen und Rumänien nach Westdeutschland fliehen.

(FR, 12.9.91.)

☐ **Berichte**

☐ **Informationen**

☐ **Dokumente**

Zusammengestellt durch:

Buchladen Georgi Dimitroff

Die Nazis aus Sachsen und aus Westdeutschland

Auch weitere Nazi-Drahtzieher aus Sachsen und Westdeutschland hatten sich im Vorfeld führend eingemischt und waren an der Durchführung des Pogroms beteiligt.

Im nahegelegenen Cottbus heizt die "Deutsche Alternative" (DA), die Nazi-Organisation des im Frühjahr 1991 verstorbenen westdeutschen Naziführers Michael Kühnen, die Pogromstimmung durch Unterschriftensammlung und Presseerklärung an.

Die westdeutschen Naziführer Heinz Reisz (aus Langen bei Frankfurt, ehemaliger Komplize der berüchtigten toten Naziführer Michael Kühnen und Rainer Sonntag), Christian Worch (Chef der Hamburger "Nationalen Liste") und Gottfried Küssel (aus Wien) waren maßgeblich am Aufbau der "Deutschen Alternative" in der ehemaligen DDR beteiligt sowie an der Gründung der "Nationalen Alternative" in der Ostberliner Weitlingstraße.

Der Nazi Küssel aus Wien konnte sich trotz Einreiseverbots am 17.8.91 ungehindert an dem Nazi-Aufmarsch gegen das Verbot des Rudolf-Heß-Gedächtnismarsches in Bayreuth beteiligen. Worch und Küssel waren auch bei der Gründung der "Sächsischen Nationalen Liste", ein Ableger der Hamburger "Nationalen Liste", am Wochenende des 31.8./1.9.91 in Dresden dabei.

(Tagesspiegel, 24.9.91; TAZ, 26.9.91)

Im Vorfeld, beim Bürgerforum, waren die westdeutschen Drahtzieher bereits anwesend und beteiligt. Eine Lokal-Reporterin kann ihre fast unverhüllte Sympathie nicht verhehlen für den erfahrenen Westbürger, der den Hoyerswerdaern klar sagt, wo es lang geht:

"Von einem anwesenden westdeutschen Bürger, der Erfahrungen im Umgang mit Asylbewerbern hat, wurde klargemacht, daß die Bürger sich selbst helfen müssen..."

(Sächsische Zeitung, 5.9.91)

In den Tagen des Pogroms sah dies dann so aus:

"In Windeseile hatte sich am Wochenende im Wohnheim das Gerücht verbreitet, Skinheads aus Leipzig und Dresden seien auf dem Weg nach Hoyerswerda. Das Gerücht wurde zur traurigen Wahrheit. ... Schlachtrufe und Morddrohungen hallten durch die Thomas Müntzer Straße: 'Ihr Niggerschweine, verpißt Euch! ... Wir bringen Euch alle um!'"

(Die Zeit, 26.9.91)

Die Lausitzer Rundschau berichtete über Berliner Skinheads, die zum Wochenende vom 21./22.9.91 nach Hoyerswerda reisen. Auf gezielte Vorbereitung und geplante Anwendung von Gewalt lassen beschlagnahmte Waffen bei ihnen schließen. Dazu gehörten Schreckschuß- und Luftdruckpistolen, Messer, Ketten, Stahlkugeln, Totschläger, Brandflaschen und Benzintanks.

(Lausitzer Rundschau, 21.9.91; FAZ, 24.9.91)

Mitglieder aus dem sächsischen Führungskreis der oben genannten Nazi-Organisationen waren auch während der Pogromtage nach Hoyerswerda angereist und direkt am Pogrom beteiligt. Manche von ihnen wurden von den zur Hilfe gekommenen Berliner Antifaschisten erkannt.

(antifa-info Nr.16/1991)



Tag der deutschen Einheit

tz. München

* * *

Wie bürgerliche Politiker und Behörden Nazis in Schutz nehmen Das Pogrom wird zum "Normalfall" erklärt

1. Politiker und Medien machen die Opfer des Pogroms verantwortlich

Der sächsische Innenminister Krause betont nach dem Pogrom:

"Es gibt auch Asylbewerber, die sich in ihren Unterkünften und in dem Umfeld nicht so verhalten, wie es zum normalen Umgang und zum Kulturniveau hier gehört."

(Zeit, 26.9.91)

Er bestätigt damit nochmals den herrschenden Chauvinismus, selbst nach dem rassistischen Terror der Pogromtage. Das Pogrom wird gerechtfertigt.

Wie der Innenminister, so auch die örtliche Presse der Lausitzer Rundschau, wenn sie voller "Verständnis" für die Täter und ihre Mitläufer schreibt:

"...fremdartige Wertvorstellungen ... Treffen sie abrupt aufeinander, sind auch bei den tolerantesten Menschen soziale Spannungen und Konflikte vorprogrammiert."

(Lausitzer Rundschau, 25.9.91)

Und damit auch klar ist, wer die vermeintlich "Schuldigen" seien, heißt es in der Sächsischen Zeitung dazu:

"Als Asylanten kamen sie in eine Stadt, die auf sie nicht vorbereitet war, in der es nicht immer die besten Erfahrungen mit Ausländern gab."

(Sächsische Zeitung, 25.9.91)

Ganz abgesehen davon, daß hier unterschlagen wird, daß die vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter - die als erstes angegriffen worden - schon seit vielen Jahren in Hoyerswerda lebten und arbeiteten.

Die bürgerlichen Medien ermutigen den Rassistischen Terror:

„Wo die Bevölkerung viele eigene Probleme hat,“ ist „geringere Toleranz zu erwarten“.

Der neue sächsische Innenminister Eggert faßte in einer öffentlichen Veranstaltung im Landratsamt, laut Lausitzer Rundschau, "die Geschehnisse der vergangenen Tage, wie folgt zusammen":

"Ungeschützte Bürger standen ungeschützten Asylanten gegenüber. Ein eskalierendes Problem, das lange nicht beachtet wurde. Eindeutig hat sich herausgestellt, daß in ganz Deutschland eine beiderseitige Überforderung vorherrschte."

Es wird nicht mehr unterschieden zwischen Tätern und Opfern. Auch die Täter seien schließlich bedroht - "ungeschützt" - gewesen. Und wer ungeschützt ist, der hat schließlich das Recht, so diese Logik, sich zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne gibt die Lausitzer Rundschau als ein Ergebnis dieser Veranstaltung wieder:

"Klar zum Ausdruck kam ebenso, daß an Orten, wo die Bevölkerung viele eigene Probleme hat, geringere Toleranz zu erwarten ist."

(Lausitzer Rundschau, 7.10.91)

Im Klartext, im nachhinein wird der Terror des Pogroms gerechtfertigt.

Die örtliche Presse beschwört am 26.9.91

"Reale Gefahren der 'neuzeitlichen' Völkerwanderung'"

und heizt mit solchen Kommentaren die rassistisch-chauvinistische Atmosphäre um ein weiteres an. Sie bestätigt nach den ersten Prozeßtagen gegen zwei Pogromtäter nochmals ihr Verständnis für die Beteiligung am Pogrom, in dem sie zu der Schlußfolgerung kommt, sicherlich

"hätten die beiden Männer wohl ernst zu nehmende Gründe".

(Lausitzer Rundschau, 26.9.91 und 5.2.92)

Das Pogrom wird von bürgerlichen Politiker zur verstärkten Hetze gegen Flüchtlinge genutzt:
Es herrscht Einigkeit von Nazis bis SPD: 'die Flüchtlinge sind eine Bedrohung für Deutschland' - Rassismus und Chauvinismus wird geschürt.

In der öffentlichen Anheizung der Pogromstimmung kommt es dabei zu üblen Vertrehungen der Tatsachen. So z.B. der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU im Bundestag (Rüttger):

"wer nicht wolle, daß Deutschland ausländerfeindlich werde der muß ja sagen zu einer Ergänzung des Grundgesetzes [Abschaffung des Asylrechts]"

denn

"ausländerfeindlich sei nicht der, der das Grundgesetz (das Asylrecht abschaffen wolle) ändere, sondern derjenige der den anhaltenden Zuzug von Ausländern nicht Einhalt gebiete."

(FAZ, 23.9.91)

All das zeigt: in der Konsequenz geht es darum, die rassistisch-chauvinistische Politik, die Diskriminierung, Unterdrückung, Entrechtung soll auf alle Fälle verschärft werden. Und dies wird ungeschminkt selbst zu einer Zeit betont, als in Hoyerswerda das Pogrom noch in vollem Gange war. Die Nazis und ihre Helfer werden ganz öffentlich bestärkt.

Bundesinnenminister Schäuble hat in der Bundestagsdebatte am 25.9.91 davon gesprochen. Die Lausitzer Rundschau berichtet für die Pogromtäter und ihre Unterstützer:

"Wenn Deutschland aber ein 'ausländerfreundliches Land' bleiben solle, müßten Sorgen in der Bevölkerung über den Mißbrauch des Asyls auch ernst genommen werden."

(LR, 26.9.91)

Wortmeldungen der evangelischen Kirche zu Hoyerswerda:

"Unsere Leute müssen ihren Frust auch mal ablassen können"

'Ausländer' ja - "aber bitteschön nicht jetzt, wo wir genug eigene Probleme haben"

Superintendent Friedhart Vogel, Johanneskirche Hoyerswerda, möchte *"ein Stück Verständnis für Hoyerswerda rüberbringen"*. Ganz offen verteidigt er den Rassismus in der deutschen Bevölkerung:

Viele Deutsche seien ja

"bereit und auch willens, mit Ausländern zu leben, aber bitteschön nicht jetzt, wo wir genug eigene Probleme haben."

Er verharmlost und rechtfertigt das Pogrom und solidarisiert sich mit den nazistischen Tätern:

"Aber unsere Leute müssen ihren Frust auch mal ablassen können ... Es gibt ja nur noch Opfer, keine Täter."

(Lausitzer Rundschau, 31.10.91)

Auch Bischof Rogge, Vertreter der evangelischen Kirchenleitung Görlitz, gibt eine Erklärung zum Pogrom in Hoyerswerda ab. Darin wird die deutsche Bevölkerung in Schutz genommen sowie das Pogrom mit der DDR-Geschichte und ökonomischen Lage nach der "Wiedervereinigung" entschuldigt:

"War es verantwortungsbewußt, in diese komplizierte Situation hinein fast 300 Asylsuchende unterschiedlichster Nationalität inmitten der Wohnblocks unterzubringen? Nicht Mauern um Asylantenheime werden Lösungen bringen, sondern nur das sehr sensible Wahrnehmen der wirklichen Situation der Bevölkerung."

Er erklärt die terrorisierten und vertriebenen nichtdeutschen Arbeiter und Flüchtlinge zur "Belastung":

"...mancherorts ein Zustand erreicht ist, der weitere Belastungen nicht mehr zuläßt."

und fordert die Politiker auf, eine *"Lösung der Ausländer-und Asylantenfrage zu schaffen"*.

(Sächsische Zeitung, 10.10.91)

Und Schäuble spricht in der FAZ, noch vor der Bundestagsdebatte, von "Notstand" angesichts der Flüchtlinge in Deutschland, nicht angesichts des Pogroms und des Terrors gegen die vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter sowie gegen die Flüchtlinge in Hoyerswerda.

(FAZ, 23.9.91)

2. Der Innenminister stellt sich vor seinen Polizeiapparat, der das Pogrom ermöglichte

Wie blanker Hohn, wirkt die Aussage von Sachsens Innenminister Krause nach den Pogromtagen:

"Also, ich muß erst einmal sagen, daß ich von einer Überforderung der Polizei in Hoyerswerda nicht sprechen kann. Denn in Hoyerswerda ist das Recht der Asylbewerber, hier bei uns zu sein, auch gewährt worden durch den Einsatz der Polizei. Sie sind also geschützt worden durch den Einsatz der Polizei."

(Lausitzer Rundschau, 27.9.91)

In dieser kaum faßbaren Aussage spiegelt sich konzentriert die damalige Pogromatmosphäre wieder. Genauer betrachtet bedeutet dies:

- * Die Polizei "war nicht überfordert", denn sie sieht ihre Aufgabe nicht darin, die Flüchtlinge wirklich zu schützen.
- * Das "Recht hier bei uns zu sein" gibt aus Sicht des Polizeiministers und der deutschen Chauvinisten Flüchtlingen nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Schutz vor Diskriminierung und vor rassistischen Angriffen.

Kurzum: Abschreckungspolitik und Politik der rassistisch-chauvinistischen Verseuchung durch das faktische Gewährenlassen und "sicherstellen" von rassistischen Überfällen von Pogromen - das ist die Leitlinie, die sich in diesen Ministeraussagen offenbart.

Das Pogrom als "Rechtslage", die die Polizei angeblich "zu relativer Untätigkeit" zwingt

Der stellvertretende Bürgermeister von Hoyerswerda, Klaus Naumann (SPD), erklärt nachträglich zum Pogrom, "die Rechtslage verurteile ... die Polizisten und die Staatsanwaltschaft zu relativer Untätigkeit". Die "Rechtslage" ist also, daß die Nazis bei "relativer Untätigkeit" der Polizei weiter ihren rassistischen Terror durchführen können. Meint er wohl die Rechtmäßigkeit "relativer" Untätigkeit gegenüber den durchgeführten Pogromen oder gar die "relative" Rechtmäßigkeit von Pogromen?!

(Tagesspiegel, 24.9.91)

3. Die gemeinsame Presseerklärung aller politischen Fraktionen in Hoyerswerda verharmlost das Pogrom und nimmt die Täter in Schutz

Am 24.9.1991, also direkt nach dem Pogrom, gab die Stadtverordnetenversammlung von Hoyerswerda eine gemeinsame Presseerklärung heraus. Diese Erklärung, unterzeichnet von allen Fraktionen - CDU/DSU, SPD, FDP, PDS und der GRÜNEN/fdj/DFD e.D. - wurde einzig und allein herausgegeben, weil Hoyerswerda in die negativen Schlagzeilen der Presse gelangte, was diese Politiker so nicht stehen lassen wollten.

Das Ansehen der Stadt steht an erster Stelle

Die Presseerklärung wird eingeleitet mit den Worten:

"Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung bedauern zutiefst, daß unsere Stadt durch die Ereignisse der zurückliegenden Tage in negativer Weise in die Schlagzeilen und Sensationsberichterstattung der Medien geriet."

Verharmlosung anstatt Verurteilung der Nazi-Überfälle

Statt in der Erklärung klar und eindeutig die Naziüberfälle und die Pogrome zu verurteilen, wird lediglich weiter von "bedauerlichen Vorfällen" geschrieben, ohne diese beim Namen zu nennen. Zu erwarten war dies auch nicht, denn was taten diese Politiker in der Woche der Pogrome?

Ganz im Sinne ihrer Abschreckungspolitik ließen sie den Nazis freien Lauf, schauten ruhig zu, als diese Menschen ohne deutschen Paß überfielen, ja sie verhinderten, daß ihre Polizei eingesetzt wurde. Sie setzten ihre Polizei, die fünf Tage lang auf der Seite der Nazis stand, erst ein, als die Antinazis demonstrierten und versuchten den Nichtdeutschen zu helfen. Sieht man diese Fakten, so kann nur eine durchweg verlogene Erklärung herauskommen.

Die erfolgreiche Vertreibung wird begrüßt

Verlogen ist daher auch die Aussage:

"Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der Entscheidung, die ausländischen Bürger zunächst aus unserer Stadt in Sicherheit zu bringen."

Sie beteuern zwar, daß diese "Verlegung" kein Nachgeben "gegenüber den rechtsradikalen Gruppen" sei "oder gar einen Sieg der Gewalt" ist, aber was sonst. Die Vertreibung der Asylsuchenden sowie der mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter aus Hoyerswerda war doch ein Sieg der Gewalt der Nazis.

Sie haben den Nazis von Anfang an nachgegeben. Diese Vertreibung aus der Stadt, wollten die Politiker, Polizei und Teile der reaktionären Bevölkerung von Hoyerswerda, und so ließen sie die Nazis ungestört handeln, bis "ihre" Stadt "ausländerfrei" wurde.

Antifaschistische Gegenwehr ist zu verhindern und zu bekämpfen

Weiter ist in dieser Erklärung von "weitere Eskalationen zu vermeiden und Ruhe sowie Sicherheit wieder herzustellen" die Rede.

Wenn man bedenkt, daß diese Politiker erst ihre Polizei einsetzten, als die Antinazis versuchten die Nazis vor weiteren Überfällen abzuhalten, so richtet sich diese Aussage vor allem gegen die Demonstration und Aktionen antinazistischer Kräfte. Diese antinazistische Demonstration wurde von der Polizei brutal auseinandergetrieben und zerschlagen.

Abschieben der Verantwortung - Einkalkulieren weiterer Nazi-Überfälle - Forderung nach rassistischen Gesetzesänderungen

Alle Fraktionen wollten sich zwar der "eigenen Verantwortung nicht entziehen", aber welcher? Die Menschen ohne deutschen Paß vor den Nazis zu schützen, kann nicht damit gemeint sein, denn sie haben es ja nicht einmal versucht. Und im nächsten Satz schieben sie dann auch die ganze Verantwortung auf die Bundesregierung mit der Drohung auf Wiederholung von Pogromen:

"Wir erwarten jedoch eindeutige politische Entscheidungen des Bundes, um eine Wiederholung dieser Ereignisse hier oder anderswo auszuschließen."

Ohne sie beim Namen zu nennen, werden hier Forderungen nach rassistischen "Ausländergesetzen", Einwanderungsgesetzen u.ä. laut. Einig sind sie mit den Bonner Politiker darin, daß es gilt eine Politik der "Abschreckung" durchzuführen, die die Lage der Asylsuchenden und anderen Menschen ohne deutschen Paß in Deutschland so zu gestalten, daß das Leben für diese Menschen hier möglichst unerträglich wird.

Das darf sich nicht wiederholen

Gemeinsame Presseerklärung aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Hoyerswerda

Eine gemeinsame Presseerklärung haben alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu den Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen gegenüber Ausländern und Asylbewerbern in Hoyerswerda wurde am Dienstagabend verabschiedet. Hier der Wortlaut:

Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der Entscheidung, die ausländischen Bürger zunächst aus unserer Stadt in Sicherheit zu bringen. Wir sehen es nicht als ein Nachgeben gegenüber den rechtsradikalen Gruppierungen oder gar einen Sieg der Gewalt. Diese in Abstimmung mit allen politische Verant-

wortung Tragenden in Stadt, Kreis und Land getroffene Maßnahme diene dazu, eine weitere Eskalation zu vermeiden und Ruhe sowie Sicherheit wieder herzustellen.

Wir wollen uns der eigenen Verantwortung nicht entziehen. Wir erwarten jedoch eindeutige politische Entscheidungen des Bundes, um eine Wiederholung dieser Ereignisse hier oder anders auszuschließen.

Wir appellieren an alle Bürger unserer Stadt, trotz einer Vielzahl anstehender persönlicher und kommunaler Probleme, Toleranz zu üben und friedvoll miteinander umzugehen.

Lausitzer Rundschau 26.9.91

Scheinheilige Apelle an die Bürger der Stadt

Erst nach den Pogromtagen und um die Pressemeldungen über Hoyerswerda zu relativieren, appellieren sie

"an alle Bürger der Stadt, trotz einer Vielzahl anstehender persönlicher und kommunaler Probleme, Toleranz zu üben und friedvoll miteinander umzugehen."

Die Mitverantwortung von Teilen der Bevölkerung wird geleugnet.

In dieser Erklärung wird der Rassismus, Chauvinismus nicht bekämpft. Die Tatsache der am Pogrom beteiligten Bürger und die beifallklatschende Bevölkerung völlig verschwiegen und damit in Schutz genommen werden. Denn zum Schluß wird erklärt:

"Wir sind fest davon überzeugt, daß diese bedauerlichen Vorfälle von der Mehrheit der Bürger unserer Stadt abgelehnt werden".

Womit die eigene Untätigkeit und die Untätigkeit vieler Bürger gegenüber den in ihrer „eigenen“ Stadt in unmittelbarer Umgebung stattfindenden rassistischen Überfällen und Angriffen sanktioniert wird.

Kein Wort zu den Opfern

Hauptsache die kleinbürgerliche "Ruhe und Ordnung" wird wieder hergestellt. Folglich steht auch in der ganzen Erklärung kein Wort zu den Opfern der Naziüberfälle.

(Lausitzer Rundschau, 26.9.91)

5 Jahre nach dem Pogrom in Hoyerswerda:

„Das war kein Rassismus damals“

PDS-Bürgermeister Brähmig,

„Ausländer treten hier im Straßenbild nicht in Erscheinung.“

SPD-Bürgermeisterin für Schule und Soziales, Renate Schwarze

Ganz normales Hoyerswerda

»Rufen Sie morgen wieder an.«
Stefan Skora, Stadtsprecher von Hoyerswerda, ist verbindlich im Ton, hart in der Sache. Nachfragen zum Zustand der Stadt, fünf Jahre nach den ausländerfeindlichen Pogromen, blockt er ab.
»Sie sind nicht der erste, der danach fragt«, erklärt er. Auch auf den Straßen ist das Thema »Fünf Jahre Hoyerswerda« kein Renner. »Fragen Sie mich was anderes«, bellt eine Mittdreißigerin zurück. Keine Frage mehr.

Die Stadt erinnert sich nicht gern an die Tage vom 17. bis 22. September 1991. Damals flogen Steine, Bierdosen und Brandflaschen zunächst gegen ein von Mosambiquanern und Vietnamesen bewohntes Hochhaus in der Albert-Schweitzer-Straße, dann gegen ein Asylbewerberheim in der Thomas-Müntzer-Straße.

Rechtsradikale Jugendliche versuchten, die Häuser zu stürmen, die Bewohner zu vertreiben. Ein Mob Schaulustiger feuerte sie an. »Neger klatschen«, hieß der neue Volkssport. Die örtliche PDS hielt sich mit einer Wertung auffallend zurück. Die Bilder des Jubels, als der letzte Bus mit Asylbewerbern die Stadt verließ, sind noch in Erinnerung. Asylbewerber sind seither nicht mehr nach Hoyerswerda gekommen. Nur 363 Ausländer sollen noch hier leben. Die SPD-Bürgermeisterin für Schule und Soziales, Renate Schwarze, bringt es gegenüber einer Journalistin auf einen kurzen Nenner: »Ausländer treten hier im Straßenbild nicht in Erscheinung.«

Die Stadtobere bemühen sich um Normalität. Der in seiner eigenen Partei umstrittene und seit 1994 amtierende PDS-Bürgermeister Horst-Dieter Brähmig sieht seine Stadt oh-

nehin ungerecht behandelt:

»Das war kein Rassismus damals, das läßt sich nicht vergleichen mit Rostock und Mölln.«

...
Auch beim Verein Mobile Jugendarbeit (MJA) bemüht man sich um Normalität. Der Verein ist direkt nach den Pogromen gegründet worden. Seine Aufgabe, Kontakt zur rechtsradikalen Szene in Hoyerswerda aufzunehmen, hat er erfüllt. »Die, die damals dabei waren, sind nicht nur älter, sondern auch ruhiger geworden«, meint eine Mitarbeiterin. Insgesamt sollen nur 20 Rechtsradikale in Hoyerswerda wohnen, weiß die Sozialarbeiterin. Von denen sind mir zufällig gleich vier in der Einkaufspassage begegnet.

junge Welt
Sonntagsausgabe 21.12.2000
1996, Nr. 227



Schlaglichter zur chauvinistischen und pronazistischen Hetze der PDS und ihrem Organ "Neues Deutschland" (ND)

• Die PDS hat Verständnis für die Täter von Hoyerswerda

Die PDS, die sich demagogisch als antifaschistische, demokratische und sozialistische Kraft ausgibt, hatte bei den Kommunalwahlen 1990 in Hoyerswerda 26% der Stimmen erhalten, verfügte über 17 kommunale Abgeordnete und hatte dort angeblich ca. 700 Mitglieder. Sie hat nichts unternommen, um den Pogromopfern zu helfen, für sie Partei zu ergreifen und wenigstens den Versuch zu machen, den Nazis und Rassisten entgegenzutreten. Nicht einmal die Solidaritätsaktion in Hoyerswerda am sechsten Pogromtag hat sie unterstützt, es gab keinen Aufruf an die PDS-Mitglieder in Hoyerswerda geschweige denn einen landesweiten.

Stattdessen wirbt ihre Zeitung "Neues Deutschland" um Verständnis für die Nazis:

"Wem das Wasser schon bis zum Halse steht, der wird nach jedem Strohalm greifen, der Rettung verspricht. Sei es auch der Baseballschläger ...". (ND 30.9.91)

Über ND wird während des Pogroms unkommentiert die Polizeimeldung verbreitet "Rechtsradikale seien nicht in Erscheinung getreten" und indirekt Stellung bezogen gegen die berechtigten Abwehrversuche der angegriffenen Arbeiter aus Mosambik: Die Mosambikaner werfen vom Dach ihres Wohnhauses Gegenstände, drei "Deutsche" werden verletzt. (ND, 20.9.91)

Der seit 1994 in Hoyerswerda amtierende PDS-Bürgermeister Horst-Dieter Brähmig bewertete das Pogrom in einer Nachbetrachtung, fünf Jahre später, so: **"Das war kein Rassismus** damals, das läßt sich nicht vergleichen mit Rostock oder Mölln." (siehe Faksimile: Junge Welt, 21.9.96, auf der vorherigen Seite)

• PDS-Politiker beteiligen sich an der rassistischen Front gegen ein Asylheim in Basdorf

Bereits 1990 hatten sich örtliche PDS-Funktionäre in der 25 km nördlich von Berlin gelegenen Gemeinde Basdorf in Brandenburg an die Spitze einer Bewegung gegen ein Asylwohnheim gestellt, das für 1.500 - 2.000 Flüchtlinge dort entstehen sollte. Die PDS befand sich im dortigen Gemeinderat mit der "Bürgerinitiative Basdorf", SPD, CDU/DSU, FDP und einem "Frauenverband" in einer chauvinistischen Einheitsfront gegen das Asylwohnheim. "Neues Deutschland" verbreitete in einem chauvinistischen Hetzartikel die Lüge, ein Gutachten verspreche auf demselben Gelände angeblich gute Chancen für eine Industrieansiedlung, die 2.000 Arbeitsplätze schaffe - nach dem Motto: entweder 2.000 Arbeitsplätze oder 2.000 Asylsuchende. (ND, 1.11.90, Konkret 12/1990)

Der PDS-Ortsgruppenvorsitzende Lessing scheute sich nicht, gegenüber einem Reporter von "Konkret", gar den Vorschlag zu machen, **"daß gleichlaufend mit außerparlamentarischen Dingen ... ein Bürgerkomitee zu bilden ist, zur Besetzung des Objektes, wenn die Gedanken der Bürger zu wenig beachtet werden"**.

Auf die Frage, was passieren würde, wenn die PDS nicht gegen die Asylunterkunft aufträte, antwortet er:

"Eine solche Sache, gegen Ausländerfeindlichkeit anzukämpfen, kann nicht nur Sache einer Partei, also der PDS, sein. Hier müssen alle anderen etablierten Parteien - CDU, FDP, SPD - mit an diesem Strang ziehen. Wir wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen, aber wir lehnen eine Einzelaktion ab." (Konkret 12/1990)

• ND bietet rassistischen Stimmen ein Forum anlässlich des Pogroms in Rostock

Auch gegen das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 rührte die PDS keinen Finger. In einem Artikel über das Pogrom läßt die PDS-Zeitung "Neues Deutschland" unter dem widerlichen Aufmacher **"Eine heiße Nacht, 'spannender als SAT 1'"** unkommentiert einen "Arbeiter" zu Wort kommen:

"die Politiker haben versagt, die hätten verhindern müssen, daß soviel Fremde herkommen."

Ein weiteres unkommentiertes Zitat eines Rassisten aus derselben Ausgabe:

"Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner .. Unsere schöne Rasenfläche haben die zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch"

(ND, 26.9.92; siehe auch: Dokumentation zu den Ereignissen in Rostock, Buchladen Dimitroff; Radikal Brechen Nr.10)

• PDS und Nationale Offensive kommen sich in einträchtiger politischer Diskussion näher

1993 traf sich die ehemalige PDS-Vizechefin Ostrowski mit dem Führer der nazistischen Organisation NO (Nationale Offensive) und verkündete, man habe **"sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht"**.

(Dresdner Neueste Nachrichten, 9.3.93; siehe auch "Radikal Brechen" Nr.12)

4. Die Justiz schont die Täter des Pogroms

Nur wenige Nazis werden vor Gericht angeklagt

Während des Pogroms gab es etliche vorläufige Festnahmen durch die Polizei, aber nur gegen drei Nazi-Angreifer erließ ein Richter Haftbefehl. Erst am 6. Pogromtag erschien ein Staatsanwalt vor Ort. Insgesamt ermittelte die Dresdner Staatsanwaltschaft zunächst gegen 46 Nazis.

(Sächsische Zeitung, 25.9.91; FR, 27.9.91; Tagesspiegel, 2.10.91)

Im Oktober, drei Wochen nach dem Pogrom, erhob der Generalstaatsanwalt in Dresden gegen 11 Nazis im Alter von 17 bis 21 Jahren Anklage, die nicht nur Steine geworfen, sondern das Pogrom angeheizt haben. Gegen weitere 30 Täter, 3 davon in Untersuchungshaft, liefen Ermittlungen. Generalstaatsanwalt Günter Hertweck kündigte Strafanträge an, die "deutlich machen, daß wir die Taten sehr ernst nehmen". Doch dies war nicht mehr als ein heuchlerisches Lippenbekenntnis.

(TAZ, 12.10.91)

Die Staatsanwaltschaft zeigt bereits im Vorfeld zu den Gerichtsverfahren ihre wahre nazifreundliche Gesinnung

- Generalstaatsanwalt Hertweck dokumentiert sein Verständnis für die Nazi-Täter, indem er gegenüber der FR rechtfertigend daraufhin hinweist, daß es sich bei den Pogromtätern, gegen die ermittelt wird, "fast durchweg" um Heranwachsende handle, viele in schwierigen sozialen Verhältnissen lebten sowie eine auffallend hohe Zahl von Arbeitslosen unter ihnen wären.

(FR, 18.10.91)

- Daß die Justiz die Nazis in Schutz nimmt, ihre organisierten Taten verharmlost und für ihre Unterstützer Verständnis hat, zeigt auch der Kommentar des Generalstaatsanwalts von Sachsen, Jörg Schwalm:

"Der radikale 'harte Kern'... sei relativ klein: 'Die Masse reagiert lediglich Frust ab.'"

(Tagesspiegel, 2.10.91)

Bereits nach dem Pogrom vom 1. Mai 1990 und dem Naziübergriff vom 3. Oktober 1990 in Hoyerswerda - beides bundesweit fast verschwiegen - verharmloste die Bundesfamilienministerin Merkel Rassismus und Naziaktivitäten als

"keine wesentliche Erscheinung", es handle sich hier nur um eine "verfehlte Jugendpolitik".

(TAZ, 28.6.91)

Ganz dieser Linie der Verniedlichung, letztlich der Rechtfertigung und Bestärkung des Naziterrors folgend, schreibt die örtlichen Presse aus Anlaß einer Gerichtsverhandlung über die Täter, daß sie:

"... nicht zu den extremsten Rechten gehören, sondern **Bürger sind wie sie tausendfach unter uns leben**, im sächsischen Hoyerswerda..." und "wohl ernst zunehmende Gründe" hätten

(Lausitzer Rundschau, 5.2.92)

Dieser nazifreundliche Tenor von Presse und Staatsanwaltschaft spiegelt sich dann auch wieder in den folgenden Freisprüchen oder zu milden Urteilen. Es sind nicht die stramm organisierten Nazis,

Die Justiz schützt den Nazimörder

von Jorge Gomondai

Derselbe Generalstaatsanwalt Hertweck, der auch für das Pogrom in Hoyerswerda zuständig ist, läßt gleichzeitig die Ermittlungen zum Nazi-Mord an dem Mosambikaner Jorge Gomondai, im April 1991 in Dresden, seit einem halben Jahr verschleppen und kündigt offen an, daß in absehbarer Zeit auch keine Anklage erhoben wird. Er redet sich mit angeblich widersprüchlichen Zeugenaussagen zum Tathergang heraus. Der Hauptverdächtige ist gegen eine Kautions wieder freigelassen worden.

(TAZ, 12.10.91)

sondern unorganisierte Rassisten, die es schließlich zu Hauf gäbe unter der deutschen Bevölkerung und deren "ernst zu nehmende Gründe" schließlich nicht wirklich bestraft werden dürfen.

Gerichte ahnden die aktive Beteiligung am Pogrom mit geringen Geldstrafen

- So wurde im ersten Prozeß zum Pogrom, Anfang Dezember 1991, der Nazi-Skin Silvio vom Jugendgericht lediglich zu 400 DM Geldstrafe verurteilt. Die Polizei hatte ihn wegen unerlaubten Waffenbesitzes, er trug unter seiner Bomberjacke einen Totschläger, vor dem Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweizer Straße während des Pogroms festgenommen. Die 400 DM sind für ihn nur ein Taschengeld und keine Strafe. Er zahlte das Geld, ohne mit den Wimpern zu zucken.
- Ebenso verharmlosend entschied das Kreisgericht Hoyerswerda in zwei Verfahren im Februar 1992. Die Nazis Steven und Karsten, bewaffnet mit einem geladenen Revolver und einem Butterfly-Messer, hatten sich aktiv an dem Pogrom beteiligt. Steven wurde zu einer Geldstrafe von 3.000 DM verurteilt, obwohl er aus seiner überzeugten "Deutschtümelei" und seinem Ausländerhaß vor Gericht keinen Hehl machte. Karsten kam mit einem Bußgeld von 100 DM weg. Von der Lokalpresse wurde der Nazi Karsten als "der Klügere von beiden" tituiert, denn er soll sein Messer angeblich vor seinen Angriffen auf die vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter bei der Polizei abgegeben haben und äußerte sich vor Gericht weniger offen rassistisch.

(TAZ, 6.12.91; Lausitzer Rundschau, 5.2.92)

Bürgerliche Zeitungen propagierten schon vor Prozeßbeginn, die Täter nicht zu hart zu bestrafen

Quasi drohend gegenüber der Justiz schreibt der Spiegel:

"Kurt Reumann schrieb am 28. Oktober 1991 in der FAZ unter dem Titel 'Mensch, nicht Wolf': Mit Klagerufen wie Schmach über Deutschland können Journalisten und Politiker zwar diejenigen beeindrucken, die nicht rechtsradikal sind, also die große Mehrheit. Aber Rechtsradikale werden sie damit nur bockiger machen.' Das gilt auch für die Justiz, sollte sie sich anschicken, Angst und Schrecken zu verbreiten." (Spiegel 50/91)

Also, die Justiz soll diese Tatsachen nicht so hochspielen und verbreiten, denn sonst werden die Täter noch schlimmer.

Haftstrafen verhängte die Justiz nur zur Bewährung - Die Nazis wurden wieder freigelassen

- Am 4.12.1991 verurteilte das Jugendgericht Bautzen den 19jährigen Nazi Kai wegen schweren Landfriedensbruch, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zusammenhang mit den Pogromen gegen die Asylunterkunft zu 15 Monaten Haft. Auf seine politische Gesinnung angesprochen, sagt Kai deutlich genug "Deutsche Volksunion. Rechtsradikal". Der Richter legt ihm mit der Frage "Sind Sie ein Alleingänger?" nahe, die vorher festgelegte Hypothese des nicht organisierten Einzeltäters zu bestätigen. Schon bei der Urteilsverkündung war klar, daß er nicht die gesamte Strafe absitzen muß, denn direkt im Anschluß sprach der Staatsanwalt Heiko Vogt davon, daß in sechs Monaten entschieden werden soll, die Strafe in Bewährung umzuwandeln. Der Nazi Kai wurde sofort in vorläufige Freiheit unter Bewährung entlassen.
- Auch drei Rädelsführer des Pogroms kamen nach ihrem Urteil sofort frei. Das Kreisgericht Bautzen verurteilte Ende Februar 1992 die drei Nazis, Heiko W.(23), Karsten P.(28) und Hans-Michael P.(22) zu jeweils 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und entließ sie aus der Untersuchungshaft. Der Richter entschuldigte und entpolitisierte die Nazis mit dem Argument der Unzurechnungsfähigkeit zur Tatzeit aufgrund "beträchtlichem Alkoholeinfluß" - eine beliebte Methode der deutschen Justiz, wenn es gegen die braune Nazipest geht.
- Der Nazi Peter A., ein weiterer Rädelsführer des Pogroms, saß nur 3 Monate in U-Haft, bevor man ihn angeblich mangels konkreter Beweise wieder auf freien Fuß setzte.

(TAZ, 6.12.91 und 27.2.92 und 1.3.93; Spiegel 50/91; FR, 28.2.92)

Die angewandten Manöver der Justiz zur Inschutznahme der Nazitäter

- Immer wieder wird das geringe Alter der Täter betont. Als Nazis werden der Öffentlichkeit fast nur sogenannte Jugendliche präsentiert. Das Jugendstrafrecht wird zur leichteren Rechtfertigung von nachsichtigen Urteilen möglichst oft herangezogen.
- Die Nazis werden als Einzeltäter dargestellt. Sachsens Generalstaatsanwalt Jörg Schwalm sieht keinerlei Anhaltspunkte für einen organisierten Hintergrund der Nazi-Übergriffe

”...Für Sachsen kann ich sagen, daß wir bisher in keinem einzigen Fall auf irgendeine Organisationsstruktur gestoßen sind.”

(TAZ, 8.10.92).

Dieses Leugnen von auch der Justiz bekannten Zusammenhängen zwischen dem Pogrom und Nazi-Organisationen dient der Absicherung des Einzeltäter-Modells.

- Und diese sogenannten “Einzeltäter” sind für ihre Taten nicht zur vollen Verantwortung zu ziehen:

Die Nazi-Täter werden entpolitisiert und entschuldigt mit Unzurechnungsfähigkeit wegen Alkoholkonsums oder durch individuelle soziale Probleme als Tatmotiv. Während der Gerichtsverhandlungen werden weitschweifig die schwierigen Lebensverhältnisse und Kindheitsgeschichten der angeklagten Nazis ausgebreitet.

Über die Presseberichte zu den Justizfällen sollen diese Manöver auch beim Millionen-Publikum außerhalb des Gerichtssaales Sympathie für die Nazi-Täter erzeugen.

Die Justiz sorgte durch ihre Urteile mit dafür, daß dieselben Nazis ungebremst ihren Terror fortsetzen konnten bishin zum Mord

Zwei der beiden oben genannten Nazis und Rädelsführer des Pogroms im September 1991, Peter A. und Hans-Michael P., die ohne Urteil bzw. mit einer Bewährungsstrafe davongekommen waren, beteiligten sich eineinhalb Jahre später, Ende Februar 1993, an einem Überfall von 12 Nazis auf den antinazistischen Jugendclub ”Nachtasyl” in Hoyerswerda (siehe auch S.°47). Dabei ermordeten sie Mike Zerna, den Fahrer einer Musikband. Der Nazi Hans-Michael P. war der Anführer dieses Überfalls.

(TAZ, 1.3.93 und 9.7.94)

Antinazistischer Protest auf juristischer Ebene: Initiative einer Studentin gegen Pogromteilnehmer

Eine türkische Jurastudentin aus Münster erstattete Strafanzeige gegen die Sympathisanten des Pogroms. Dieser Initiative schlossen sich ab Mitte November 50 weitere Personen aus verschiedenen Orten an und erstatteten ebenfalls Strafanzeige. Die bei der Staatsanwaltschaft Hoyerswerda eingegangene Serie von Strafanzeigen wurden ‘registriert’ und an die Staatsanwaltschaft in Dresden ‘weitergeleitet’. Eine Stellungnahme, ob daraufhin Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, verweigerte die juristische Behörde auf Anfrage der Presse.

(TAZ, 28.11.91; Lausitzer Rundschau, 29.11.91)

Amadeu Antonio Kiowa von Nazis ermordet

6. Dezember 1990: Das 1. Todesopfer nach der Einverleibung der DDR

Die westdeutsche Justiz erklärt den Mord zur „Körperverletzung mit Todesfolge“

Amadeu Antonio war das erste Todesopfer eines rassistischen Überfalls im vereinten Deutschland. In der Nacht vom 24. zum 25. November 1990 überfielen rund 50 Jugendliche aus der rechten Skinhead- und Heavy-Metal-Szene eine Gruppe ehemaliger Vertragsarbeiter aus Angola und Moçambique. In der Discothek „Rockbahnhof“ hatten sich die Jugendlichen zunächst mit Musik der Nazi-Skin-Band „Böze-Onkels“ angeturnt und waren dann zum „Neger aufklatschen“ vor den Hüttengasthof gezogen. Der Hüttengasthof war 1990 die letzte Kneipe in Eberswalde, in der an Schwarze noch Bier ausgeschenkt wurde. Amadeu Antonio wurde aus einem Kreis von rund zehn Personen mit Faustschlägen, Fußtritten, einem Baseballschläger sowie einer Zaunlatte so schwer mißhandelt, daß er, ohne aus dem Koma zu erwachen, zwei Wochen später starb. Drei weitere Schwarze sowie eine deutsche Begleiterin wurden bei dem Überfall verletzt.

Das „öffentliche Interesse“ an dem Fall war nicht immer so groß, und beinahe hätte man den „Unfall“, wie der Bürgermeister des Ortsteils Finow den rassistischen Totschlag bis heute nennt, ganz vergessen. Der Lokalzeitung waren der Überfall und der Tod des Angolaners nur eine Drei-Zeilen-Meldung wert. Zwar nahm die Polizei noch in der Tatnacht eine Reihe Verdächtiger fest, doch bis auf zwei wurden alle nach Feststellung der Personalien wieder laufen gelassen. Anschließend verschleppte man weitere Ermittlungen solange, bis die rechte Szene sich „ihre Version“ der Ereignisse zurechtgelegt hatte und mehrere Opfer in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, ohne vorher nach dem Tathergang oder zur Identifizierung der Täter befragt worden zu sein. Nachdem mit fast sechswöchiger Verspätung die Ermittlungen aufgenommen wurden, dauerte es noch weitere 18 Monate, bis der Prozeß beginnen konnte.

Der Prozeß machte nicht nur die schlampigen Ermittlungen der Polizei öffentlich sondern deckte auch auf, daß der Angriff auf die Schwarzen unter den Augen der Polizei stattfand. Aber auch der Prozeß war eine skandalöse Abfolge von Versäumnissen und Peinlichkeiten, und das Urteil steht auf wackeligen Füßen.

„Hingehen, kicken, zuschlagen“

„Ich kann Neger nicht leiden.“ erklärt einer der Angeklagten auf die Frage, warum er sich an dem Überfall beteiligt hatte. „Plötzlich hatte ich ihn vor mir, da hab ich nur zweimal zugeschlagen und ihn weiter gereicht“, schildert er seine Tatbeteiligung. Mit dem Tod Amadeu Antonios will er wie alle anderen Angeklagten nichts zu tun haben. „Ausländer klatschen“ bedeutet, so erklärt er jedoch nüchtern: „Hingehen, kicken, zuschlagen“. Ein anderer Angeklagter schilderte dem Gericht die Ereignisse jener Nacht, als sei es das Normalste auf der Welt. Auch er bestreitet, an der tödlichen Mißhandlung von Amadeu Antonio beteiligt gewesen zu sein, räumt jedoch ein, mit einem Fallschirmspringermesser zweimal auf ei-

nen anderen Schwarzen eingestochen zu haben. „Der Neger stand plötzlich vor mir, ohne etwas zu tun. In diesem Moment kam meine ganze Wut auf Neger in mir hoch.“ Und auf das entsetzte Nachfragen des Richters fügt er ebenso emotionslos hinzu, „weil er so schmutzig und dreckig grinste hat“. Keiner der Angeklagten verhehlte seine ausländerfeindliche und rassistische Gesinnung. Zwar habe man niemanden töten wollen, doch „man muß den Ausländern zeigen, daß sie unerwünscht sind.“ Als einer der Zeugen bekennt, „ein Negerleben bedeutet mir nichts“, konnten sie sich das Grinsen kaum verkneifen. Dreizehn Verhandlungstage dümpelte der Prozeß so vor sich hin.

Über 50 Tatzeugen waren geladen, doch jeder von ihnen hielt das Gericht, so gut er konnte, zum Narren. „Alle war'n dabei, aber keiner hat was gesehen“, lassen sich die meisten Zeugenaussagen zusammenfassen. Mit kollektivem Schweigen und chronischem Vergessen versuchten sie, ihre Kumpels vor einer Verurteilung zu bewahren. Selbst belastende Aussagen aus den polizeilichen Vernehmungsprotokol-

lendlichen eingeschritten wäre“. Drei Zivilauflärer der Polizei, die die Gruppe den ganzen Abend begleitet hatten, und auch 20 uniformierte Polizeikräfte schauten zu, als Amadeu erschlagen wurde. In zwei Seitenstraßen standen diese in sechs Einsatzwagen und mit Schlagstöcken, Tränengas und Hunden ausgerüstet bereit, ohne einzugreifen. Auf die Frage des Richters, warum sie auf die sich nähernden Jugendlichen an der Kreuzung hinter dem bedrohten Hüttengasthof warteten, erklärte der Polizeieinsatzleiter, man habe auf eine klare Beweislage gewartet. Auf das ungläubige Schweigen im Gerichtssaal fügt er im besten Bürokratendeutsch hinzu: „Eine klare Beweislage wäre dann gegeben, wenn sie die Scheiben einschlagen oder die Türen eintreten“. Freundlicher hätte die Polizei die Jugendlichen kaum zum „Neger klatschen“ einladen können.

Neonazi-Organisationen längst vor Ort

Im Jugendklub erfährt man auch, was das Gericht nicht für aufklärenswert hielt. Neonazistische Organisationen haben in Eberswalde längst Fuß gefaßt. NF und FAP sind in der örtlichen Szene voll akzeptiert. Zwar können sie die Szene nicht steuern, ist wohl auch der Überfall auf den Hüttengasthof die Tat unorganisierter Rechtsextremisten, doch im Hintergrund ziehen neonazistische Kader die Fäden. Gemeinsam mit der FAP und der Deutschen Liga rief Ende August die Kameradschaft Eberswalde der NF zu einer Demonstration gegen „Ausländer und linke Zecken“ auf, an der sich rund 200 Jugendliche beteiligten.

Im Gerichtssaal konnte die Mauer des Schweigens, Vertuschens und Wegsehens erst durchbrochen werden, als das peinliche Trauerspiel dort eigentlich bereits beendet war. Der einzige Täter, den fast alle Zeugen erkannt hatten, war der flüchtige mutmaßliche Haupttäter. Doch nach seiner Festnahme spielte dieser plötzlich den Kronzeugen. Er sehe nicht ein, erklärte er, daß alle die Schuld auf ihn abwälzten, daß er und sein geständiger Bruder in den Knast kommen, während die anderen Täter frei rumlaufen. Sprachs, legte ein umfassendes Geständnis ab und beschuldigte drei der Angeklagten sowie weitere Personen der Mittäterschaft. Während die Verteidiger ihm vorwarfen, nur von seiner Schuld ablenken zu wollen, hielt das Gericht das Geständnis trotz ungeklärter Widersprüche in den Zeugenvernehmungen für glaubwürdig. Vier Jahre Jugendhaft wegen Körperverletzung mit Todesfolge bedeutete dies für die drei 18- bis 21-jährigen Jugendlichen. Der Bruder des Kronzeugen bekam für die Messerstiche drei Jahre und sechs Monate. Dem fünften Angeklagten, der eine zweijährige Bewährungsstrafe erhielt, war außer schwerem Landfriedensbruch nichts nachzuweisen.



Amadeu Antonio Kiowa

len wurden ohne Scheu zurückgenommen. Der vorsitzende Richter nahm's zur Kenntnis und entließ die Zeugen nicht ohne den väterlichen Ratschlag, sich beim nächsten Mal doch besser auf die Zeugenaussagen vorzubereiten. Schließlich sei es doch ihre staatsbürgerliche Pflicht. ...

Polizei schaut zu

Selbst der Richter nickte zustimmend, als der Vertreter der Nebenklage den Polizeieinsatz in der Nacht mit den Worten kommentierte, „Amadeu könnte noch leben, wenn die Polizei in jener Nacht konsequent gegen die randalierenden Ju-

❑ **Systematische chauvinistische Hetze im Jahr 1991 durch bürgerliche Politiker und Medien -**

**Im nationalen Taumel nach der Einverleibung
der DDR herrscht Einigkeit zwischen allen Parteien des Bundestages**

Im Jahre 1991 ging über Monate verstärkt eine wahrlich gigantische Hetze durch alle bürgerlichen Medien gegen Flüchtlinge, gegen Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern, gegen Sinti und insbesondere Roma. Der Herbst 1991 bildete den Höhepunkt dieser bewußten und systematischen Hetzkampagne gegen das verfassungsrechtlich verankerte Asylrecht und gegen Menschen anderer Länder. Fast alle bürgerlichen Zeitungen beteiligten sich an dieser konzertierten Aktion. Die bürgerliche Presse lieferte in dieser Zeit dieselben rassistischen und chauvinistischen Stichwörter wie z.B. die "National-Zeitung" der Nazis (siehe dazu auch: Dokumentation zum Pogrom in Rostock, dort ist diese Parallele beispielhaft und sehr anschaulich belegt).

Im Spiegel Nr.37/91 vom 9.9.91 wird der "Ansturm der Armen" auf dem Titelblatt heraufbeschworen und in einem Artikel mit der Überschrift "Soldaten an die Grenze" die Haltung des deutsch-chauvinistischen Staates dazu deutlich gemacht.

Um die Stimmung gegen die Flüchtling besser anheizen zu können, werden Statistiken über die Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge gefälscht. Diejenigen, welche Deutschland bereits wieder verlassen haben werden einfach weiterhin in der "Flüchlingsstatistik" geführt (FR, 14.9.91).

Bonner CDU und SPD Spitzenpolitiker ereifern sich wechselseitig über den besseren Weg zur "effizienten" Flüchtlings-Bekämpfung: Während von Regierungsseite ganz offen und direkt ein schärferes Vorgehen gegen Flüchtlinge und die faktische Abschaffung des Asylrechts gefordert wurde, zierte die SPD sich damals noch, der entsprechenden Grundgesetzänderung zuzustimmen. Der damalige SPD-Vize Oskar Lafontaine kontert jedoch mit einem Maßnahmen-Katalog zur rigideren Handhabung bei der Abweisung von Asylanträgen und Abschiebung von Flüchtlingen, was die BILD-Zeitung mit dem Lob honoriert "Oskars mutiger 12-Punkte-Plan".

(BILD, 18. und 19.9.91)

Prominente SPD-Lokalpolitiker beteiligen sich ganz direkt an der Volksverhetzung

- Der Bremer SPD-Bürgermeister Klaus Wedemeier fordert in einem BILD-Interview die "Eindämmung des Asylantragsstroms" und lehnt Sozialhilfe für Asylsuchende ab.
(BILD, 16.9.91)
- Günter Samtlebe (ehemaliger SS-Mann), SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, beklagt die Verschwendung von Millionen DM für Flüchtlinge, denn "über 90 Prozent mißbrauchen unser Asylrecht". Er meint, es sei "humaner" in der Asylfrage "knallhart" zu werden.
(BILD-Duisburg, 17.9.91)
- Horst Niggemeier, SPD-Bürgermeister von Datteln (NRW), behauptet zynisch
"Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren."
(BILD-Duisburg, 18.9.91)
- Joachim Becker, SPD-Oberbürgermeister von Pforzheim, fordert seine Partei zum Handeln gegen Flüchtlinge bzw. Nichtdeutsche auf: "Viele in der SPD haben bei diesem Thema die Hosen voll." Seine Stadt sei jetzt mit über 700 Asylbewerbern bei 100.000 Einwohnern "an der Grenze der Belastbarkeit angelangt".
(Spiegel, 37/91)

Die Schüler Goebbels - die Brandstifter von heute



„Noch im Herbst ein schärferes Asylrecht?“
(Spiegel 37/91) (TAZ, 1.8.91)

„Soldaten an die Grenzen“

Der Zuzug von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern erreicht neue Rekorde. In Deutschland entsteht massiver Fremdenhaß. Ausländerbehörden, Grenz-

schutz und Justiz sind dem Ansturm kaum noch gewachsen. Können die oft jahrelangen Asylverfahren ohne Verfassungsänderung beschleunigt werden?

(Spiegel 37/91)

Joachim Becker, Oberbürgermeister von Pforzheim, schimpft: „Viele in der SPD haben bei diesem Thema die Hosen voll.“ Seine Stadt, sagt Becker, sei jetzt, mit mehr als 700 Asylbewerbern bei 100 000 Einwohnern, „an der Grenze der Belastbarkeit angelangt“.

„Es gibt offensichtlich unbegründete Fälle“

Der hessische Grünen-Fraktionschef über Asyl, Einwanderung und den Kurs seiner Partei
(FR, 2.9.91)

Schäuble hofft auf SPD-Hilfe bei Asylrechtverschärfung

(TAZ, 8.8.91)

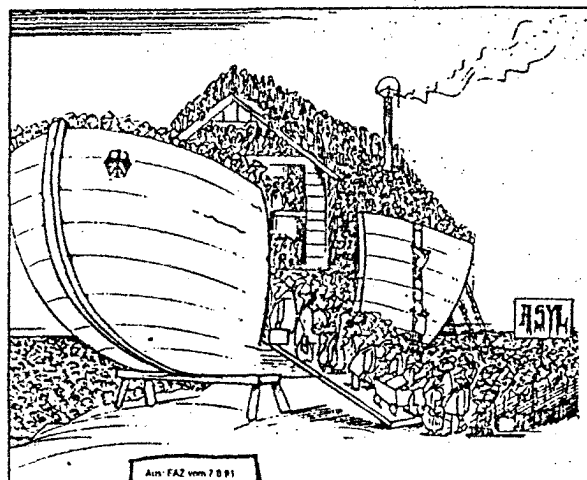
Zurückweisung soll schon an der Grenze möglich sein
Bonn (ap/ta) — Innenminister Schäuble (CDU) will das Asylrecht ändern und hofft

verwies auf die für 1991 erwarteten mehr als 700 000 Asylbewerber.

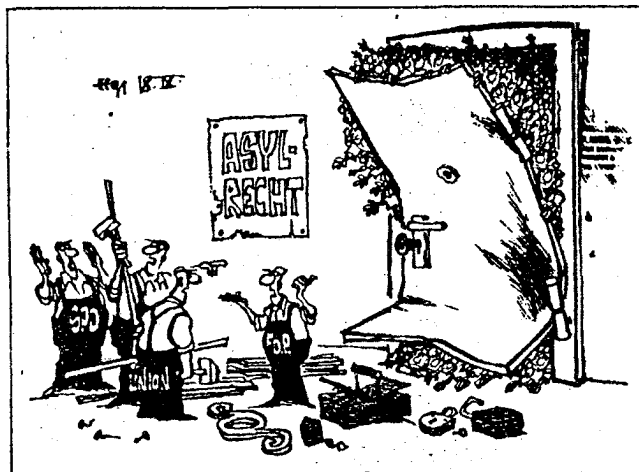
55 Prozent der Deutschen wollen Asylrecht einschränken

MAINZ/BONN, 23. August (AP/dpa). Eine knappe Mehrheit der Deutschen hat sich in einer Umfrage des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) für eine Einschränkung des Asylrechts ausgesprochen. 55 Prozent der 2000 repräsentativ ausgewählten Befragten in Ost- und Westdeutschland seien dafür, nur noch eine begrenzte Zahl politisch Verfolgter pro Jahr aufzunehmen, berichtete die „Heute-Journal“ am Freitag.

(FR, 24.8.91)



(FAZ, 7.8.91)



Wach- und Schließgesellschaft

tz München

tz München

Massenabschiebungen beschlossen

Bundesregierung will künftig auch in Drittländern die Aufnahme erpressen

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt haben Bundesinnenminister Schäuble und die Innenminister der Länder am 3. Mai 1991 beschlossen, den bisher geltenden generellen Abschiebestopp in bestimmte Staaten oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen aus solchen Staaten — bis auf wenige Ausnahmen — ab 1. Juli 1991 aufzuheben. Nach Innenstaatssekretär Eduard Linnert sind davon 100 000 bis 200 000 Flüchtlinge betroffen. Der Beschluss ist ein Schritt, in der BND den Schutz vor...

(Politische Berichte, 5.7.91)

(TAZ, 14.9.91)

FDP will Asylrecht schnellstens ändern

SPD will Asylverfahren verkürzen
(TAZ, 7.8.91)

Die nationalistische Argumentationslinie der GRÜNEN

Auch die GRÜNEN demonstrieren auf der Tagung ihres Länderrates am Wochenende vor dem Pogrom ihr Nachgeben vor der rassistischen Stimmung. Am 14/15.9.91 verabschiedete sich dieses höchste Gremium der Partei zwischen den Parteitagern offiziell vom Postulat der "offenen Grenzen" und forderte ein Einwanderungsgesetz, als ihre Variante der Quotenregelung für Flüchtlinge.

"Eine humane und differenzierte Einwanderungs- und Asylpolitik (...) ist vorallem auch im Hinblick auf die Stimmung in den neuen Bundesländern erforderlich."

(FR, 19.9.91)

Welch nationalistische Gesinnung dahinter steht, legen einzelne Funktionäre der GRÜNEN unverhohlen offen.

Der prominente und sich gern multikulturell gebende GRÜNE Cohn-Bendit bewies in einem Spiegel-Interview weniger seine Sorge um den stark ansteigenden Rassismus in ganz Deutschland und seine Solidarität mit den Opfern als vielmehr seine Sorge um die deutsche Wirtschaft. Er denkt laut darüber nach, wie man einerseits die für die deutsche Wirtschaft notwendige und nützliche Menge an billigen Arbeitskräften

aus anderen Ländern sicherstellen kann und andererseits durch eine Kontingentierung eine Abschottung vor unliebsamen Nichtdeutschen und Flüchtlingen erreicht:

"Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Damit könnte die BRD beispielsweise festlegen, wie viele Arbeitskräfte hereingelassen werden... Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der BRD - oder in Europa - gibt. Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitsämtern festgelegt werden."

(Spiegel 35/91 vom 26.8.91)

Die damalige Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen, Christine Weiske, argumentiert gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen, neben richtigen Ansätzen, auch mit der deutschen Nation:

"Hinzu kommt, daß wir eine vergreisende Nation sind. (...) lassen doch all die, welche Asylanten und Flüchtlinge als Dauerschmarotzer diffamieren, diese wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekte generell außen vor."

(Neues Deutschland, 16.9.91)

Angesichts solch chauvinistischer Haltung, schreibt selbst eine Anhängerin der GRÜNEN erbost in einem Leserbrief in der TAZ, daß wer einst den GRÜNEN beigetreten sei, um den "Unterdrückten und Erniedrigten" in der Dritten Welt beizustehen, dem müsse "spätestens jetzt kotzübel werden".

(zitiert in Spiegel 40/91, S.32)

Der DGB schließt sich der Abschottungspolitik an

Jochen Richert vom Bundesvorstand des DGB:

"Allerdings möchte der DGB die Einwanderungsquoten von der jeweiligen Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt abhängig machen"

(FR, 13.9.91)

□ Die BILD-Zeitung forciert die rassistische Propaganda und ist ein Wegbereiter für die Schürung der bundesweiten Pogromatmosphäre

Bei der Mobilisierung der Bevölkerung gegen Flüchtlinge wird die BILD-Zeitung - das halbamtliche Organ der Bundesregierung - aufgrund ihrer Massenverbreitung und Massenwirkung in einer führenden Rolle genutzt.

Massiv wird die Abschaffung der minimalen Rechte für Flüchtlinge als 'das selbstverständliche Recht der Deutschen', als ein 'Abwehrrecht' propagiert. Neben der deutschen Überheblichkeit wird hier regelrecht der Rassismus, die angebliche 'Minderwertigkeit' von Flüchtlingen eingehämmert - ganz im Stil der Propaganda des Nazifaschismus.

Am 5.9.91 warnt BILD mit den Artikeln "Asylanten - Endlich! Bonn wacht auf!" und "Ein Tag im Asylanten-Land", wenn die Abschaffung des Asylrechts-Artikels nicht bald von Bonn abgesegnet wird, die Situation in der Bevölkerung nicht mehr zu beherrschen sei. Scheinheilig wird von BILD gefragt: "Wie lange geht das noch gut?"

Über die BILD-Zeitung wird eine Propaganda betrieben, welche selbst über die bisherige alltägliche Hetze der BILD hinaus geht und Angriffe gegen Nichtdeutsche als berechtigte und sogar notwendige Abwehr hinstellt.

"Wer ist schlimmer: Die Skinheads, die Brandsätze gegen Asylantenheime schleudern oder die Politiker, die schlau reden und tatenlos zusehen?" (das 'tatenlos' bezieht sich auf die partielle Duldung von Flüchtlingen in Deutschland).

Und so wird aus Zweibrücken 'berichtet', wo "200 neue Asylanten" angekommen sind, daß

"Ex-Oberstleutnant Leo Rayer (65) eine Bürgerwehr organisiert. Einer sagt: 'Ich halte 50 Mann mit Baseballschlägern für sie bereit.'"

Am 16.9.91, direkt vor dem Pogrom in Hoyerswerda, startete die BILD-Zeitung eine Artikelserie mit der Überschrift "Asylanten - wer soll das bezahlen?", (unterschieden noch nach Regionen "Asylanten - im Revier..." „, "Asylanten -in Frankfurt..." etc.) mit der in 10 Folgen bis 26.9.91 bei Millionen von Lesern mit allen üblichen Registern rassistischer Diskriminierung täglich Haß gegen Flüchtlinge, gegen Sinti und Roma und Nichtdeutsche geschürt wurde. Vorbereitet wurde die Serie durch eine riesige Plakat-Kampagne, die flächendeckend auf Litfaßsäulen und Werbetafeln durch Deutschland ging und somit auch Nicht-BILD-Leser erreichte.



Taz
30.9.91

Asylanten in Frankfurt: 3.500 leben schon hier, dazu knapp 4.000 Asylbewerber. 32.000 in ganz Hessen. 558 Millionen Mark muß das Land dieses Jahr wieder für die Flüchtlinge aufbringen. Wer soll das alles bezahlen? Über welche Schlupflöcher kommen sie zu uns? Warum? Alles Themen einer neuen großen Serie, ab heute in Bild-Frankfurt. Schauen Sie!

Asylanten in Frankfurt: 3.500 leben schon hier, dazu knapp 4.000 Asylbewerber. 32.000 in ganz Hessen. 558 Millionen Mark muß das Land dieses Jahr wieder für die Flüchtlinge aufbringen. Wer soll das alles bezahlen? Über welche Schlupflöcher kommen sie zu uns? Warum? Alles Themen einer neuen großen Serie, ab heute in Bild-Frankfurt. Schauen Sie!

Im Kaufhaus: "Schutzmänner" für Ausländer

VON BERNHARD KELM
Gelsenkirchener Fußgängerzone
der Behnstraße

Dabei ist das
schlimmer

schlag
in Essen sieht die Lage so aus:
3.466 ausländische Inwerdacht-
waren - waren 1.620 Asylbe-
der. Von 1.620 Libane-
schen 750
Zwei

schiedene Religionen
haben der
Stiele
keine

Stausländer

...der besten ein Wa
...den Tadeln.
...Lauter, so soll
...stellige Zahl. Er
...einer zum Eingang
...der ersten Bild-Report
...Asylanten
...m Revier
...Wer soll das
...bezahlen?

Die Sache umgeht. Sie
die Sache nichts. Sie
aus Ausland nur auf
es nicht verboten. Ge
der gehen, kann keiner
es beständig. Aber
das Maß für den
den Kaufleute
enigen Asylbewer
so Wer am 1. d
Verlange. Für

Politik und Nachrichten für Frankfurt

Asylanterland Deutschland

[illegible]

Ein ganz normaler Tag + ist das wirklich normal?

VON DER KUNST
 "NACH DER KUNST" Von JOH. TH. DE BONTES. Die Kunst der Gegenwart
 hat sich in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die für die
 Kunstgeschichte von Bedeutung ist. Die Kunst der Gegenwart ist
 nicht mehr nur eine Kunst der Form, sondern eine Kunst der
 Idee. Die Kunst der Gegenwart ist eine Kunst, die die Grenzen
 der Kunst überschreitet und in die Welt der Wirklichkeit eintritt.
 Die Kunst der Gegenwart ist eine Kunst, die die Menschen
 zu neuen Erkenntnissen führt und sie zu neuen Taten anregt.
 Die Kunst der Gegenwart ist eine Kunst, die die Welt
 verändert und sie zu einem besseren Ort macht.

Blick
Asylanten
stehen
Schlange



... Geld

**„dem Ansturm
hessen“**

**sind dem
gewachsen**

nt men s

Tricks

**Heute
freuen
sich die
Macher
um die
"Neu-
paten"**

Line
des "I" et

b6
b7C
b7D
b7E
b7F
b7G
b7H
b7I
b7J
b7K
b7L
b7M
b7N
b7O
b7P
b7Q
b7R
b7S
b7T
b7U
b7V
b7W
b7X
b7Y
b7Z
b7AA
b7AB
b7AC
b7AD
b7AE
b7AF
b7AG
b7AH
b7AI
b7AJ
b7AK
b7AL
b7AM
b7AN
b7AO
b7AP
b7AQ
b7AR
b7AS
b7AT
b7AU
b7AV
b7AW
b7AX
b7AY
b7AZ
b7BA
b7BB
b7BC
b7BD
b7BE
b7BF
b7BG
b7BH
b7BI
b7BJ
b7BK
b7BL
b7BM
b7BN
b7BO
b7BP
b7BQ
b7BR
b7BS
b7BT
b7BU
b7BV
b7BW
b7BX
b7BY
b7BZ
b7CA
b7CB
b7CC
b7CD
b7CE
b7CF
b7CG
b7CH
b7CI
b7CJ
b7CK
b7CL
b7CM
b7CN
b7CO
b7CP
b7CQ
b7CR
b7CS
b7CT
b7CU
b7CV
b7CW
b7CX
b7CY
b7CZ
b7DA
b7DB
b7DC
b7DD
b7DE
b7DF
b7DG
b7DH
b7DI
b7DJ
b7DK
b7DL
b7DM
b7DN
b7DO
b7DP
b7DQ
b7DR
b7DS
b7DT
b7DU
b7DV
b7DW
b7DX
b7DY
b7DZ
b7EA
b7EB
b7EC
b7ED
b7EE
b7EF
b7EG
b7EH
b7EI
b7EJ
b7EK
b7EL
b7EM
b7EN
b7EO
b7EP
b7EQ
b7ER
b7ES
b7ET
b7EU
b7EV
b7EW
b7EX
b7EY
b7EZ
b7FA
b7FB
b7FC
b7FD
b7FE
b7FF
b7FG
b7FH
b7FI
b7FJ
b7FK
b7FL
b7FM
b7FN
b7FO
b7FP
b7FQ
b7FR
b7FS
b7FT
b7FU
b7FV
b7FW
b7FX
b7FY
b7FZ
b7GA
b7GB
b7GC
b7GD
b7GE
b7GF
b7GG
b7GH
b7GI
b7GJ
b7GK
b7GL
b7GM
b7GN
b7GO
b7GP
b7GQ
b7GR
b7GS
b7GT
b7GU
b7GV
b7GW
b7GX
b7GY
b7GZ
b7HA
b7HB
b7HC
b7HD
b7HE
b7HF
b7HG
b7HH
b7HI
b7HJ
b7HK
b7HL
b7HM
b7HN
b7HO
b7HP
b7HQ
b7HR
b7HS
b7HT
b7HU
b7HV
b7HW
b7HX
b7HY
b7HZ
b7IA
b7IB
b7IC
b7ID
b7IE
b7IF
b7IG
b7IH
b7IJ
b7IK
b7IL
b7IM
b7IN
b7IO
b7IP
b7IQ
b7IR
b7IS
b7IT
b7IU
b7IV
b7IW
b7IX
b7IY
b7IZ
b7JA
b7JB
b7JC
b7JD
b7JE
b7JF
b7JG
b7JH
b7JI
b7JJ
b7JK
b7JL
b7JM
b7JN
b7JO
b7JP
b7JQ
b7JR
b7JS
b7JT
b7JU
b7JV
b7JW
b7JX
b7JY
b7JZ
b7KA
b7KB
b7KC
b7KD
b7KE
b7KF
b7KG
b7KH
b7KI
b7KJ
b7KK
b7KL
b7KM
b7KN
b7KO
b7KP
b7KQ
b7KR
b7KS
b7KT
b7KU
b7KV
b7KW
b7KX
b7KY
b7KZ
b7LA
b7LB
b7LC
b7LD
b7LE
b7LF
b7LG
b7LH
b7LI
b7LJ
b7LK
b7LM
b7LN
b7LO
b7LP
b7LQ
b7LR
b7LS
b7LT
b7LU
b7LV
b7LW
b7LX
b7LY
b7LZ
b7MA
b7MB
b7MC
b7MD
b7ME
b7MF
b7MG
b7MH
b7MI
b7MJ
b7MK
b7ML
b7MN
b7MO
b7MP
b7MQ
b7MR
b7MS
b7MT
b7MU
b7MV
b7MW
b7MX
b7MY
b7MZ
b7NA
b7NB
b7NC
b7ND
b7NE
b7NF
b7NG
b7NH
b7NI
b7NJ
b7NK
b7NL
b7NM
b7NN
b7NO
b7NP
b7NQ
b7NR
b7NS
b7NT
b7NU
b7NV
b7NW
b7NX
b7NY
b7NZ
b7OA
b7OB
b7OC
b7OD
b7OE
b7OF
b7OG
b7OH
b7OI
b7OJ
b7OK
b7OL
b7OM
b7ON
b7OO
b7OP
b7OQ
b7OR
b7OS
b7OT
b7OU
b7OV
b7OW
b7OX
b7OY
b7OZ
b7PA
b7PB
b7PC
b7PD
b7PE
b7PF
b7PG
b7PH
b7PI
b7PJ
b7PK
b7PL
b7PM
b7PN
b7PO
b7PP
b7PQ
b7PR
b7PS
b7PT
b7PU
b7PV
b7PW
b7PX
b7PY
b7PZ
b7QA
b7QB
b7QC
b7QD
b7QE
b7QF
b7QG
b7QH
b7QI
b7QJ
b7QK
b7QL
b7QM
b7QN
b7QO
b7QP
b7QQ
b7QR
b7QS
b7QT
b7QU
b7QV
b7QW
b7QX
b7QY
b7QZ
b7RA
b7RB
b7RC
b7RD
b7RE
b7RF
b7RG
b7RH
b7RI
b7RJ
b7RK
b7RL
b7RM
b7RN
b7RO
b7RP
b7RQ
b7RR
b7RS
b7RT
b7RU
b7RV
b7RW
b7RX
b7RY
b7RZ
b7SA
b7SB
b7SC
b7SD
b7SE
b7SF
b7SG
b7SH
b7SI
b7SJ
b7SK
b7SL
b7SM
b7SN
b7SO
b7SP
b7SQ
b7SR
b7SS
b7ST
b7SU
b7SV
b7SW
b7SX
b7SY
b7SZ
b7TA
b7TB
b7TC
b7TD
b7TE
b7TF
b7TG
b7TH
b7TI
b7TJ
b7TK
b7TL
b7TM
b7TN
b7TO
b7TP
b7TQ
b7TR
b7TS
b7TT
b7TU
b7TV
b7TW
b7TX
b7TY
b7TZ
b7UA
b7UB
b7UC
b7UD
b7UE
b7UF
b7UG
b7UH
b7UI
b7UJ
b7UK
b7UL
b7UM
b7UN
b7UO
b7UP
b7UQ
b7UR
b7US
b7UT
b7UU
b7UV
b7UW
b7UX
b7UY
b7UZ
b7VA
b7VB
b7VC
b7VD
b7VE
b7VF
b7VG
b7VH
b7VI
b7VJ
b7VK
b7VL
b7VM
b7VN
b7VO
b7VP
b7VQ
b7VR
b7VS
b7VT
b7VU
b7VV
b7VW
b7VX
b7VY
b7VZ
b7WA
b7WB
b7WC
b7WD
b7WE
b7WF
b7WG
b7WH
b7WI
b7WJ
b7WK
b7WL
b7WM
b7WN
b7WO
b7WP
b7WQ
b7WR
b7WS
b7WT
b7WU
b7WV
b7WW
b7WX
b7WY
b7WZ
b7XA
b7XB
b7XC
b7XD
b7XE
b7XF
b7XG
b7XH
b7XI
b7XJ
b7XK
b7XL
b7XM
b7XN
b7XO
b7XP
b7XQ
b7XR
b7XS
b7XT
b7XU
b7XV
b7XW
b7XX
b7XY
b7XZ
b7YA
b7YB
b7YC
b7YD
b7YE
b7YF
b7YG
b7YH
b7YI
b7YJ
b7YK
b7YL
b7YM
b7YN
b7YO
b7YP
b7YQ
b7YR
b7YS
b7YT
b7YU
b7YV
b7YW
b7YX
b7YY
b7YZ
b7ZA
b7ZB
b7ZC
b7ZD
b7ZE
b7ZF
b7ZG
b7ZH
b7ZI
b7ZJ
b7ZK
b7ZL
b7ZM
b7ZN
b7ZO
b7ZP
b7ZQ
b7ZR
b7ZS
b7ZT
b7ZU
b7ZV
b7ZW
b7ZX
b7ZY
b7ZZ
b7AA
b7AB
b7AC
b7AD
b7AE
b7AF
b7AG
b7AH
b7AI
b7AJ
b7AK
b7AL
b7AM
b7AN
b7AO
b7AP
b7AQ
b7AR
b7AS
b7AT
b7AU
b7AV
b7AW
b7AX
b7AY
b7AZ
b7BA
b7BB
b7BC
b7BD
b7BE
b7BF
b7BG
b7BH
b7BI
b7BJ
b7BK
b7BL
b7BM
b7BN
b7BO
b7BP
b7BQ
b7BR
b7BS
b7BT
b7BU
b7BV
b7BW
b7BX
b7BY
b7BZ
b7CA
b7CB
b7CC
b7CD
b7CE
b7CF
b7CG
b7CH
b7CI
b7CJ
b7CK
b7CL
b7CM
b7CN
b7CO
b7CP
b7CQ
b7CR
b7CS
b7CT
b7CU
b7CV
b7CW
b7CX
b7CY
b7CZ
b7DA
b7DB
b7DC
b7DD
b7DE
b7DF
b7DG
b7DH
b7DI
b7DJ
b7DK
b7DL
b7DM
b7DN
b7DO
b7DP
b7DQ
b7DR
b7DS
b7

Sylanten-land

Byzantinien Land

Post: Der Flüchtlingsstrom an der deutsch-polnischen Grenze hält an. Im August illegal. Die Grenzpolizei will die Grenzen stärker über-

Miete ausgeben. Wo sollen wir das Geld noch hernehmen?

Stuttgart. Beim Verwaltungsgesicht turmen sich 5370 Asylverlangen Richter Dr. Siegfried Kasper. In der ersten Sitzung kostet jedes

... 200 neue 33 000 Ein...

sagt: „Ich halte Leo Rayer (65) Ex-

...schlägern für sie bereit zu sein. Eine 50 Mann mit Basiswehr. Einer

, 23.9., 24.9. und 26.9.1991)

Asyl: Bonn! tu was!

26.9.1991
ABH.

Die Asylanten-Katastrophe Morgen auch bei uns?

Mittwoch, 14. August 1991

Wahre Massen an Asylbewerbern sind aus Osteuropa nach Deutschland...



Sensationelle Umfrage! Asyl: Grundgesetz 98 Prozent dafür

21.9.1991

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist für die Grundgesetzänderung, die das Asylrecht abschafft. 98 Prozent der Befragten befürworten die Abschaffung des Asylrechts.

Asylanten Endlich! Bonn wacht auf!

5.9.1991

BILD-Kommentare Asyl – es ist 5 nach 12



Ruhe Politisch nicht Ver- folgte sofort abweisen

18.9.1991

Die SPD fordert die sofortige Abweisung von Asylbewerbern, die keine politische Verfolgung erfahren. Sie argumentiert, dass das Asylrecht missbraucht wird.

„Unser Volk ist nicht ausländerfeindlich“

27.9.1991

Stoiber 10000 Inder wollten Asyl – alle abgelehnt!

4.10.1991

Die Bundesregierung hat die Asylgesuche von 10.000 indischen Flüchtlingen abgelehnt, da sie keine politische Verfolgung erfahren.

Lafontaine: Koalition versagt seit Jahren

19.9.1991

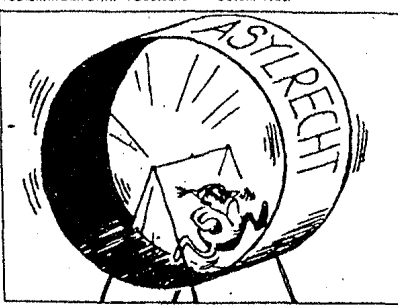
Die Koalition zwischen SPD und CDU versagt seit Jahren, da beide Parteien unterschiedliche Positionen zum Asylrecht vertreten. Lafontaine kritisiert die Inkompetenz der Regierung.

Asylanten/Aussiedler Oskars mutiger 12-Punkte-Plan

Interview mit SPD-Logo Lafontaine

Paß weggeworfen – keine Chance

- Zwangende Identifizierung. Wer seinen Paß weggeworfen hat, hat keine Chance.
- Befristung des Asyls.
- Und strikte Zuweisung an einen Ort.



Es geht vorwärts

Karikatur: CANDEA

Bürgerliche Soziologen und ihr 'Verständnis' für Rassismus/Chauvinismus und die rassistischen Täter

Aus einer bürgerlichen Analyse im Zusammenhang mit der „9. Sachverständigenkommission des 9. Jugendberichts der Bundesregierung“

Fachtagung am 8. und 9. Dezember 1992 in Königsplatz zusammen mit der Bundesministerin für Frauen und Jugend, Merkel für pädagogische und sozialwissenschaftliche Experten

VI. Zusammenfassung der Ergebnisse und theoretische Schlußfolgerungen

a) Ist die fremdenfeindliche Gewalt eine rechtsradikale, eine rassistisch motivierte Gewalt oder eher soziale Protestgewalt?

Die fremdenfeindliche Gewalt der Jahre 1991 und 1992 kann keineswegs durchgängig als eine rechtsextremistisch organisierte, gesteuerte oder auch nur als solche motivierte Gewalt angesehen werden. Die Analyse der verschiedenen Täterttypen hat vielmehr verdeutlicht, daß neben dem rechtsextremistisch motivierten politischen Gewalttäter auch ein Teil der normalen, d. h. zunächst unpolitischen jugendlichen Gruppen- und Bandendelinquenz im Kontext der Fremdenfeindlichkeit ein diesmal dann politisches Betätigungs- und auch Bestätigungsfeld gefunden hat.

Insgesamt ist die Gruppe der Gewalttäter sowohl hinsichtlich ihrer Motive als auch hinsichtlich der Gruppenorientierung und ihrer Weltbilder zu heterogen, als daß sie pauschal als rassistisch oder rechtsradikal etikettiert werden könnte. Wir haben es vielmehr mit einer Mischung von unterschiedlichen Gewaltmotiven zu tun: neben politischen, vor allem rechtsradikalen Motiven und rassistischen Ideologien und Gewaltlegitimationen spielen auch unpolitische (expressive) Gewaltmotive und Actionorientierungen sowie soziale Protestmotive eine wichtige Rolle. Nicht gemeinsame ideologische oder politische Überzeugungen bilden die Klammer zwischen den heterogenen Tätergruppen und Akteuren, sondern eher diffuse Gefühle und Vorstellungen einer generellen Bedrohung und Benachteiligung »der Deutschen« gegenüber »den Ausländern«, insbesondere gegenüber den Asylbewerbern; eine Vorstellung, die sich vor allem an der Wohnraumbeschaffung, den staatlichen Alimentierungen und Transferzahlungen für Asylbewerber festmacht, aber in Zeiten der ökonomischen Rezession, der erhöhten Arbeitslosigkeit etc. sich natürlich auch generell an der Angst vor Konkurrenz und vor drohendem Statusverlust ansiedeln kann. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer, wo Konkurrenzerfahrungen und Bedrohungsgefühle weit verbreitet sind und ausländerfeindliche Einstellungen und Gewaltbereitschaften ebenfalls stärker ausgeprägt sind. Die vor diesem Hintergrund generierten fremdenfeindlichen Einstellungen können sich dann auch über die Gruppe der Asylbewerber hinaus generalisieren und betreffen dann alle Ausländer, denen entsprechende Anrechte auf staatliche Leistungen abgesprochen werden, und alles Fremde schlechthin.

b) Ist die fremdenfeindliche Gewalt eine Folge von Desintegrations- und Deklassierungserfahrungen?

Angesichts der Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller ermittelten Tatverdächtigen zum Tatzeitpunkt noch Schüler oder Lehrlinge waren, sind Desintegrationserfahrungen hinsichtlich der beruflichen Situation eher als Zukunftsängste, nicht jedoch als eigene Erfahrungen vorhanden. Die Fremdenfeindlichkeit und auch das damit verbundene Delinquenz- und Gewaltpotential betreffen also bei weitem nicht nur die Gruppe der gesellschaftlich Desintegrierten und Deklassierten, sondern gehen durchaus auch mit festen Arbeitsplätzen und guten, privaten und beruflichen Zukunftsaussichten einher. Dennoch spielen wirtschaftlicher Problemdruck und hohe Arbeitslosigkeit im Zusammenspiel mit der Immigration neuer Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft zur Erklärung der fremdenfeindlichen Ge-

walt eine wichtige Rolle. Durch wirtschaftliche Probleme und hohe Arbeitslosigkeit werden auch bei denjenigen Ängste geschürt, die heute noch nicht selbst davon betroffen sind, aber dies für die Zukunft für sich selbst oder aber für andere Bevölkerungsgruppen, mit denen sie sich solidarisieren, befürchten. Enttäuschte Erwartungen hinsichtlich des Wohlfahrtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Chancen für die individuelle Lebensgestaltung sind insbesondere nach der Vereinigung in den neuen Bundesländern festzustellen. In einer solchen Situation wird der erhebliche Zustrom von Aussiedlern und Asylbewerbern und die wohlfahrtsstaatliche Alimentierung dieser Gruppen von vielen als unmittelbare Konkurrenz und Bedrohung um einen erhofften und angestrebten sozialen Status wahrgenommen, aber auch jenseits eigener und unmittelbarer Konkurrenzängste als ungerechtfertigt und überzogen interpretiert. Nicht eigene Deklassierungs- und Desintegrationserfahrungen, sondern eher Vorstellungen von Verteilungs-Ungerechtigkeiten und einer als illegitim wahrgenommenen Privilegierung ausländischer Bevölkerungsgruppen spielen daher bei der Erklärung dieses Phänomens eine wichtige Rolle. . . .

d) Welche Rolle spielen lokale Konflikte und Probleme im Kontext des Asylverfahrens?

Gewaltorientierte und rechte jugendliche Gruppen gab es bereits in den 80er Jahren. Und auch fremdenfeindliche Einstellungen und Vorurteile waren in der Gesellschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten stets vorhanden, wenn auch nicht auf einem besonders hohen Niveau oder gar mit steigender Tendenz.

Die jüngste Welle fremdenfeindlicher Straf- und Gewalttaten seit 1990 und die damit einhergehende dramatische Steigerung auch von fremdenfeindlichen Einstellungen und Gewalttoleranzen in der Bevölkerung kristallisierten sich um die Asyldebatte der 90er Jahre und um die lokalen Spannungen und Konflikte zwischen Asylbewerbern, einheimischer Bevölkerung und Verwaltung, und sind damit eine Reaktion auf den unerwartet starken Zustrom von Asylbewerbern nach 1990 und die dadurch ausgelösten Ängste, Konkurrenz Erfahrungen und Konflikte und deren mangelnde Bewältigung. Die dramatische Eskalation und Ausbreitung der Gewalt gegen Fremde ist nur vor dem Hintergrund dieser unbewältigten, aber allgemein wahrgenommenen Probleme und Konflikte zu verstehen. Dabei ist auch auf die Eskalationsbeiträge durch die Politik zu verweisen. Unabhängig davon, ob man einzelne Politiker oder Parteien als Brandstifter oder Sympathisanten identifiziert (was mehr der eigenen Exkulpation, als der Sachaufklärung dient), war für die Eskalation der Fremdenfeindlichkeit von entscheidender Bedeutung, daß die großen politischen Parteien trotz der bekannten Probleme und Spannungen in den Kommunen nicht in der Lage waren, sich schnell auf neue Konzepte, wenigstens hinsichtlich der Asylverfahrenspraxis, zu verständigen. Dies hat zu einem Vertrauensverlust und zur Delegitimierung von Politik beigetragen und die Legitimität und Attraktivität rechter und fremdenfeindlicher Parolen und Lösungen verstärkt. . . .

f) Sind die fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttäter Teil einer homogenen jugendlichen Subkultur?

...

Es handelt sich eher um eine Vielzahl autonomer, mehr oder weniger informeller, instabiler und unorganisierter jugendlicher Gruppen, deren Gemeinsamkeiten sich auf eine allgemeine Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit beschränken.

Auszug aus: „Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Vorgelegt dem Bundesministerium für Frauen und Jugend und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.“ Opladen 1993.

Quelle: Otto/Merten (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Opladen 1993.

Protest, Widerstand u. antifaschistische Solidaritätsaktionen

Im folgenden berichten wir über bekannte Aktionen. Neben der direkten antifaschistischen Unterstützung und Solidarität für die Opfer von Hoyerswerda ist vorallem auch der Widerstand und die Selbsthilfe der durch das Nazi-Pogrom bedrohten und von den Behörden schikanierten Arbeiter und Flüchtlinge aus verschiedensten Ländern hervorzuheben.

1. Die Opfer des Pogroms leisten Widerstand gegen die Nazis in Hoyerswerda und gegen die behördliche Zwangsverteilung

Der Widerstand der bedrohten Arbeiter und Flüchtlinge während des Nazi-Pogroms

Während des Pogroms in Hoyerswerda leisteten die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter sowie die Flüchtlinge aus verschiedensten Ländern spontan Widerstand gegen die massiven Nazi-Angriffe und nutzten jede Möglichkeit sich selbst zu verteidigen - angesichts des rassistischen örtlichen Umfeldes waren ihre Möglichkeiten extrem beschränkt. (s.a. Chronologie der Pogromtage).

Die Flüchtlinge wehren sich gegen die Zwangsverteilung in Sachsen und stellen öffentlich ihre berechtigten Forderungen

Nach dem Abtransport aus Hoyerswerda, der menschenunwürdigen Behandlung und Zwangsverteilung in Sachsen durch die Behörden, waren einige der Asylsuchenden nicht mehr bereit, sich dem passiv auszusetzen. Sie griffen zur Selbsthilfe durch Flucht auf eigene Faust nach Berlin, Hannover und Hessen (s.a. Seite 24 f u. das Flugblatt des anti-rassistischen Informationszentrums Berlin.). Durch verschiedene Aktionen machten sie die Öffentlichkeit auf ihre bedrohte Lage aufmerksam und es gelang ihnen teilweise ihr Bleiberecht an den von ihnen gewählten Orten durchzusetzen.



Demonstration in Neumünster

• 25.9.91, Berlin: Flüchtlinge gehen mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit.

Ca. 50 aus Hoyerswerda nach Berlin geflohene Asylsuchende versuchten einige Wochen lang mit Unterstützung von Berliner Antifaschisten in Berlin einen legalen Asylstatus zu erlangen und Sozialleistungen durchzusetzen. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit der AL am 25.9.1991 im Rathaus Schöneberg gehen Sprecher von angolanischen Flüchtlingen aus Hoyerswerda trotz ihres illegalen Status in Berlin das erste Mal an die Öffentlichkeit. An das Abgeordnetenhaus von Berlin werden folgende Forderungen gestellt:

- * Sofortige Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!
- * Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich derzeit aufhalten!
- * Freie Wahl ihres Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!
- * Bleiberecht für alle Flüchtlinge, Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten!

* Keine Abschiebungen!

Einem Teil dieser Gruppe gelang es, ihr Bleiberecht in Berlin als anerkannte Asylsuchende zu erkämpfen.

(ZAG Nr.1, November 1991)

- **19.11.91, Schwalbach: 70 Asylsuchende beginnen einen Hungerstreik.** In der "Hessischen Gemeinschaftsunterkunft" in Schwalbach begannen 70 Asylsuchende, die vor den Naziangriffen geflohen waren, einen Hungerstreik, um ihr Bleiberecht in Hessen zu erkämpfen. 40 Asylsuchenden wurde das Bleiberecht in Hessen daraufhin zugesagt. Die übrigen 30 sollten in die Ex-DDR zurücktransportiert werden, weil sie nicht nachweisen können, z.B. durch Verletzungen, daß sie von Nazis angegriffen wurden. Sie setzten ihren Hungerstreik fort.

(FR und TAZ, 22.11.91)

2. Direkte antifaschistische Unterstützung und Solidarität mit den Opfern

22.9.91, Hoyerswerda: Autokonvoi von Berlin aus - Demonstration am Ort des Pogroms

Am sechsten Pogromtag erfolgte in Berlin ein Aufruf zu einem Autokonvoi nach Hoyerswerda von verschiedenen Autonomen, Antifa- Frauen- und Lesbengruppen - ihre Presseerklärung wird im folgenden abgedruckt. An dem antirassistischen Autokonvoi am 22.9.91, mit etwa 80 Autos von Berlin nach Hoyerswerda, beteiligten sich 300-400 Antinazis u.a. Vertreter einer Jüdischen Gruppe, SOS- Racisme. Dort angekommen, ließ die Polizei, inzwischen durch BGS verstärkt, die Berliner Antifaschisten nicht zu den Flüchtlingswohnheimen durch (die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter waren größtenteils bereits den Tag zuvor aus Hoyerswerda weggebracht worden). An der daraufhin veranstalteten Kundgebung vor den Wohnheimen für Asylsuchende in der Thomas Müntzer Straße (vor den Polizeiketten) sowie der anschließenden Demonstration durch das umliegende Wohngebiet nahmen nur wenige Bürgerinnen und Bürger von Hoyerswerda teil. Erst nach langen Verhandlungen mit der Polizei und der Heimleitung gelang es einer kleinen Delegation der Demonstrierenden, mit den Flüchtlingen im Wohnheim Kontakt aufzunehmen. Die Delegation konnte somit direkt ihre Solidarität übermitteln sowie weitere Unterstützung zusagen.

Als am 24.9.1991 eine Delegation von Berliner Antifaschisten erneut nach Hoyerswerda reiste, fand sie dort nur noch leere Wohnheime vor. Auch die Flüchtlinge aus anderen Ländern waren wiederum bereits den Tag zuvor aus Hoyerswerda weggebracht worden.

(ZAG Nr.1, November 1991; antifa-info Nr.16 - Winter 91)

29.9.91, Hoyerswerda: Unter der Losung "Stopp der Menschenjagd!" und "Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!" demonstrieren 4.000 Menschen

Etwa 4.000 Antinazis beteiligten sich unter den Losungen: "Stopp der Menschenjagd!" und "Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!" an einer Demonstration "Gegen Rassismus und Nazi-Terror". Allein aus Berlin kam ein mehrere Kilometer langer Autokonvoi mit über



Die Polizei greift die Demo an

1.000 Menschen nach Hoyerswerda gefahren. Zu der um 14.00 Uhr anberaumten Kundgebung in der Thomas-Müntzer-Straße fanden die aus anderen Städten Angereisten teilweise erst eine Stunde später. Die Polizei hatte sich geweigert, den Angereisten Auskunft über den Weg zur Kundgebung zu erteilen.

Die Demonstration sah sich fünf Hundertschaften, Wasserwerfern und dem sächsischen Spezialeinsatzkommando (lt. JW, 1.10.1991) in Hoyerswerda gegenüber. Der Bundesgrenzschutz blockierte zu Beginn mehrfach den genehmigten Demonstrationzug - die Demonstration sollte nicht an die Pogromstätten gelangen, die Thomas-Müntzer und Albert-Schweitzer Straße - und provozierte mit Wasserwerfern und Schlagstöcken etliche Zusammenstöße. Erst um 17 Uhr, drei Stunden später als geplant, konnte die Kundgebung und Demonstration dann nach Verhandlungen mit der Polizeileitung tatsächlich beginnen. Im Laufe der Zeit hatten sich, vereinzelt aber zunehmend mehr, Bürger und Bürgerinnen aus Hoyerswerda der Protestaktion angeschlossen, reihten sich in die Spitze des Zuges ein und forderten über Megaphon weitere AnwohnerInnen zur Beteiligung auf.

(TAZ, 30.9.91 u. 1.10.91; Antifaschistische Nachrichten Nr.21, 11.10.91; antifa-info Nr.16, Winter 91)

Die Flüchtlingskoordination besetzte die Passionskirche am Marheinickeplatz in Kreuzberg, um zu erreichen, daß die Asylsuchenden in Berlin bleiben konnten. Mit dieser Aktion sollte verhindert werden, daß sich die Flüchtlinge aus Hoyerswerda vereinzelt in Kirchengemeinden verstekken mußten und um einer drohenden Zwangsunterbringung in ostdeutschen Flüchtlingsunterkünften zu entgehen. Stattdessen wurde ein öffentliches Kirchenasyl gefordert. Die Kirchenleitung sagte daraufhin zu, die Asylsuchenden aus verschiedensten Ländern gemeinsam in Kirchenräumen unterzubringen und gleichzeitig mit dem Berliner Innensenator Verhandlungen über ihr Bleiberecht zu beginnen.

Unterstützung der geflohenen Asylsuchenden aus Hoyerswerda in Berlin

In Berlin bildete sich eine Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen, die sich in den folgenden Wochen um die Unterbringung, Versorgung und um die juristische wie politische Unterstützung der aus Hoyerswerda vertriebenen und daraufhin auf eigene Faust nach Berlin geflohenen ca. 50 Asylsuchenden kümmerte.

Afrikaner in Angst vor dem Osten

Einstündige Blockade des hessischen Asylbewerberheims in Schwalbach / Heimleiter bestreitet Rechtsanspruch auf Aufenthalt in Hessen / Überfall auf Flüchtlingsheim in Neubrandenburg

Frankfurt/Berlin (dpa/taz) — Rund 120 überwiegend afrikanische AsylbewerberInnen haben gestern morgen in der hessischen Gemeinschaftsunterkunft in Schwalbach gegen ihren Transport in Asylheime in den fünf neuen Bundesländern protestiert. Sie weigerten sich, in die Busse zu steigen, und blockierten eine Stunde lang den Eingang der Unterkunft. Auf Transparenten hieß es: „DDR — Schlachthof des Rassismus“. In einer Presseerklärung wandten sich die DemonstrantInnen an die Öffentlichkeit und verlangten von der Bundesregierung Schutz vor Überfällen in der ehemaligen DDR. Sie akzeptierten dabei auch die Tatsache, daß sie rechtlich eigentlich verpflichtet sind, in die ostdeutschen

Heime einzuziehen: „Wir lehnen die DDR nicht prinzipiell ab, aber Banditen machen uns dort das Leben schwer.“ Durch die wiederholten Angriffe auf AusländerInnen werde ihre Menschenwürde in einem Klima der Angst von vornherein zerstört. Sie verwiesen auf Überfälle in Hoyerswerda bei Chemnitz, bei denen sie zweimal „nur mit knapper Not“ mit dem Leben davongekommen seien. In hessischen Heimen sind derzeit 360 aus Unterkünften in den neuen Bundesländern geflüchtete Menschen untergebracht.

Heimleiter Volker Möser aus Schwalbach erklärte, diejenigen, die jetzt abtransportiert werden sollten, hätten keinen Rechtsanspruch auf eine Weigerung. Es handle sich bei

ihnen allen um Flüchtlinge, die vorher noch nicht in den neuen Bundesländern untergebracht gewesen seien. Somit greife bei ihnen auch der Aufnahmebeschluß der hessischen Sozialministerin Blauf nicht, nach dem diejenigen in Hessen bleiben können, die jenseits der Landesgrenze tatsächlich bedroht wurden und deshalb zurückgekehrt seien.

Am Wochenende verübten mehrere Vermummte einen Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in Neubrandenburg/Trollenhagen im Land Brandenburg, wo Asylbewerber aus Polen, Rumänien und Ägypten untergebracht sind. Kurz vor Mitternacht waren nach Angaben der Polizei mehrere vermummte Personen mit Autos vorgefahren. Fünf von ih-

nen zertrümmerten Fenster und schlugen eine Frau zusammen. Mit dem Ruf: „Schnell weg, die Bullen kommen!“, seien die Täter geflüchtet. Die Polizei kam zu spät. Der Überfall auf das Wohnheim löste bei den Bewohnern Angst und Enttäuschung aus. Die 32 Menschen, darunter zwei Kinder, schlafen seitdem in den Fluren, sagte der amtierende Heimleiter Manfred Hübner. Die Furcht vor erneuten Angriffen auf den Flachbau sei groß. Nur dem beherrzten Eingreifen des Wachschutzes sei es am Wochenende zu verdanken gewesen, daß Schlimmeres verhindert wurde, meinte Hübner. Noch sei ein Wachmann rund um die Uhr im Einsatz. Wie lange noch, sei „eine Geldfrage“.

Taz
16.7.91

- **24.9.: Erste praktische Hilfe für die nach Berlin geflohenen Asylsuchenden**

In der Nacht vom 24. auf den 25.9.91 trafen die ersten der ca. 50 Asylsuchenden mit dem Zug in Berlin ein. Die Flüchtlingskoordination organisierte kurzfristig private Unterkünfte und nahm Kontakte zu Kirchengemeinden sowie der Leitung der evangelischen Kirche Berlin auf.

- **1.10.: Ca. 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Flüchtlingskoordination besetzen eine Kirche und fordern Bleiberecht für die Geflohenen**

Die Flüchtlingskoordination besetzte die Passionskirche am Marheinickeplatz in Kreuzberg, um zu erreichen, daß die Asylsuchenden in Berlin bleiben konnten. Mit dieser Aktion sollte verhindert werden, daß sich die Flüchtlinge aus Hoyerswerda vereinzelt in Kirchengemeinden verstecken mußten und um einer drohenden Zwangsunterbringung in ostdeutschen Flüchtlingsunterkünften zu entgehen. Stattdessen wurde ein öffentliches Kirchenasyl gefordert. Die Kirchenleitung sagte daraufhin zu, die Asylsuchenden aus verschiedensten Ländern gemeinsam in Kirchenräumen unterzubringen und gleichzeitig mit dem Berliner Innensenator Verhandlungen über ihr Bleiberecht zu beginnen.

Aus der:

Gemeinsamen Erklärung von Flüchtlingen aus Berlin, Norderstedt, Schwalbach und anderen Städten

Berlin, den 8.12.1991

Diese Erklärung ist von einer Gruppe Flüchtlinge aus Hoyerswerda, Sachsen und Schwalbach, Hessen geschrieben worden, von den Flüchtlingen, die zur Zeit die Technische Universität Berlin besetzt halten und die, die sich in der Schalomgemeinde in Norderstedt aufhalten.

Wir kamen zusammen, um die Probleme zu besprechen, die alle Flüchtlinge in Deutschland zur Zeit betreffen. Wir vertreten Flüchtlinge aus vielen verschiedenen Teilen Deutschlands. Das Recht auf Asyl ist in Artikel 16 GG festgehalten. Es ist jedoch über die Jahre hinweg systematisch ausgehöhlt worden. Immer weitere Einschränkungen werden eingeführt, die es für die meisten Flüchtlinge praktisch unmöglich machen, in diesem Land politisches Asyl zu erhalten, obwohl viele trotzdem unter den Begriff "Flüchtling", wie in der Genfer Konvention definiert, fallen.

Wir haben den Eindruck, daß diese Untergrabung des Rechts auf Asyl mit einer wachsenden Welle von Faschismus in Deutschland einhergeht, eine Welle, die besonders in der Ex-DDR spürbar ist. Das faschistische Potential ist wohlorganisiert und kann innerhalb einer kurzen Zeitspanne mobilisiert werden. Dies gilt sowohl für große als auch für kleine Städte, und ebenso für die ländlichen Gebiete. Wir wissen, daß dies so ist, weil viele von uns diese Erfahrung selbst gemacht haben, während wir in der Ex-DDR lebten.

Die Politiker in diesem Land haben mit der "Asyldebatte" Öl in das schon brennende rassistische Feuer gegossen. Dies ist einer der Gründe, warum rassistische Angriffe brutaler und häufiger werden.

... Der pogromartige Angriff auf AusländerInnen in Hoyerswerda, der von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, könnte so fast überall in der Ex-DDR passieren.

Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda berichteten, daß diese Angriffe mehrere Tage anhielten, und daß die Polizei nicht dazu fähig war, sie zu schützen. Am Ende mußten die Flüchtlinge von den Behörden evakuiert werden. Sonst wäre es zu einem Massaker gekommen.

Die Flüchtlinge, die 45 Tage eine Kirche in Neumünster besetzt hatten und damit verhindern wollten, in die Ex-DDR geschickt zu werden, hatten eine ähnliche Erfahrung wie die Flüchtlinge in Hoyerswerda, Leipzig, Dresden und Meißen.

Am Ende unterwarfen sie sich dem Druck der Kirche und der Regierung und erklärten sich widerwillig damit einverstanden, nach Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern zu gehen. Sechs Tage später wurden sie dort von einem Mob, bestehend aus ungefähr 200 Rassisten, angegriffen, die Steine schmissen, aus Gaspistolen und mit Leuchtschmuckmunition auf sie schossen und mit Eisenstangen, Ketten und Knütteln bewaffnet waren. Besonders die Kinder leiden immer noch unter dieser Erfahrung. Ein Kind fragte seinen Vater: "Wollen sie uns umbringen?" ...

- **9.10.: Einberufung einer Pressekonferenz als Druckmittel gegen den Berliner Senat**

Auf der Pressekonferenz in der Kirchengemeinde Dahlem, wo die meisten Flüchtlinge gemeinsam untergebracht worden waren, sollten die Ausländerbeauftragte John sowie Vertreter aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zu den Forderungen der Flüchtlinge Stellung beziehen. Auch wenn nicht alle eingeladenen Politiker erschienen, wurde dadurch doch politischer Druck ausgeübt. Innensenator Heckelmann erklärte nach der anschließenden Sitzung des Ausländerausschusses öffentlich die Absicht, zumindest einem Teil der Flüchtlinge (die ihren Erstantrag auf Asyl in Berlin gestellt hatten) Bleiberecht in Berlin zu gewähren.

- **17.10.: Antifaschisten besetzen Büro der Ausländerbeauftragten John**

Ca. 30 Menschen aus dem Kreis der autonomen Flüchtlingskoordination besetzten das Büro der Ausländerbeauftragten John, um in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, daß es weiterhin darum geht, das Bleiberecht für alle Flüchtlinge aus Hoyerswerda durchzusetzen und die Zwangsverteilung in andere Bundesländer zu stoppen.

Erster Erfolg dieser Aktionen: Etwa die Hälfte der ca. 50 Flüchtlinge bekam das Bleiberecht zugestanden. Sie wurden nach Nationalitäten getrennt in den jeweiligen Wohnheimen in Berlin aufgenommen.

(Berliner Zeitung; 10.10.91; ZAG, Nr.1, November 1991; antifa-info Nr.16, Winter 91)3. Weitere Protest- und Solidaritätsaktionen

Den Flüchtlingen in der Schalomgemeinde in Norderstedt (denselben Flüchtlingen, die die Kirche in Nreumünster besetzt hatten) wurde gesagt, daß sie nach Mecklenburg- Vorpommern zurückkehren sollten.

Die Gesetze für Ausländer/Innen - das neue Ausländergesetz und die, die das Asylverfahren betreffen, sollen Menschen isolieren. Aufgrund des Mangels an Wohnraum, selbst für Deutsche, haben Flüchtlinge keine Möglichkeit in Wohnungen zu leben. Die Regierungspolitik, seit Jahren keine adäquaten Unterbringungen zu bauen, zeigt ihren Effekt in der Situation von Ausländer/Innen. Flüchtlinge müssen in Flüchtlingslagern leben, die mit Gefängnissen vergleichbar sind. Einige haben Gitterstäbe vor den Fenstern und sind von Mauern umgeben. Diese Art von Unterbringung sind von der Deutschen Bevölkerung isoliert und sie sind leicht Ziel faschistischer Angriffe.

Alle Unterbringungen für Asylsuchende ob klein oder groß, zentral oder dezentral gelegen, sind von der deutschen Bevölkerung isoliert. Diese Situation fördert rassistische Ideologie.

Eine weitere Regierungspraxis sind regelmäßige und schnelle Abschiebungen in die Heimatländer, wo Verfolgung, Folter und selbst der Tod auf die abgeschobene Person warten. ...

Die Zukunft von Flüchtlingen in diesem Land ist noch trüber. Einige Politiker schlagen vor, Flüchtlinge in von Mauern umgebenen Unterbringungen zu halten, die die Flüchtlinge nicht verlassen dürfen und die niemand betreten darf, so daß es eine Unmöglichkeit ist, rechtlichen Rat zu bekommen. Nachdem die Entscheidung über das Asylverfahren gefallen ist, sollen die Flüchtlinge direkt in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Wir appellieren an alle Flüchtlinge und an alle demokratisch denkenden Menschen, sich an unserem Kampf gegen das faschistische Potential, sowie für unsere Menschenrechte und Anerkennung als Flüchtlinge zu beteiligen.

Wir Flüchtlinge sind das schwächste Glied in dieser Gesellschaft. Trotzdem glauben wir, ein Recht darauf zu haben, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden. In der Zukunft wird die Behandlung von Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland ein Test für diese Gesellschaft sein, ob sie aus ihrer Geschichte gelernt hat oder nicht.

Sofortige Aufnahmegarantie für alle Flüchtlinge, die vor rassistischen Angriffen geflohen sind !

Freie Wahl des Aufenthaltsorts !

Keine Zwangsverteilungen in die Ex-DDR !

Keine Abschiebungen !

***Wir fordern alle Flüchtlinge und andere Menschen dazu auf,
sich unserem Kampf gegen die rassistische Asylpolitik anzuschließen.***

3. Weitere Protest- und Solidaritätsaktionen

Demonstrationen in anderen Städten

- **27.9.91, Neustadt:** Über **1.000** Asylsuchende und Deutsche protestierten gegen die Asylpraxis, die "vom Prinzip der Abschreckung gekennzeichnet" ist.
(FR, 28.9.91)
- **29.9.91, Dresden:** Rund **1.000** Menschen demonstrierten gegen den wachsenden Rassismus. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den Opfern des Rassismus auf ihrem Protestzug durch die Stadt zu jener Stelle, wo vor einem halben Jahr der mosambikanische Arbeiter Jorge Joao Gomondai von Nazis tödlich mißhandelt wurde. Eine größere Gruppe von Nazis, die sich in der Nähe der Demonstration aufhielt, wurde erfolgreich vertrieben.
(TAZ, 1.10.91)
- **29.9.91, Bremen:** Unter der Losung: "Die Verantwortlichen für Hoyerswerda sitzen in Bonn" fanden zwei Demonstrationen gegen die Einschränkung des Asylrechts statt, an denen sich ca. **1.200** Menschen beteiligten. Eine davon war von Schülerinnen und Schülern initiiert.
(TAZ-Bremen, 9.10.91: Leserbrief zum TAZ-Bremen-Artikel vom 30.9.91)
- **29.9.91, Berlin:** Etwa **600** Menschen demonstrierten unter anderem mit der Losung: "Stoppt die Pogrome und ihre Hintermänner ...".
(Berliner Zeitung, 30.9.91)
- **2.10.91, Frankfurt:** Auf dem Römerberg nahmen ca. **6.000** Menschen an einer Kundgebung teil. Zuvor waren schon 300 Schülerinnen und Schüler protestierend durch die Stadt gezogen und hatten vor dem Büro der Bild-Zeitung eine Rede gegen deren Hetzkampagne abgehalten. Auf der Kundgebung wurde der Redebeitrag des GRÜNEN-Vertreters, Daniel Cohn-Bendit, von Teilnehmern massiv behindert. Nach der Kundgebung formierte sich spontan ein Demonstrationzug von 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sie zogen vor das Rundschau-Haus und das Büro der Bild-Zeitung, um dort ebenfalls gegen die rassistische Berichterstattung und Hetze zu protestieren.
(FR, 4.10.91)
- **3.10.91, Berlin:** Fast **10.000** Menschen demonstrierten gegen Rassismus. Am Abend ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas in Kreuzberg gegen 500 Demonstranten vor.
(SZ, 4.10.91)

DGB lehnt Großdemonstration ab

Der DGB-Vorsitzende, Heinz-Werner Meyer, rechtfertigte in einem TAZ-Interview die bewußt unterlassene Unterstützung des antirassistischen Kampfes und Protestes durch die Gewerkschaften in den Wochen nach Hoyerswerda:

taz: Herr Meyer, Sie haben die Überfälle auf Ausländer und Flüchtlinge als ein Pogrom bezeichnet, das sich ausbreitet wie eine Pest. Fallen Ihnen dazu Versäumnisse des DGB, der Gewerkschaften ein?

Meyer: *Gravierende Versäumnisse haben wir uns, so glaube ich, nicht vorzuwerfen.*

taz: In den letzten Wochen war die Stimme des DGB, war die Kraft der Gewerkschaften auf den Straßen kaum zu spüren. Haben Sie aus Furcht vor mangelndem Zulauf, so hat es der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe ausgedrückt, den Aufruf zur Großdemonstration unterlassen?

Meyer: *Ich würde nicht die Worte Hermann Rappes wählen, aber wir haben gegenwärtig auch unter den Arbeitnehmern in den Betrieben eine Stimmung, die nicht gerade das unterstützt, was ich als das würdevolle Miteinander bezeichnet habe. Das muß man ganz offen sagen.*

(TAZ, 11.10.91)

- **3.10.91, Hamburg:** Etwa **4.500** Menschen protestierten unter dem Motto: "Hurra Deutschland - nein danke" gegen Rassismus und gegen die in Hamburg stattfindende zentrale Feier zum "Tag der Einheit".
(SZ, 4.10.91)
- **3.10.91, Bremen:** Rund **1.000** vorallem junge Menschen demonstrierten auf Initiative der Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Hamburger Straße gegen die rassistischen Angriffe in Hoyerswerda. Da in der Nacht zuvor Nazis einen Brandanschlag auf ein Wohnheim für Asylsuchende in der Schwachhauser Heerstraße verübt hatten, wurde der Demonstrationzug spontan dorthin verlängert.
(TAZ-Bremen, 4.10.91)
- **3.10.91, Leipzig:** Ca. **1.500** Menschen gingen auf die Straße gegen Rassismus und "nationalen Größenwahn". Auf Transparenten war zu lesen "wir haben den Faschismus satt - Nazis raus aus unserer Stadt".
(SZ und FR, 4.10.91)

Die PDS in Hoyerswerda hetzt gegen den antinazistischen Protest und Widerstand

Die PDS in Hoyerswerda, die während der Pogromtage geschwiegen und dem Nazi-Terror zugesehen hatte sowie direkt danach die gemeinsame Stadtverordneten-Erklärung aller Parteien mitunterschrieb, gab am 1.10.91, eine Woche nach dem Pogrom, erstmals eine eigene öffentlich Erklärung ab. Sie wurde in allen Lokalzeitungen, teils gekürzt, abgedruckt:

- Der antinazistische Protest und Widerstand wird wiederholt durch Gleichsetzung mit dem Nazi-Terror diffamiert: "*Gewalt, ob von rechts oder von links*" bzw. "*Eskalation von ... Gewalt und Gegen-gewalt*"
- Als eine der Ursachen für den Terror gegen Nicht-deutsche wird die "verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung" benannt. Mit diesen Worten unterscheidet sich die PDS in nichts von den Äußerungen anderer bürgerlicher Parteien, die ebenfalls von "verfehlter Asylpolitik" sprechen und gleichzeitig die konsequente Abschiebung von Flüchtlingen sowie die Abschaffung des Asylrechts fordern. Ob die PDS unter "verfehlter Asylpolitik" etwas ganz anderes versteht als die übrigen bürgerlichen Parteien läßt sie offen. Es ist sicher kein Zufall, daß eine klare Position zur bisherigen und zukünftigen Asylpolitik in der Erklärung der PDS fehlt. Zumindest gibt es dafür Anhaltspunkte:

Presseerklärung

des Kreisvorstandes der PDS

Der Kreisvorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus in Hoyerswerda verurteilt auf das schärfste die in unserer Stadt vor sich gegangene Eskalation von Rassismus und Ausländerhaß, von Zerstörung, Gewalt und Gegen-gewalt. Die latente Ausländerfeindlichkeit, die sich in Hoyerswerda für den Osten der Bundesrepublik Deutschlands in einmaliger Weise gewaltsam Bahn gebrochen hat, ist ein Produkt der verfehlten Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung und der Sklavnbhaltermentalität der ehemaligen DDR-Regierung. Eine menschenwürdige Ausländer- und Flüchtlingspolitik gab es nicht in der Ex-DDR und sie gibt es nicht in der BRD. (...) Der Kreisvorstand der PDS Hoyerswerda wendet sich hiermit gegen jegliche Form von Gewalt, ob von rechts oder von links, die auf eine scheinbare Lösung der AusländerInnenproblematik gerichtet ist. Wir sind für eine wirkliche Integration und gegen eine Ghettoisierung von AusländerInnen. (...) Wir fordern den sächsischen Landtag auf, sofort und unter breiter Einbeziehung der BürgerInnen, über die Einwanderungs- und Asylpolitik im Freistaat Sachsen zu diskutieren und zu Entscheidungen zu kommen.
Kreisvorstand der PDS Hoyerswerda (gekürzt)

Wochenblatt 4.10.91

- Die PDS fordert für Sachsen eine Diskussion und Entscheidung zur Asylpolitik "unter breiter Einbeziehung der BürgerInnen". Angesichts der Tatsache, daß gerade in Hoyerswerda das 'Bürger-forum' eine wichtige Rolle bei der gezielten Vorbereitung des Pogroms spielte und sich auch an anderen Orten zunehmend rassistische Bürgerinitiativen bildeten, enthält dieser Vorschlag bereits das Zugeständnis an die herrschenden chauvinistischen Bedürfnisse.

- **5.10.91, München:** Ca. **3.500** Menschen protestierten gegen die Nazi-Angriffe und die bayerische Asylpolitik. Auf der Kundgebung am Odeonsplatz zerschlugen Antifaschisten einen Büchertisch der Republikaner. Während des Demonstrationszuges wurde ein Stand der "Patrioten für Deutschland" attackiert.
(SZ, 7.10.91)

Auch in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Göttingen und anderen Städten demonstrierten in der ersten Oktoberwoche mehrere Tausende von Menschen gegen den Nazi-Terror und die staatliche Asylpolitik.

(FR, 4.10.91; SZ, 7.10.91)

Ende September 1991: Antifaschisten beschützen bedrohte Asylunterkünfte

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen hatten dazu aufgerufen, zum Schutz der Bewohner von bedrohten Asylunterkünften Wachen aufzustellen. Bisher wurden rund 30 Wohnheime in Berlin mit "menschlichen Schutzschildern" bewacht, sagte Alisa Fuss von der internationalen Liga für Menschenrechte. Auch in anderen Städten wurde diesem Beispiel gefolgt.

(FR, 25.9.91)

Bürgerliche Medien von Junge Welt bis FAZ hetzen gegen die Protest- und Widerstandsaktionen antifaschistischer Kräfte in Hoyerswerda

Demagogische Gleichsetzung von ("linker") antifaschistischer und ("rechter") Nazi-Gewalt

Die Demonstration von ca. 4.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hoyerswerda, eine Woche nach dem Pogrom, wurde in der bürgerlichen Presse als reine Fortsetzung der Gewalt dargestellt:

"hat es dort am Sonntag ... erneut schwere Krawalle gegeben" (FR, 30.9.91)

"ist es dort am Sonntag - diesmal bei einer Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit - wieder zu Krawallen gekommen" (SZ, 30.9.91)

Durch verbale Wendungen wie "wieder" bzw. "erneute Krawalle" wurde diese berechnete Protestaktion mit den Pogrom-Ereignissen auf eine Stufe gestellt.

Erfolgte die Diffamierung des antinazistischen Protestes in der Berichterstattung von FR und SZ noch eher indirekt, so bezog ein Kommentator der **Süddeutschen Zeitung** in der Ausgabe zum "Tag der deutschen Einheit" am 3.10.91 ganz direkt und unverhohlen Stellung gegen Demonstrationen in Hoyerswerda:

Hoyerswerda – die letzte Rache an der DDR

Demonstrationen für Ausländer schaden dort, wo sie Trotz provozieren und Haß zementieren

Von Heribert Prantl

Diese Demonstrationen treiben die Menschen in Hoyerswerda noch weiter in die Enge, sie provozieren Trotz, zementieren den hilflosen Haß. Sie fördern auch nicht das Nachdenken, sondern fordern heraus zu einem unseligen jetzt erst recht. Wer zwanzig, dreißig Jahre lang in Hoyerswerda leben mußte, im Dreck der schwarzen Pumpe, in den Plattenburgen am Rande des Braunkohlenreviers, der will sich nicht demonstrativ erziehen lassen von interkulturell Bewegten aus Berlin oder gar aus dem Westen. Demonstrationen für Ausländer sind, vor allem im Westen, gut und wichtig – aber nicht in Hoyerswerda.

fen. Sie wollen verhindern, daß die Ausschreitungen vergessen werden. Sie wollen zeigen, daß es nicht nur den häßlichen Deutschen gibt. Das ist ehrenwert; und die gute Absicht wird auch nicht dadurch schlecht, daß sie von ein paar verummten Chaoten diskreditiert wird. Und trotzdem sind die Demonstrationen von Hoyerswerda falsch und schädlich. Das gilt auch dann, wenn es zu keinen Konflikten mit der Polizei kommt.

- Demonstrationen seien *"falsch und schädlich"*
- Sie *"fordern heraus zu einem unseligen jetzt erst recht."* - also zu weiteren Pogromen
- Demonstrationen sind *"im Westen gut und wichtig - aber nicht in Hoyerswerda."*

(SZ, 2/3.10.91)

In der **FAZ** vom 25.9.91, drei Tage nach dem Pogrom, wurde dem FAZ-Leser kommentarlos die Meinung eines Nazis aus Hoyerswerda, von dem es heißt: sein "Weltbild ... scheint typisch für viele Menschen hier in Hoyerswerda", nahegebracht. Bewußt verbreitete die FAZ so Sympathie für die Pogromtäter und Verunglimpfung antinazistischer Kräfte - als *"linke Mafia"* bezeichnet:

"Daß es vor allem die autonomen Chaoten aus Kreuzberg waren, die Gewalt nach Hoyerswerda brachten, ist für ihn und seine Freunde ausgemachte Sache".

(FAZ, 25.9.91)

September 1991, NRW: Widerstandsaktionen gegen die BILD-Hetzkampagne

In Nordrhein-Westfalen werden Plakatwände zerstört, auf denen die BILD-Hetze gegen die Asylsuchenden: "Asylanten: Wer soll das bezahlen?" abgebildet ist. SOS-Rassismus hatte dazu aufgerufen, die Hetzplakate zu überkleben.

(TAZ, 25.9.91)

Die "Junge Welt" steht dieser Hetze etablierter bürgerlicher Blätter in nichts nach

Sie verurteilte in einem Kommentar-Beitrag vom 1.10.91 die Antifa-Demonstration in Hoyerswerda und richtete sich vor allem gegen militantere Antifa-Kräfte aus Berlin:

- *"die Stadt ist längst zum Wallfahrtsort für militante Rechte und Linke geworden"*
- *"Die Autonomen konnten sich für das nächste Berliner Ereignis im Steine werfen üben"*
- *"Die Demonstranten waren eben 'linke Chaoten', die lieber in Kreuzberg bleiben sollten."*

Linke Gewalt wurde in der Jungen Welt nicht nur mit rechter Gewalt gleichgesetzt, sondern aus Sicht des "Hoyerswerdaer Normalbürger" als "fast noch schlimmer" dargestellt. Dieser deutsche "Normalbürger" wird angeblich zum doppelten „Opfer“ von Gewalt gemacht - erst durch das Pogrom, dann durch die berechtigten Proteste gegen das Pogrom:

JW · 1. Oktober 1991

D wie Deutschland

Seite 9

Immer wieder Hoyerswerda

Ehrlich betroffene Menschen versuchten in Hoyerswerda mit einer Anti-Rassismus-Demonstration Nachdenken auszulösen. Doch die Stadt ist längst zum Wallfahrtsort für militante Rechte und Linke geworden – und die Bevölkerung steht verständnislos zwischen den Fronten.

Die Autonomen haben ein neues Ausflugsziel: Hoyerswerda. Statt aktionslose Foren zum Thema Fremdenhaß zu veranstalten, wird nun Agitation vor Ort geprobt. – Man pilgert nach Sachsen, um den Hoyerswerdaern Anstand beizubringen. Und die Medien haben die schöne Gelegenheit, von schweren Krawallen, 60 zertrümmerten Autos und herausgerissenen Gehwegplatten zu berichten. Selbstverständlich ist es ungerecht, den Anspruch einer Demonstration von besorgten Bürgern ironisch ab-

zutun. Selbstverständlich gibt es nicht wenige, die die Ereignisse von Hoyerswerda tatsächlich tief erschütterten – unter ihnen auch etliche Hoyerswerdaer selbst. Und selbstverständlich ist es nötig und richtig, in der Stadt, aus der in den letzten Tagen fast ausschließlich pauschal negative Nachrichten kamen, auch deutlich andere Zeichen zu setzen.

Die Demonstranten, unter ihnen zahlreiche Autonome, waren in 61 Grüppchen aus ganz Deutschland nach Nord-sachsen gereist. Ausge-

nommen jene, die es mit einer friedlichen Demonstration wirklich ernst meinten – besorgte Ehepaare beispielsweise oder die Politikerinnen Jutta Dittfurth und Jutta Braband – ließ die Ausrüstung der anderen keinen Zweifel am Ablauf dieses Tages. Die Autonomen, größtenteils verummummt, waren mit der üblichen Kampfausrüstung versehen: Sprayflaschen, Eisenstangen und Leuchtpistolen. Doch auch der Bundesgrenzschutz hatte Wasserwerfer, fünf Hundertschaften und das sächsische Spezialeinsatzkommando mitgebracht. Und wie immer umkreisten Journalisten den Pulk wie Obstfliegen.

Unterm Strich hatten alle Seiten ihre Rolle gut gespielt. Die Polizei hatte wieder einmal willig den Gegner für die Autonomen abgegeben und sie mit der unsinnigen Straßensperrung auch noch so richtig aufgepeitscht. Die Autonomen konnten sich für das nächste Berliner Ereignis im Steinewerfen üben, und der Bundesgrenzschutz durfte seine Wasserwerfer ausprobieren.

Nur eines war diesmal anders: Es hatte Menschen gegeben, die wirklich demonstrieren wollten, und deren Anliegen ging unter. In den Medien blieb das Stichwort Krawalle übrig, und in den Köpfen der Hoyerswerdaer Zuschauer spielte sich ähnliches ab. Die Demonstranten waren eben

„Linke Chaoten“, die lieber in Kreuzberg bleiben sollten. Und die Argumente offenbar trotzkistisch angehauchter Agitationstruppen wie »Aber das Kapital kann die Krise nicht bewältigen«, verstörten die Einwohner eher. Das Ereignis hinterließ seine Spuren an den Balkons der Neubauwohnungen mit Graffiti-Lösungen wie: »Nazis raus«. Es hinterließ aufgerissene Plattenwege und eingeschlagene Autoscheiben. Es hinterließ vor allem ziemlich verständnislose Hoyerswerdaer Normalbürger, für die die »Chaoten aus Berlin« fast »noch schlimmer« waren als die Rechten vor einer Woche, die ihnen zumindest nicht die Balkonscheiben zertrümmerten. ...

Stop der Zwangsverteilungen von Flüchtlingen aus Berlin

Aufenthaltsgarantie in Berlin für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge

Waterloo-Ufer, Ausländerpolizei Berlin, Anfang Oktober 1991: 50 Flüchtlinge warten auf die Busse, die sie in eine ehemalige NVA-Einrichtung nach Eisenhüttenstadt, dem zentralen Sammellager für 600-800 Flüchtlinge in Brandenburg bringen sollen. Einige Flüchtlinge verweigern ihre Zwangsverteilung aus Angst vor rassistischen und faschistischen Angriffen und aufgrund fehlender Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Sie werden mit Handschellen in eine nahegelegene Polizeiwache abtransportiert. Nach einem Tag Gefangenschaft werden sie nach Eisenhüttenstadt verschleppt.

Dies ist nur ein Beispiel für die alltägliche staatliche Willkür und Repression, mit der Flüchtlinge in Deutschland konfrontiert sind. Für die meisten Menschen mit einem deutschen Paß und weißer Hautfarbe bleibt die tägliche Erniedrigung und Entrechtung der Flüchtlinge genauso unsichtbar, wie ihre Bedürfnisse, ihre Forderungen und ihr Widerstand.

Widerstand von Flüchtlingen gegen Zwangsverteilungen

Seit Anfang Dezember 1990, als die Zwangsverteilung von Flüchtlingen laut Einigungsvertrag auch in die neuen Bundesländer begann, hat der Widerstand der Flüchtlinge gegen diese Praxis massiv zugenommen.

Frankfurter Rundschau, 21.12.90: "105 von 150 Afrikanern und Indern hatten nach einem dreitägigen Aufenthalt in einer ehemaligen russischen Kaserne bei Halberstadt in Sachsen-Anhalt wegen der dort herrschenden, aus ihrer Sicht unhaltbaren Zustände, auf eigenen Faust den Zug bestiegen, und waren zurück zur hessischen Gemeinschaftsunterkunft nach Schwalbach (bei Frankfurt) gefahren."

Seitdem wehren sich Flüchtlinge in Schwalbach, u.a. mit Hungerstreiks und Sitzblockaden, gegen ihre Zwangsverteilung in die neuen Bundesländer. Täglich stehen 60-70 Flüchtlinge, die aus Heimen und Lagern in den neuen Bundesländern geflohen sind, vor dem Lager.

In Neumünster kämpft eine Gruppe von 70 Flüchtlingen seit dem 13.9.91 gegen ihre Zwangsverteilung. Nach einer sechswöchigen Kirchenbesetzung wurden die Flüchtlinge gezwungen, ihrer Zwangsverteilung nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zuzustimmen. Dort wurden sie nach nur einer Woche von ca. 200 Faschisten angegriffen. Die Flüchtlinge begannen daraufhin geschlossen ihre zweite Flucht nach Neumünster, wo sie weiterhin gegen eine erneute Zwangsverteilung Widerstand leisten.



Ebenso wie sich Flüchtlinge jetzt gegen ihre Zwangsverteilungen in die neuen Bundesländer wehren, haben sich Flüchtlinge seit Anfang der 80er Jahre immer gegen die Zwangsverteilungen sowie gegen ihre Kasernierung in westdeutschen Lagern und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit gewehrt. Diese rassistischen Maßnahmen wurden von der CDU/CSU-Regierung Anfang der 80er Jahre zur Repression und Abschreckung von Flüchtlingen eingeführt. So weigerten sich schon vor dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes viele Flüchtlinge, aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den alten Bundesländern in Bezug auf Unterbringung, Auslegung der Asylgesetzgebung und unterschiedliche Erlasse über Abschiebsstops, z.B. nach Bayern und Baden-Württemberg zwangsverteilt zu werden. Zwangsverteilung zerstört die sozialen Strukturen und Überlebenshilfen, die die Flüchtlinge nicht hundertprozentig an die Bedingungen der Lager, bzw. an die Willkür der deutschen Behörden ausliefern. Innerhalb dieser Strukturen unterstützen sie sich sowohl materiell als auch psychisch, erhalten sie wichtige Informationen und Hilfen für ihr weiteres Asylverfahren bis hin zu der Möglichkeit, auch "illegal" einige Zeit überleben zu können.

Schreibtischtäter morden mit

Seit Jahren betreibt die Bundesregierung eine permanente und intensive Volksverhetzung, um von den eigentlichen sozialen und politischen Problemen abzulenken und der Bevölkerung Flüchtlinge und ImmigrantInnen als "Sündenböcke" anzubieten. Hierbei stehen ihr alle Medien zur Verfügung, die dann die Parolen vom "vollen Boot", von "Asylantenschwemme", "Flüchtlingsflut", "Wirtschaftsflüchtlingen" und "Schelnasylanten", von "Terroristen" und "Drogenhändlern" weiterverbreiten.

Das hört sich im Originalton dann z.B. so an: "Die Buschtrommeln sollen es bis in die entlegensten Winkel Afrikas verkünden, daß es sich nicht lohnt, in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen". (Lothar Späth, ehemaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg)



Diese Saat ist in der Bevölkerung aufgegangen. Die Angriffe auf Flüchtlinge sind nicht neu und finden nicht erst seit der Einheit Deutschlands statt. Schon in den Asyldebatten 1980 und 1986 war der Zusammenhang zwischen staatlicher Hetze und rassistischen Angriffen offensichtlich. So wurden im Sommer 1986 nach monatelangen Asyldebatten u.a. in Berlin Zelt- und Containerlager errichtet, die dann Ziele von faschistischen Angriffen waren.

Die rassistische Asylpolitik, demagogische Politiker und Medienhetze setzen das Leben von Flüchtlinge und ImmigrantInnen bewußt aufs Spiel - allein in Berlin sind in den letzten neun Monaten sieben Flüchtlinge und ImmigrantInnen bei faschistischen Angriffen ermordet worden.

Eine größere Gruppe von Flüchtlingen aus Hoyerswerda entschloß sich nach den Pogromen Ende September zur Flucht nach Berlin. In Berlin kämpften die Flüchtlinge erfolgreich für ihr Aufenthaltsrecht und gegen eine erneute Zwangsverteilung - sowohl in die neuen als auch in die alten Bundesländer.

Selt dem 24.10.91 hält eine ständig wachsende Gruppe von inzwischen 80 Flüchtlingen Räume der Technischen Universität in Berlin besetzt, um ihren Widerstand gegen ihre Zwangsverteilung öffentlich sichtbar zu machen, und für eine Aufenthaltsgarantie für alle Flüchtlinge in Berlin zu kämpfen.

Schon am 8.3.91 forderte Magdeburgs Oberbürgermeister und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, Willi Polte, - laut Frankfurter Rundschau vom 9.3.91 - die Zuweisung von Asylbewerbern in die neuen Bundesländer sofort auszusetzen. (...) Derzeit seien hierfür weder die verwaltungstechnischen Grundlagen, noch eine juristische Betreuung der Flüchtlinge gewährleistet.

In den Berichten der aus den neuen Bundesländern nach Berlin geflohenen Flüchtlinge (Doppelflüchtlinge), betonen die Flüchtlinge zum einen die Angst um ihr Leben aufgrund rassistischer und faschistischer Angriffe. Zum anderen beschreiben sie die fehlende Infrastruktur. Im Unterschied zu den alten Bundesländern werden die meisten Flüchtlinge in den neuen Bundesländern in ehemaligen militärischen Einrichtungen und Kasernen, wie in Eisenhüttenstadt, untergebracht, die sich oft außerhalb und in großer Entfernung von Ortschaften befinden. Diese Lage begünstigt Angriffe und führt zu sozialer Isolation der Flüchtlinge.

Eine Gruppe von acht Bengalen berichtet aus Eisenhüttenstadt: "Wir verlassen fast nie das Lager, nur zum Einkaufen und um zur Post zu gehen. In den Läden werden wir von Kindern mit Coladosen beworfen; die Leute starren uns an; wir werden wie Tiere behandelt. Kinder machen Drohungen mit Zeichensprache, z.B. Kehle durchschneiden."

Ein Mann aus Äthiopien erzählt aus Meißen:

"Noch bevor ich von Chemnitz nach Meißen verteilt wurde, sagten mir Leute, daß Meißen keine gute Stadt sei. Wegen meiner Hautfarbe rieten mir Leute, überhaupt nicht in die Stadt zu gehen. Bis ich nach Berlin geflohen bin, habe ich das Lager nie verlassen."

Das Containerlager in Meißen liegt weit außerhalb der Stadt in einem Waldstück mit nur einer Zufahrtsstraße. Nach 16:00 Uhr verläßt der deutsche Heimleiter das Lager; Schutz und öffentliche Telefonzellen existieren nicht. Bei einem faschistischen Angriff auf das Containerlager verbrannte der größte Teil des Eigentums der 40 dort lebenden Flüchtlinge.

Die Lager aus Angst vor Angriffen nicht verlassen zu können, bedeutet für die Flüchtlinge z.B., daß sie keine Sprachkurse außerhalb der Lager besuchen können - selbst wenn es sie gäbe. Kindern ist der Schulbesuch unmöglich gemacht. Außerhalb der Lager gibt es keine Möglichkeit der freien Religionsausübung - in Hoyerswerda wurden Flüchtlinge z.B. nach einem Gottesdienstbesuch angegriffen. Der gleichen Gefahr sind Flüchtlinge auf ihren kilometerweiten Wegen zur nächsten öffentlichen Telefonzelle ausgesetzt.

Auch die medizinische Versorgung ist in den meisten Lagern nicht gewährleistet. Flüchtlinge, die medizinische Betreuung außerhalb der Lager benötigen, werden von Ärzten und Krankenhäusern abgewiesen. Eine schwangere Frau berichtet aus Eisenhüttenstadt, daß ein Arzt sie dort mit den Worten, "in dieser Stadt werden keine Neger geboren", zur Abtreibung zwingen wollte, und ihr medizinische Betreuung verweigerte.

Die Grundvoraussetzungen für die Durchführung ihrer Asylverfahren sind für die Flüchtlinge in den neuen Bundesländern nicht vorhanden. Sofern es in der Nähe der Lager überhaupt RechtsanwältInnen gibt, kennen sich diese im bundesdeutschen Asylverfahren nicht aus, weil die ex-DDR keine derartige Gesetzgebung hatte. Im Gegensatz zu vielen Städten in den alten Bundesländern, gibt es in den neuen Bundesländern keine Beratungsstellen, in denen Flüchtlinge juristische und psycho-soziale Beratung und Unterstützung erhalten. DolmetscherInnen stehen oft noch nicht einmal bei den Asylverfahrensanhörungen zur Verfügung und fehlen im Lageralltag vollständig.

Da sie keinerlei Bewegungsmöglichkeiten außerhalb der Lager haben, sind die Flüchtlinge vollständig auf die Bedingungen in den Lagern und die staatliche Willkür zurückgeworfen.

Die Stigmatisierung von Flüchtlingen beginnt schon in dem Moment, in dem Flüchtlinge einen Asylantrag stellen und im Zentralregister des Bundeskriminalamts mit allen persönlichen Daten, einschließlich Fotos und Fingerabdrücken gespeichert sind.

Die Zwangsverteilung, Kasernierung und die neuesten Pläne zur Internierung von Flüchtlingen in den geplanten Massensammellagern sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil rassistischer Asyl- und Ausgrenzungspolitik.

"Erst die Zwangseinweisung in Lager macht die geringe Zahl der Flüchtlinge als große Menge sichtbar; macht somit eine statistisch geringe Größe unter dem Brennglas der Lagerhaltung zu einem Argument in der Propagandallinie der Reaktionäre und Faschisten. Diese wettern dann unter dem Stichwort "Überfremdung" und "Deutschland den Deutschen". So ist gerade die Strategie der Errichtung von vielen kleinen Lagern in kleinen Gemeinden zu erklären." (aus "Nachtmusik für Schreibtischtäter")

Diese Lager dienen den Faschisten als bevorzugte Angriffsziele. Diese Tatsache geht u.a. aus einer Dokumentation auf der Grundlage von dpa-Meldungen der letzten 22 Monate über rassistische und faschistische Angriffe auf Flüchtlingsheime und -lager, in der 259 Angriffe dokumentiert sind, hervor. Des weiteren wird deutlich, daß in den neuen Bundesländern nicht wesentlich mehr Angriffe als in den alten Bundesländern stattfinden. Die Zahl der Angriffe steigt ständig - so berichtete das ZDF am 9.10.91 von 500 Angriffen auf Flüchtlinge und MigrantInnen seit der Evakuierung aller Flüchtlinge aus Hoyerswerda Ende September 1991.

Es reicht daher nicht aus, eine Aufenthaltsgarantie für alle Flüchtlinge, die vor faschistischen Angriffen nach Berlin fliehen, zu fordern. Denn mit dieser Aufnahmegarantie verändert sich die Politik der Zwangsverteilungen nicht, die die Flüchtlinge den rassistischen und faschistischen Angriffen aussetzt. Deshalb fordern wir einen sofortigen Stop aller Zwangsverteilungen aus Berlin sowie ein uneingeschränktes Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge.

Stop der Zwangsverteilungen aus Berlin !

Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge !

Bleiberecht für Alle !

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen !

Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe !

Keine Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern !

Keine Abschiebungen !

**Weg mit den Sondergesetzen für ImmigrantInnen und
Flüchtlinge !**

Keinen Fußbreit den Faschisten !

Spendenkonto: Antirassistische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto-Nr. 303 96 00

Stichwort: "Bleiberecht"

Sonderkonto T. Lehmann, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10, Kto-Nr. 198-100, Stichwort: "Bleiberecht"

Antirassistisches Zentrum c/o AStA der TU Berlin, Marchstr. 6.
1000 Berlin 10, Tel. 030/314 21041

visdP: B. Leiberecht, Streitstr. 11, 1000 Berlin 10

Nazis fühlen sich gestärkt - ihr Terror in Hoyerswerda geht weiter !

Nach dem Pogrom: Die Naziführer sind ermutigt und feiern begeistert ihren Sieg

- Der westdeutsche Nazi Heinz Reisz aus Langen (Hessen) meinte nach der Vertreibung der Asyl-suchenden und Arbeiter aus verschiedenen Ländern:
"Ich hoffe, daß der Funke jetzt in Gesamtdeutschland zündet."
und man sollte den
"Jungs, die in Hoyerswerda gekämpft haben, das Bundesverdienstkreuz verleihen"
- Der Nazi Christian Worch (Hamburger "Nationale Liste") freute sich über das "Verständnis", welches die Nazis in Hoyerswerda fanden. Jetzt sei es "ja nicht weit" bis zur Sympathie.
- Der Nazi Gottfried Küssel aus Wien, Chef der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Oppositi-on" (VAPO), konstatierte erfreut, daß die Nazis von Hoyerswerda "profitieren".
- Die Nazi-Organisation "Deutsche Alternative" veranstaltete ihren sächsischen Parteitag, am 16.11.91, in Hoyerswerda - dem Ort eines deutlichen Sieges für die Nazis.

(TAZ, 26.9.91; antifa-info Nr.16/1991)

1. Weitere Nazi-Morde

Oktober 1992: Nazi aus Hoyerswerda ermordet Waltraud Scheffler

Am 10.Oktober 1992 traf sich der Jung-Nazi André aus Hoyerswerda mit ca. 15 anderen Nazis vor der Discothek "Gruppenlampe" in Geierswalde (in der Nähe von Hoyerswerda). Sie brüllten u.a. "Sieg Heil!", "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus". Als die Disco-Besucher den Na-ziparolen entgegenschrien, griffen die Nazis an. Waltraud Scheffler wollte den lattenschwingenden André aufhalten, doch dieser schlug auf sie ein. Am 23.10.92 starb Waltraud Scheffler an den Fol-gen dieser Verletzungen. Der Jung-Nazi wurde zwar festgenommen, bekam aber lediglich vier Jahre und sechs Monate Jugendstrafe für "schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung mit Todesfol-ge und Verwenden von Zeichen verfassungswidriger Organisationen". In der Untersuchungshaft ließ er sich Hakenkreuze auf Brust und Oberarme tätowieren.

(TAZ, 6.9.93)

Februar 1993: Die Nazis morden - Mike Zerna starb an den Folgen eines Naziüberfalls

Unter dem Vorwand , daß Gäste des 'linken' Jugendclubs "Nachtasyl" die Heckscheibe ihres Trab-bis eingeschlagen hätten, überfiel am 19.Februar 1993 eine Gruppe von 12 Nazis diesen Club. Die Antinazis verwehrten zu Recht den Rassisten den Zutritt in ihre Räumlichkeiten. Als es den Nazis doch gelang ins "Nachtasyl" zu kommen, schleppten sie Gäste an den Haaren aus der Kneipe nach draußen und verprügelten sie. Mike Zerna, ein Fahrer der Metal-Band, die dort spielte, wurde zu-sammengeschlagen. Danach kippten die Nazis ein Auto auf ihn. Eine ganze Stunde lag Mike Zerna unter dem Auto begraben, bis dann erst Polizei und Krankenwagen kamen. Wie so üblich in Hoy-erswerda, verfolgte die Polizei die Nazis in dieser Nacht nicht. Auch am nächsten Tag nahmen sie nur einen einzigen Mann fest. Es war Peter A., der im September 1991 das Pogrom mit angezettelt hatte und nach drei Monaten Untersuchungshaft angeblich mangels konkreter Beweise ohne Strafe davonkam. Peter A. erhängte sich nach dieser erneuten Festnahme am nächsten Tag in seiner Zelle. Einige Tage später starb der schwerverletzte Mike Zerna an den Folgen des Naziüberfalls. Jetzt erst ermittelte der Staatsanwalt. Aber für ihn ist klar: "daß hier keine politisch motivierte Tat vorliegt." Als Anführer dieses Naziüberfalls stellte sich Hans-Michael P. heraus, welcher ebenfalls am Po-grom im September 1991 führend beteiligt war und nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden war.

(TAZ, 1.3.93 und 15.4.94 und 9.7.94)

2. Weiterer Nazi-Terror

November 1991: Vietnamesischer Händler wird überfallen

Ende November 1991 überfielen zwei rassistische Skins auf dem Lausitzer Platz einen vietnamesischen Händler. Die Nazis verlangten Schutzgeld. "Als der Mann nicht sofort zahlte, klauten sie ihm die Tageskasse und schlugen ihn zu Boden." Die umstehenden Marktbesucher halfen dem Händler nicht und schauten nur zu. Die Täter konnten so entkommen.

"Auf den Überfall angesprochen, sagen die Skins in der Stadthalle, sie seien es nicht gewesen: 'Aber warum regen sich alle darüber auf? Wir sind doch nicht die Mafia, wenn wir mal zehn Mark abholen wollen.'"

(TAZ, 6.12.91)

November 1991: Bürgerinitiative "Gegen den Terror von rechts" wird Ziel der Nazis

Zweimal im November 1991 überfielen 30-40 rassistische Skins den Jugendklub "Der Laden" in der Hufelandstraße. Die Nazis sprühten Tränengas, droschen mit Baseballkeulen auf die Besucher ein und zertrümmerten das Mobilar. Unter dem Vorwand, daß "nur zwei Einsatzwagen zur Verfügung standen", kam wie zu erwarten die örtliche Polizei zu spät.

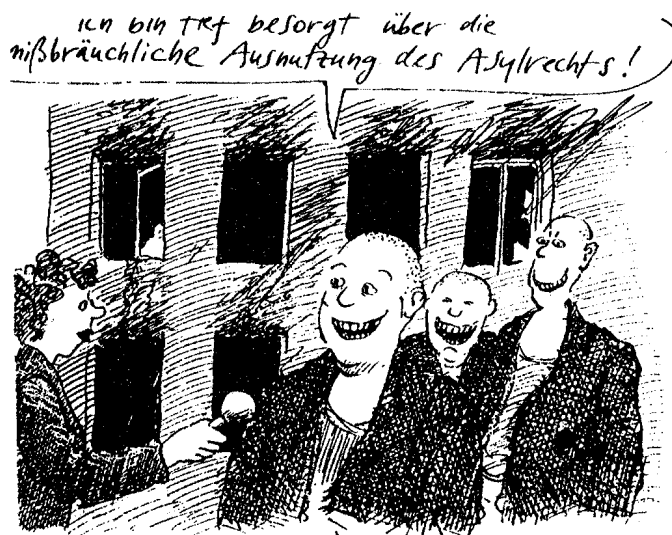
Medien geben Nazis mehr Raum:

Nazis kündigen ihren nächsten Überfall im Fernsehen an

Weitere Informationen gab die Sendung Monitor. Hier kündigten jugendliche Rassisten sogar vor laufender Kamera an, in einigen Wochen zum zweiten Mal gegen die Bewohner des örtlichen Ausländerheim in Karlsruhe vorzugehen. "Sie gaben bekannt sich regelmäßig zu treffen. Auf die Bemerkung der Reporterin, es könne bei solchen Anschlägen doch Tote geben, antwortete eine Jugendliche: 'Ja und?'. Auf die Frage einer Korrespondentin an Bundesanwalt Stahl, ob er hier auch keinen Ermittlungsansatz sehe, antwortete dieser:

"Ich habe diese Sendung nicht gesehen. Aber sie sagen selbst, es waren Jugendliche, die sich öfter treffen; eine Jugendgang ist noch keine terroristische Vereinigung..."

(FR, 18.10.91)



Der Sozialdezernent Martin Schmidt nahm dann auch noch die Nazis in Schutz. In einer Diskussion sagte er: "es ist bedenklich, wenn sich die einen aus dem Klub herausgedrängt fühlten." Obwohl in Hoyerswerda bekannt ist, daß die Nazis ungehindert anonyme Briefe an antinazistische Gäste des Klubs schickten, Morddrohungen:

"Wenn du nicht totgeschlagen werden willst, ... mach einen großen Bogen um den Laden.. Wir wissen deine Adresse."

(TAZ, 6.12.91)

Einige Jugendliche der "Antifa-Gruppe" wurden Nachts auf der Straße von diesen Nazis überfallen.

(TAZ, 6.12.91)

September 1992: Brandanschlag auf ein vietnamesisches Wohnheim

Nazis warfen Brandsätze in ein von etwa 70 vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter bewohntes Heim bei Hoyerswerda. Zwei Zimmer brannten völlig aus. Eine Bewohnerin wurde verletzt.
(TAZ, 7.9.92)

Hoyerswerda in Mannheim ?

Mai/Juni 1992



Dokumentation

Eine Broschüre zum
Pogrom in Mannheim-Schönau im Juni 1992

Von der ANTIFA SW29 in Berlin, hrsg.:1992

Eine prinzipielle Stellungnahme
zu der Völkerwanderung

**Das imperialistische System
ist die Ursache der
„modernen Völkerwanderung“**

Eine 12-seitige Broschüre des Buchladen Dimitroff



Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus

Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der "modernen Völkerwanderung"!

Deutsche Zustände: Abschiebung von politisch Verfolgten an den Grenzen, Einpflegen von Asylsuchenden in Lager, Brandanschläge auf "Asylantenheime", Ausbeutung und Knechtung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, "Bürgerinitiativen" und "Bürgerwehren" gegen "Überfremdung", pogromartige Überfälle auf Asylsuchende, auf Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern. Deutscher Chauvinismus und Rassismus, die ungebrochene Tradition des Nazi-Faschismus tragen ihre giftigen Früchte!

Es ist den west/deutschen Imperialisten unbestreitbar gelungen, das Gift des deutschen Chauvinismus, des Rassismus und der Überheblichkeit in die Köpfe breiter Kreise der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland einzupflanzen. Dieses Gift dient ihnen dazu, die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, durch die Schaffung von "Sündenböcken" von den wahren Schuldigen für Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Verelendung, Hunger, Not und Kriegen abzulenken. Und der west/deutsche Imperialismus selbst ist es, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, daß so viele Menschen Schutz vor politischer Verfolgung zu suchen oder um ihren einzigen "Besitz", die Ware Arbeitskraft, zu Märkte zu tragen, um sich selbst und ihre Familien vor dem Verhungern zu bewahren!

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit in Osteuropa und der Sowjetunion, aber auch in anderen Ländern Europas ist der Beginn einer Hunderttausende von Arbeitssuchenden umfassenden Völkerwanderung in der Tat im Gange. Eine Völkerwanderung von Menschen, die nach den kapitalistischen Gesetzen der "Marktwirtschaft", sprich: nach den Gesetzen des Profits, nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, ihr Zuhause

Kamen in den 60er und 70er Jahren die "angeworbenen" Arbeitskräfte vor allem aus Süd- und Südosteuropa und der Türkei nach Westdeutschland, so ist jetzt eine verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, aber auch aus Asien und Afrika zu beobachten.

Diese Erscheinungen der Völkerwanderung nutzen die west/deutschen Imperialisten bewußt:

- Sie schaffen eine industrielle Reservearmee, ein Heer "arbeitswilliger" Arbeitskräfte, die gezwungen sind, sich für Hungerlöhne und unter miserabelsten Bedingungen zu verkaufen. Mit

dem Hinweis auf dieses "Potential" versuchen die Kapitalisten, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

- Schließlich schüren die west/deutschen Imperialisten Nationalismus und Chauvinismus, hetzen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedensten Ländern gegeneinander auf, um nach dem alten Motto aller Unterdrückter und Ausbeuter "Teile und herrsche!" ihre Herrschaft zu sichern.



"Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen" (LENIN)

Doch die Erscheinung der "modernen Völkerwanderung" ist nicht neu. Wir können auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zurückgreifen, können daraus lernen, wie gegen die Imperialisten und Opportunisten in dieser Frage zu kämpfen ist!

Lenin schrieb in seiner Schrift "Kapitalismus und Arbeiterimmigration" schon 1913, daß es gar keinem Zweifel unterliegt, daß nur

"äußerstes Elend die Menschen veranlaßt, die Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten."
(Lenin, "Kapitalismus und Arbeiterimmigration", 1913, Werke Band 19, S. 447)

Und:

"Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und lokalen Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst (russisches Längemaß, AdV) weit verschlagen."
(ebenda)

In seinem grundlegenden Werk über den Imperialismus schrieb Lenin, daß entsprechend dem neuen Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus, sich auch das Problem der Völkerwanderung verstärkte:

"Zu den mit dem geschilderten Erscheinungskomplex (dem Parasitismus, AdV) verknüpften Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischsten Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedelung) in diese Länder aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen."

(Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", 1916, Werke Band 22, S. 287)

Lenin stellte klar, daß diese moderne Völkerwanderung nicht nur zwangsläufige Folge des Imperialismus ist, sondern auch große Chancen und Aufgaben im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt bietet. Er führte aus:

"Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Mühseligkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt."
(...)

Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der andern auf und sucht sie zu trennen. Die klassenbewußten Arbeiter, die begreifen, daß die Zerstörung aller nationalen

Schranken durch den Kapitalismus unumgänglich und fortschrittlich ist, bemühen sich, die Aufklärung und Organisierung ihrer Genossen aus den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen.“ (Lenin, „Kapitalismus und Arbeiterimmigration“, a.a.O., S. 447 und 450)

Von entscheidender Bedeutung war der Kampf von Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1907 auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart (siehe Lenin-Werke Band 13, S. 71 und 81), auf dem einige beschränkte Nationalisten gar das Verbot der Einwanderung aus rückständigeren Ländern, damals vor allem aus China, forderten. Diese spießbürgerlichen, reaktionär-nationalistischen Absichten erhielten eine Abfuhr. Lenin bemerkte zu Recht:

„Das ist derselbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger 'zivilisierter' Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen.“ (Lenin, „Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart“, 1907, Werke Band 13, S. 71)

Der „Internationale Sozialistenkongreß“ von 1907 lehnte in seiner Resolution eine von den Opportunisten geforderte Begrenzung der Einwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern in die industrialisierten Länder als „von Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung“ ab:

„Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.“

Der Kongreß vernahm ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterschaft etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten ...“

(„Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart 1907“, Protokoll, Berlin, 1907, Nachdruck, Stuttgart 1977, S. 58)

Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kämpften gegen die opportunistischen Reaktionäre, die versuchten, Arbeitsmöglichkeiten für Japaner und Chinesen zu beschränken und dabei damit „argumentierten“, daß diese Arbeiter ja so rückständig und unentwickelt seien. Lenin charakterisierte diese Leute und die eigentlichen Aufgaben folgendermaßen:

„Der Geist zünftlich beschränkter Abgeschlossenheit, trade-unionistischer Exklusivität war bei solchen Leuten stärker als das Bewußtsein der sozialistischen Aufgaben: Aufklärung und Organisierung der von der Arbeiterbewegung noch nicht erfaßten Schichten des Proletariats.“ (ebenda, S. 81)

Für die Anwendung der proletarisch-internationalistischen Linie auch in der deutschen Sozialdemokratie kämpfte Karl Liebknecht auf dem Parteitag der SPD 1907:

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Ausführungen über die Frage der Ein- und Auswanderung zu machen, die in der Diskussion etwas kurz weggekommen ist. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die eminente Wichtigkeit dieser Frage lenken. Ich habe viel Gelegenheit, die Misere der Einwanderer in Deutschland und insbesondere ihre Abhängigkeit von der Polizei zu beobachten, und ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Leute zu kämpfen haben. Ihre Vogelfreiheit sollte gerade uns deutsche Sozialdemokraten besonders veranlassen, uns mit der Regelung des Fremdenrechtes, besonders der Beseitigung der Ausweisungsschmach, schleunigst und energisch zu beschäftigen. Es ist ja bekannt, daß die gewerkschaftlich organisierten Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden.

(...)

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses bestimmt auch über unsere Stellung zur Ausweisungsfrage; darauf sei hier nachdrücklich hingewiesen. Sie enthält unter Ziffer 3 des Minimumprogramms die Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen. Hierzu war von Ungarn ein Zusatzantrag gestellt, wonach die Ausweisung den Garantien einer gerichtlichen Entscheidung unterworfen werden sollte. Dieser Antrag wurde zurückgezogen, nachdem Über einstimmung darüber erzielt war, daß durch die erwähnte Ziffer 3 die Beseitigung des gesamten Ausweisungsrechtes gefordert sei. Die Kongressresolution fordert also die völlige Gleichstellung

der Ausländer mit den Inländern auch in bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande, Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung.“

(Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“, Diskussionsrede in der Debatte über den Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart“, 1907, zitiert nach: „Gesammelte Reden und Schriften“, Band II, Berlin(DDR), 1985, S. 72 - 73)

Einige Jahre später bekämpfte Lenin die opportunistischen Führer der sozialistischen Partei Amerikas, die entgegen den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz Beschränkungen für die Einwanderung von Arbeitskräften aus anderen Ländern forderten:

☆☆☆

Die pseudolinke Variante des Chauvinismus bekämpfen!

Angesichts der Massenauswanderung aus den Ländern Osteuropas ist auch unter sich selbst als „links“ verstehenden Gruppierungen der Trick weit verbreitet, die arbeitssuchenden Massen aus diesen Ländern an den eigenen, angeblich so fortschrittlichen politischen Positionen zu messen, um sie dann abzulehnen und „zum Teufel“ zu wünschen.

Daß aus den Ländern Osteuropas nach vielen Jahrzehnten pseudosozialistischer Mißwirtschaft und dem Ausverkauf wesentlicher Wirtschaftszweige an die „klassisch“ kapitalistischen Länder des Westens, angesichts des moralischen Zerfalls jener Parteien, die sich „kommunistisch“ nannten, deren Funktionäre aber wie die alten Ausbeuter als neue Ausbeuter am Ruder des Staatsapparats den Werktätigen im Nacken saßen, nun nicht gerade revolutionäre, kommunistische Kräfte auswandern, sondern sehr oft völlig desorientierte, antikommunistisch eingestellte, nur noch an der Sicherung eines gewissen Existenzminimums interessierte, oft schon lange aus der Produktion ausgeschiedene Werktätige, sollte nun nicht gerade verwundern.

Klar ist auch, daß die west/deutsche Bourgeoisie diese breiten Massen mit oft antikommunistischem Grundtenor versucht, als Reserve für faschistische Aktivitäten zu mobilisieren und Versuche starten, sie als Lohndrücker und Streikbre-

dem forderten:

„Wir denken, daß niemand Internationalist sein und zugleich für derartige Beschränkungen eintreten kann.“

(Lenin, „An den Sekretär der 'Liga für sozialistische Propaganda', 1915, Werke Band 21, S. 435)

Damit hat uns Lenin den Weg gewiesen, wie wir korrekt der rassistischen und chauvinistischen Hetze der Bourgeoisie entgegenreten, wie wir den Kampf gegen die Verhetzung der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland führen müssen.

☆☆☆

schere einzusetzen. (Dabei spielt die revanchistische Ideologie des sogenannten „Deutschstämigen“ eine Rolle, eine absurde Geschichte, wobei jemand mit Hilfe des Wehrmachts- oder SS-Ausweises seines Großvaters sein „Deutsch-Sein“ nachweisen kann, auch wenn er selbst längst als Pole oder Sowjetbürger fern jeglicher „deutschen Tradition“ gelebt hat.)

Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien sind im Vergleich mit Westdeutschland industriell zu meist doch sehr rückständige Länder, sie bluten in der aktuellen Situation regelrecht aus, und eine „Rette-sich-wer-kann-Stimmung“ greift um sich. Die reaktionärsten nationalistischen Schaffmacher treiben heute dort ihr Spiel, in Jugoslawien ebenso wie in der Sowjetunion, in Rumänien und in Ungarn.

In dieser Atmosphäre trumpfen die westdeutschen Gewerkschaftsbözen, die Arbeiteraristokraten, also die besser bezahlte und bestechende Oberschicht der Arbeiterklasse, auf. Wares schon immer ihr Credo, Überheblichkeit gegenüber den Arbeiterinnen und Arbeitern aus ökonomisch rückständigen Ländern zu predigen, so präsentieren sie sich jetzt ganz groß als Interessensvertreter der „Deutschen“, in einem Jargon, der sich ähnlich vor über 50 Jahren bereits gegen andere Völker und alles angeblich „Undeutsche“ richtete - wir ersparen uns hier das faschistoide ABC dieser Damen und Herren.

Hier gilt es, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, die schon seit

längerem in Westdeutschland leben und arbeiten, die eine feste Basis für den Kampf gegen den Chauvinismus darstellen, anzutreten, die arbeitarristokratischen verspießerten Interessensvertreter des west/deutschen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen und eine gemeinsame internationalistische Front mit den neunkommenden Arbeitssuchenden zu schmieden.

Angeichts der Tatsache, daß Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern, etwa aus der Türkei, oft bei betrieblichen Auseinandersetzungen, im Streikkampf, bei Demonstrationen an vorderster Front stehen, ist nationalistische Überheblichkeit ihnen gegenüber besonders absurd. (Klar, daß auch im Falle, daß es einmal in einem Kampf anders ist, jeglicher nationaler Hochmut der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter abzulehnen ist.)

Wenn nun in den letzten Monaten verstärkt Arbeiterinnen und Arbeiter aus Ländern nach Westdeutschland kommen (vor allem aus Osteuropa), in denen die Kämpfe der Arbeiterklasse nicht so entwickelt sind wie etwa in der Türkei, ja eigene Erfahrungen in Kämpfen selbst für gewerkschaftlich-ökonomische Forderungen eher die Ausnahme darstellen, dann ist dies noch lange kein Grund für Überheblichkeit.

Gänzlich arrogant ist jedoch die Vorstellung, daß die Zuwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern vor allem aus osteuropäischen Ländern nun eine im großen und ganzen "klassenkämpferische Arbeiterbewegung in Westdeutschland" niethermachen würde. Die Realität ist nämlich, und das weiß niemand besser als die wenigen, aber um so wichtigeren wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in den Betrieben, daß es eine solche im Kampf erprobt "klassenkämpferische Arbeiterbewegung" in Westdeutschland heute nicht gibt.

Wahr ist lediglich, daß - anders als durch die Zuwanderung der zum Teil sehr kampfbereiten Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei - durch die Zuwanderung von Arbeiterinnen und Arbeitern etwa aus Polen, Ungarn oder Rumänien im Augenblick sich nicht unmittelbar neue kämpferische oder gar revolutionäre Kräfte in den Betrieben entfalten.

Was bleibt zu tun? Weiter die revolutionären Kräfte in den einzelnen Betrieben zusammen-

schließen, auch an kleinen und scheinbar unbedeutenden Fragen den Kampf gegen das Kapital führen, die Idee der Solidarität entwickeln und entfalten, aufklären, diskutieren, organisieren - im Kampf gegen alle reaktionären Ideen und jegliche deutsch-nationalistische Überheblichkeit. Der Grundgedanke der proletarisch-internationalistischen Solidarität, die Idee des Zusammenschlusses über die Grenzen der Nationalität hinweg, muß bei diesen Kämpfen im Vordergrund stehen.

Aus den Betrieben selbst muß die Initiative im Kampf gegen nationalistische und rassistische Hetze kommen!

In jedem Betrieb findet tagtäglich die Auseinandersetzung über alle angeschnittenen Fragen statt:

Nicht nur infolge der Hetze der BILD- und anderer Zeitungen, der Hetze von Rundfunk und Fernsehen, sondern auch im Zusammenhang mit den tatsächlich mal mehr, mal weniger schwellenden Konflikten zwischen westdeutschen Kolleginnen und Kollegen und denen aus anderen Ländern muß der Kampf gegen deutsch-chauvinistische Vorurteile geführt werden.

Die Haltung in all diesen Fragen ist gewissermaßen ein **Prüfstein**, wie weit die deutschen Kolleginnen und Kollegen noch voll und ganz in den ideologischen Fängen der west/deutschen Bourgeoisie hängen, oder inwieweit sie bereits gefühlsmäßig und durch ihr tagtägliches Verhalten die Idee der Solidarität und des Zusammenschlusses über die Grenzen der Nationalität hinweg verbreiten, ihr zum Durchbruch verhelfen.

Ganz besondere Bedeutung hat dabei die Erfahrung des **gemeinsamen Kampfes** im kleinen, wie im großen. Dort, wo in den Betrieben schon **Streiks** durchgeführt wurden, ist die Idee der Überwindung des Nationalismus und Rassismus, die Idee des gemeinsamen Kampfes und des proletarischen Internationalismus oft schon im Keim angelegt. Dort beginnt sich manchmal schon die Erkenntnis durchzusetzen, daß es **gemeinsam** gilt, über Tagesziele hinaus, die Grundfesten des gan-

zen Systems des Kapitalismus zu erschüttern, das System des Imperialismus zu stürzen.

Es ist auch leicht zu verstehen, daß Kolleginnen und Kollegen beispielsweise aus der Türkei, die wissen und oftmals am eigenen Leib erfahren haben, was politische Unterdrückung in ihrem Heimatland bedeutet, klarer und rascher die Initiative ergreifen, wenn etwa rechtsradikal beeinflusste "Bürgerinitiativen" und "Bürgerwehren" oder direkt neonazistische Kräfte Asylsuchende in der Umgebung terrorisieren, überfallen oder gar deren gefängnisähnliche Unterkünfte und Elendsquartiere anzünden.

Hier gilt es anzuknüpfen, eine gemeinsame Front zu schmieden gegen jegliche nationale Borniertheit, gegen das Gift des Chauvinismus und Rassismus, die gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Ausbeuter und Unterdrücker!

Gemeinsamer Kampf für das Recht auf ungehinderte Einwanderung

Die richtige Haltung zur Frage der modernen Völkerwanderung ist eng verbunden mit einer richtigen Haltung zur Frage des Asylrechts. Beide Fragen überschneiden sich. Es gibt Teilbereiche, in denen kaum genau festzustellen ist, ob es sich bei bestimmten Problemen um Fragen der Völkerwanderung, um Fragen der Arbeitssuchenden handelt oder nicht gleichzeitig um Fragen der politisch bedingten Verfolgung ganzer Volksgruppen.

Dies wird deutlich etwa bei den nach Westdeutschland gekommenen Kurden aus dem Staatsgebiet der Türkei. Einerseits kamen diese in der Tat auf der Suche nach Arbeit nach Westdeutschland, die unerträglichen Zustände in ihrer Heimat für die kurdische Minderheit aber stellen natürlich ebenfalls eine politische Verfolgung dar.

Bleiben wir einen Augenblick bei diesem Beispiel, um das Problem klar zu machen, um das es geht:

Wenn jemand aus der Türkei in Westdeutschland Arbeit sucht, er aber eben Arbeit sucht, weil er in seinem Heimatland politisch verfolgt wird und dort auch deswegen keine Arbeit findet, dort

nicht leben kann, dann ist es ganz und gar ein "taktische" Frage, eine Frage der jeweiligen Einschätzung, ob er sich nun als "Asylbewerber" registrieren läßt (das bedeutete bis 1990 langjähriges Arbeitsverbot, und auch heute noch langer Aufenthalt in sogenannten "Sammelslagern", Verbot, den Wohnort zu verlassen, reale Gefahr der Abschiebung und ist mit einer Fülle von Schikanen verbunden) oder ob er sich direkt um andere, sogenannte "illegale" Möglichkeiten kümmert. Droht ihm dann irgendwann die Ausweisung, höhen die verbrecherischen Bürokraten des west/deutschen Imperialismus: "Warum beantragt er denn erst jetzt, in der Abschiebehaft Asyl? Der kann doch gar nicht vorher verfolgt worden sein - Scheinasylant!"

In Wahrheit sind jedoch die Bedingungen der Asylsuchenden in Westdeutschland so miserabel und gekennzeichnet von so mannigfachen Einschränkungen, daß in der Realität dies für viele nur die letzte Möglichkeit ist, um einer sofortigen Abschiebung zu entgehen.

Wenn klar ist, daß wir im Geiste der internationalistischen Arbeiterbewegung gegen jede Einschränkung der Arbeitslaubnis und Einwanderung gegenüber Arbeitssuchenden aus anderen Ländern sind und gleichzeitig in demokratischer Tradition das Asylrecht verteidigen - dann werden wir in der Lage sein, auch ideologisch und politisch die hundertundeins aufgestellten Fallen der Ideologen des west/deutschen Imperialismus aufzuspielen und zu entlarven. Dann können wir **offensiv** sowohl das Recht auf Suche nach Arbeit für die "Verdamnten dieser Erde" verteidigen, als auch **offensiv** das Recht auf Asyl als demokratisch definiertes Grundrecht.

Gemeinsamer Kampf für alle demokratischen Rechte für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern

Der Kampf für das Recht auf ungehinderte Einwanderung für die Arbeiterinnen und Arbeiter, egal welcher Nationalität sie sind, egal aus welchen Ländern sie kommen, muß unbedingt mit dem Kampf gegen ihre Rechtlosigkeit, bzw. weitgehende Beschränkung ihrer Rechte verbunden

Was sich hier an den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland abspielt, spottet jeder Beschreibung: Es wird versucht, den Begriff des "politischen Asyls" so massiv wie nur möglich einzuschränken.

Vor allem versuchen die reaktionären Juristen die Sache so darzustellen, daß nicht die politischen verfolgten breiten Volksmassen, seien sie nun Mitglied einer Organisation oder nicht, das Recht auf politisches Asyl haben, sondern nur noch die aktiven, "eingeschränkten" Mitglieder - die sich womöglich noch von den jeweiligen reaktionären, konterrevolutionären Regimes schriftlich geben lassen müssen, daß sie politisch verfolgt werden.

Gleichzeitig wird von der imperialistischen Bourgeoisie auf **ideologischem Gebiet** eine Provokation gestartet, auf die viele ehrliche Kräfte, die aktiv gegen die reaktionäre Einschränkung des Asylrechts kämpfen, gerade falsch reagieren.

Provokativ berufen sich die imperialistischen Demagogen auf die abstrakt richtige Formel, daß doch "nicht jeder automatisch" das Asylrecht beanspruchen könne.

Diese reaktionären Kräfte haben dabei selbstverständlich nicht ihresgleichen, die konterrevolutionären Folterknechte etwa aus Chile oder anderswo vor Augen.

Sondern sie versuchen, die Tatsache, daß das Asylrecht wirklich "definiert" ist, daß also gewisse Einschränkungen und Grenzen bestehen, gerade **gegen eine demokratische und breite Anwendung des Asylrechts** gegenüber den breiten Massen der unterdrückten und verfolgten Werktätigen aus anderen Ländern zu wenden.

Heute steht dabei das Manöver im Vordergrund, die Frage des Asylrechts zu vermischen mit den Problemen der modernen Völkerwanderung, um das Asylrecht ad absurdum zu führen.

Denn in der Tat: Gerade aus Osteuropa kommen viele Werktätige nach Westeuropa, in die Bundesrepublik Deutschland, und es wäre unsinnig, den Begriff des "politischen Asyls" so aufzufassen, daß der gesamte Prozeß der Völkerwanderung von Ost- nach Westeuropa in diese Kategorie eingeordnet wird.

Auch wenn es sich dabei in der Mehrzahl nicht um Fälle "politischer Verfolgung" handelt, sollte man es sich zwei besonderen Gruppen aus Osteuropa gegenüber **nicht** so einfach machen: das sind die von Pogromen verfolgten Roma und die Teile der jüdischen Bevölkerung, die unter dem Eindruck des in Riesenschritten anwachsenden Antisemitismus aus ihrer Heimat fliehen, nach Westeuropa ausreisen und selbstverständlich im klassischen Sinne unter das Asylrecht fallen - fallen müßten.

Am Beispiel der Hetze gegen Arbeitsuchende und Flüchtlinge aus Rumänien kann dieses Problem erläutert werden.

Die Hetze gerade gegen die "Rumänen" hat einen seiner besonderen Gründe darin, daß weit über die Hälfte der aus Rumänien Fliehenden Roma sind. Während die reaktionär-antikommunistischen Kräfte in Rumänien gewiß keinen Grund haben zu fliehen, sondern in Rumänien bleiben, um ihr Unwesen zu treiben, sind dort die Roma, die auch schon zuvor unterdrückt waren, jetzt Opfer regelrechter Pogrome.

Wir wiederholen: weit über die Hälfte der Flüchtlinge und Arbeitsuchenden aus Rumänien sind Roma, diese verdienen unseren besonderen Schutz und unsere besondere Unterstützung!

Wir stellen dies besonders heraus, da aus gutem Grund Flüchtlinge aus Rumänien oftmals hier den Behörden nicht angeben, daß sie als Roma verfolgt sind, da dies nur erneute Verfolgung und besondere Diskriminierung hier in Deutschland bedeuten würde.

Gleichzeitig versuchen die Behörden, die die Anweisung haben, angekommene Flüchtlinge auf kleine Ortschaften zu verteilen, auch nur von "Rumänen" zu sprechen - aus ihrem bürokratischem Kalkül heraus, möglichst wenig "Ärger" zu bekommen.

Schon die bloße Ankündigung, daß "Rumänen" kommen, führe in kleineren Ortschaften zu unterschiedlich gearteten "Bürgeraktionen", die oftmals direkt in zutiefst reaktionäre, rassistische Kundgebungen mündeten, wenn klar wurde, daß verfolgte Roma aufgenommen werden sollten.

logischen Argumente der Bourgeoisie zu entlarven, die auf eine Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund unterschiedlicher Nationalität abzielen. Es gilt, den Arbeiterinnen und Arbeitern bewußt zu machen, daß dies (hisher leider oft erfolgreiche) Versuche der Bourgeoisie sind, die Arbeiterbewegung gegen den west/deutschen Imperialismus zu schwächen, sie zu knebeln, und die ökonomische und politische Macht der westdeutschen Imperialisten zu stabilisieren.

Ein Eingreifen in diesem Sinne, ein Verbreiten der revolutionären internationalistischen Ansichten in den Betrieben fällt gerade dort auf fruchtbaren Boden, auch wenn die west/deutsche Bourgeoisie mit ihrer chauvinistischen Verhetzung in der deutschen Arbeiterklasse, und gerade bei den arbeitarristokratischen Teilen besondere Erfolge hat.

Denn in den Betrieben, in den Kämpfen gegen das Kapital zeigt sich die "fortschrittliche Bedeutung der modernen Völkerwanderung", da die tägliche Erfahrung der Masse der Arbeiterklasse lehrt, daß sich die Bourgeoisie die Schranken der Nationalität zunutze macht und erst über diese Schranken hinweg sich ein auf internationalistischem Bewußtsein basierender gemeinsamer solidarischer Kampf gegen die Bourgeoisie entwickeln kann.

Nur auf dem Weg des Kampfes gegen Chauvinismus und Rassismus wird es gelingen, die fortschrittliche Bedeutung der modernen Völkerwanderung, von der Lenin sprach, für den gemeinsamen Kampf zu nutzen. Doch geschieht dies, wie jeder Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, nicht spontan. Dazu bedarf es einer zielklaren, im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus gestählten kommunistischen Partei, die das proletarische Klassenbewußtsein in die Massen hineinträgt!

Verhindert Abschiebung und Massenausweisung von politisch Verfolgten, die ihr demokratisches Recht auf Asyl fordern!

"keine Rede" sein könne, wenn Teilnehmer einer Demonstration, die festgenommen werden, etwa in der Türkei gefoltert würden. Das Auswärtige Amt gibt dann die Auskunft, daß dies in der Türkei halt so üblich sei und "Folter kein Asylgrund" sei.

werden. Beispielsweise wird ihnen das Wahlrecht vorenthalten, das Aufenthalts- und Arbeitsrecht ist durch eine ganze Reihe von Einschränkungen und Bedingungen beschnitten. Faktisch müssen sie ständig mit der Ausweisung oder Abschiebung rechnen, gerade auch, wenn es sich um revolutionäre klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen handelt.

Ein Eintreten der westdeutschen Arbeiterklasse für die demokratischen Rechte der aus anderen Ländern nach Westdeutschland gekommenen Arbeiterinnen und Arbeiter (egal ob sie aus ökonomisch-sozialen Gründen herkommen, oder weil sie vor der Reaktion in ihren Herkunftsländern fliehen mußten) ist die Voraussetzung, daß ein Vertrauen der eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter in die westdeutsche Arbeiterklasse entsteht.

Die weitverbreitete chauvinistische Ablehnung und die rassistischen Vorurteile, die auch von einem erheblichen Teil der westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern entgegengebracht werden, können nur Mißtrauen und nationale Absonderung bewirken.

Die weitgehende Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern ist zudem ein ganz zentrales Mittel der west/deutschen Bourgeoisie, um in Zeiten verstärkter Arbeitslosigkeit und Krisen oder auch in Arbeitskämpfen Druck auf diese auszuüben, um die gemeinsame internationalistische Kampffront der Arbeiterinnen und Arbeiter zu spalten oder ihr Entstehen im Kampf von vorneherein zu untergraben.

Gerade in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital in den Betrieben stellt sich daher die Aufgabe, alle Kräfte, alle Manöver und alle Ideo-

In der Frage des Asylrechts gibt es gerade in den letzten Jahren eine lange Debatte darüber - angezettelt von den Medien der Bourgeoisie - wer denn nun einen Anspruch auf dieses Recht habe.

Der Bourgeoisie geht es natürlich darum nachzuweisen, daß doch von politischer Verfolgung

setz" aufgenommen wurde, der Antikommunismus der damaligen Zeit, die damalige Situation überhaupt. So wurde nämlich in der Realität mit Hilfe dieses allgemein formulierten Artikels den **Faschisten und verbrecherischen Reaktionen**, die vor den Volksmassen ihrer Länder, etwa der Länder Osteuropas, das Weite suchten, der Weg in die Bundesrepublik geebnet. Und in der Tat strömten die **Faschisten und Konterrevolutionäre**, die gesuchten **Kollaborateure** des Nazi-Faschismus aus Rumänien, der Sowjetunion, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei nach Westdeutschland. Asylrecht **ausdrücklich für diese Sorte** von Leuten in das "Grundgesetz" aufzunehmen, war in der damaligen Situation unmöglich und so wurde die Sache eben so gedreht und ein **allgemeines Asylrecht ohne die von der UNO vorgesehene Einschränkung** festgeschrieben.

Und nach 1945, noch unter dem Eindruck der Anti-Hitlerkoalition, nahm die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" im Jahre 1948 zur Frage des demokratischen Asylrechts folgendermaßen Stellung:

"Artikel 14 [Asylrecht]"

1. Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.
2. Dieses Recht kann jedoch im Falle seiner Verfolgung wegen nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden."

Hier wird noch deutlich, daß Asyl für Folterknechte, gestürzte Despoten, Henker, Faschisten usw. nicht dem inneren Gehalt eines demokratischen Asylrechts entspricht.

Die reaktionäre Tradition der Anwendung des Asylrechts in Westdeutschland

In der Gegenüberstellung zum "Grundgesetz" wird vollends deutlich, daß die eigentliche Intention der Formulierung im "Grundgesetz" in erster Linie der Schutz der deutschen Naziverbrecher und ihrer Gefolgsleute war.

Dort heißt es im Artikel 16, Absatz 2:

"Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."

Dies wurde jedoch ganz gewiß nicht aus edlen, humanen Gründen im "Grundgesetz" verankert und erst recht nicht, um wirklich Freiheitskämpferinnen und -kämpfer aus aller Welt zu unterstützen. Auch wenn das Asylrecht für politisch Verfolgte auf dem Papier "neutral" formuliert wurde, so hat der westdeutsche Imperialismus **in der Realität niemals neutral** gehandelt.

Vielmehr war ein weiterer Hintergrund dafür, daß dieser Artikel so bereitwillig ins "Grundge-

In demselben Artikel 16, ebenfalls im Absatz 2 wurde aber auch festgelegt, daß "kein Deutscher an das Ausland ausgeliefert werden" darf. Konkret bedeutet das, daß Deutsche, die in anderen Ländern Verbrechen begangen haben, nicht ausgeliefert werden dürfen. Damit wurden angesichts der Hunderttausenden von Verbrechen, die Deutsche zur Zeit des Nazi-Faschismus in anderen Ländern begangen hatten, diese Leute davor geschützt, von den betroffenen Völkern gerichtet zu werden. Das ist der Inhalt des Artikels 16, Absatz 2, und das muß all jenen bewußt gemacht werden, die diesen Artikel insgesamt als "demokratisch-freieitlich" verteidigen.

Heute, wo die ökonomische Krise auch an Westdeutschland nicht spurlos vorbeigeht, wo die konkreten Möglichkeiten ungeheuer gewachsen sind, daß politisch Verfolgte aus anderen, weit entfernten Ländern und Erdteilen das Asylrecht in Westdeutschland in Anspruch nehmen, heute ist der westdeutsche Imperialismus interessiert, jenen Teil des Artikels 16 außer Kraft zu setzen, der **gewisse Möglichkeiten des Schutzes** für politisch verfolgte Antimperialistinnen und Antimperialisten, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kommunistinnen und Kommunisten bietet.

In vollem Bewußtsein, daß das "Grundgesetz" als Ganzes eine Waffe des westdeutschen Imperialismus zum Betrug der Volksmassen ist, daß das Eigentum an privaten Produktionsmitteln dort

Was ist ein politisch Verfolgter?

In der Verdummungs- und Hetzpropaganda des westdeutschen Imperialismus wird heute viel Druckerschwärze verwendet, um die Unterscheidung zwischen angeblichen "Scheinasylannten" und "politisch Verfolgten" unter die Leute zu bringen.

Und es wird zusammengeklappt, daß "politisch verfolgt" nach dem "Grundgesetz", aber auch nach internationalen Verträgen nur der sei, der selbst in einer politischen Organisation Mitglied war bzw. sich ausdrücklich politisch betätigte und deswegen verfolgt wird. Diese einengende, falsche Konstruktion soll dazu dienen, die Zahl der politisch Verfolgten so gering wie möglich zu halten.

In Wirklichkeit aber beinhaltet der Begriff des politisch Verfolgten, daß Menschen aus politischem Kalkül heraus, aus politischer Berechnung verfolgt werden, wobei eben nicht nur deren ausdrücklich politische Tätigkeit Grund der Verfolgung ist, sondern gerade auch rassistische, nationale und andere Gesichtspunkte der Anhänger hierfür sind.

Zudem wird in Zukunft gegen die Formierung der reaktionären Regimes in den Ländern Osteuropas zunehmend eine "linke" Opposition in diesen Ländern, eine fortschrittliche, an wirklichem Sozialismus orientierte Arbeiterbewegung entstehen und gewiß sofort politischer Unterdrückung ausgesetzt sein. Auch dieser Aspekt darf nicht aus den Augen verloren werden.

Das selbstverständliche auch für andere Länder und Regionen, etwa für Pakistan. Dort ist besonders deutlich, daß eine massive Unterdrückung

So erfordert ein richtiges Verständnis der Probleme der **Überschneidung** des Asylrechts mit der Frage der Völkerwanderung auf jeden Fall **offensive** Antworten auf jegliche Form nationalstischer und rassistischer Hetze.

Zu Fragen des demokratischen Rechts auf Asyl:

Kein Asylrecht für Tyrannen und Folterknechte!

bannten Fremden Asyl. Den Tyrannen dagegen wird es verweigert."

In der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins wurde selbstverständlich ein Asylrecht in der Verfassung verankert und definiert, ein Asylrecht nicht für die gestürzten Despoten, sondern für die verfolgten "Verdammten dieser Erde".

In der 1936 verabschiedeten Verfassung der Sozialistischen Sowjetunion hieß es:

"Da französische Volk gewährt allen aus ihrem Vaterland wegen ihres Freiheitskampfes ver-

verankert ist u.a.m., in vollem Bewußtsein, daß auch der Artikel 16 der Verfassung zwiespältig, ja falsch ist, müssen dennoch *alle* Versuche des westdeutschen Imperialismus bekämpft werden,

Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus - es lebe der proletarische Internationalismus!

Fragen im Kampf gegen reaktionäre Massenmobilisierung

Nehmen wir nur das Beispiel Lebach/Saarland, wo es den Politikern des westdeutschen Imperialismus im vergangenen Jahr gelang, eine relativ breite Massenbewegung der deutschen Einwohner gegen die am Ort untergebrachten Roma zu initiieren. Hier wurde deutlich, wie so etwas funktioniert:

Wenn in einem Ort, in einer Kleinstadt, vielleicht in ländlichem Gebiet, die Ankündigung des Bürgermeisters oder gar die "Flüsterpropaganda" die Menschen erreicht, daß sogenannte "Asylanten" "über 500 an der Zahl" usw. auch auf diese Gemeinde "aufgeteilt" werden, dann werden eine Reihe von Mechanismen in Gang gesetzt.

Auf perfide Weise wird einerseits die "Empörung" geschürt und gleichzeitig eine Politik der achselzuckenden Bemerkung praktiziert, daß dies von "oben beschlossen" worden sei, nichts zu machen sei, usw. Damit wird eine ganz bestimmte Stimmung in der Bevölkerung erzeugt oder gefördert.

Zusätzliche Maßnahmen und Ankündigungen ("Fußballtraining fällt jetzt aus, die Turnhalle ist belegt", "Frauen bringen die nicht mit, das sind alles ledige junge Männer, die Frauen holen die sich bei uns") heizen die Stimmung weiter an, und rasch ist eine Atmosphäre geschaffen, in der "seriöse Bürger" je nach Mentalität eine "Bürgerwehr" oder eine "Bürgerinitiative" gründen, und in der alkoholisierte, aufgehetzte Kräfte nachts Steine und Brandsätze werfen.

Wenn dann nach einigen "Aktionen", nachdem es Verletzte oder gar Tote gegeben hat, die Asylsuchenden fluchtartig diese "gasfreundliche" Szene verlassen, dann triumphiert der "Volkszorn". Ein Exempel ist statuiert, ein "Sieg" ist errungen, die wirklich demokratischen Kräfte

das *Asylrecht zu besitzigen*. Dabei geht es vorrangig ganz sicher nicht um juristische Fragen und einzelne Formulierungen, sondern um den *entsprechend geführten Kampf!*

haben sich garricht zu Wort gemeldet oder wurden rasch zur Seite gedrängt.

Die Folgen solcher "Siege":

Die Ideen des proletarischen Internationalismus sind in noch weitere Ferne gerückt, die reaktionären Ideen sind durch reaktionäre Handlungen gefestigt worden. Die westdeutsche Bourgeoisie hat erneut eine Schlacht gewonnen, kann weiter sich auf diesen "Volkszorn" berufend - restriktive Gesetze und Maßnahmen unter dem Vorwand des "Schutzes der Bevölkerung" durchheischen.

Besonders widerlich ist die Entwicklung solcher "Bürgerinitiativen" vor allem dort, wo es um Roma aus Osteuropa geht. Offene rassistische Hetze, direktes Anknüpfen an die Nazi-Propaganda gegen "die Zigeuner", die zur Vernichtung von 500.000 Sinti und Roma führte, manifestieren sich auf den Straßen; die wenigen Gegenaktionen zur *Solidarität* haben nicht genügend Saft und Kraft. Dennoch können sie nicht hoch genug geschätzt, müssen unterstützt und gefördert werden.

Dort, wo sich reaktionäre "Bürgerinitiativen" gegen Asylbewerber bilden, können als praktische Handlungshinweise festgehalten werden:

★ Selbst dort, wo dem Protest der "einheimischen Bewohner" ein scheinbar berechtigtes Anliegen zugrunde liegt (Beispiel: keine Trainingsmöglichkeiten in der Turnhalle), ist eine ganz gewiß absolut unzulässig: Einfach *mit der Strömung* mitzuschwimmen, so zu tun, als ob der "Protest" gegen solche Maßnahmen doch "an und für sich" berechtigt wäre, den konkreten Zusammenhang mit der reaktionären Stimmungsmache also zu ignorieren.

★ Es wäre andererseits auch falsch, ungeschickt und der Sache gegenüber ganz und gar schädlich, vor jeglicher Sorge, vor jeglichen Ängsten von vorneherein die Augen zu verschließen. Natürlich

muß der Versuch gemacht werden, die reaktionären Scharfmacher von ihren Mitläufern zu trennen, wenn es reale Möglichkeiten dazu gibt.

Gegen alle falschen Ansichten, möglichst Punkt für Punkt, so konkret wie möglich und so grundsätzlich wie es geht, muß durch eigene Aktionen, durch Flugblattverteilung, durch Plakate usw. der springende Punkt herausgestellt werden:

Nur gemeinsam mit den Asylsuchenden können konkrete Probleme vor Ort angepackt werden, nur im Zeichen der Solidarität, wenn wirkliche Kontakte zwischen den Asylsuchenden und etwa den Jugendlichen im Dorf, in der Kleinstadt, im Stadtteil hergestellt sind, wenn die Lebensgeschichte einzelner Flüchtlinge bekannt ist, kann gemeinsam gegen unhaltbare Zustände protestiert werden, die in erster Linie die Flüchtlinge treffen und - wenn überhaupt - in zweiter Linie erst die sogenannten "Einheimischen".

So und nur so, nur gemeinsam mit den Asylsuchenden können die reaktionären Provokationen der Regierungsstellen und Ämter durchkreuzt, kann den reaktionären Scharfmachern das Wasser abgegraben und gleichzeitig die Situation zur politischen Aufklärung, Diskussion über die Wurzeln des Elends dieser Welt, die Wurzeln von Rassismus und Nationalismus genutzt werden.

Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein!

Der ideologische und politische Kampf gegen die *Fluten und Ströme des deutschen Chauvinismus* ist nicht nur im Interesse der Freiheitskämpferinnen und -kämpfer, der politisch Verfolgten, der Arbeitsuchenden aus aller Welt nötig, sondern gerade auch im Interesse der *Aufklärung und Erziehung der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werktätigen überhaupt.*

**Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herr'n!
Reden erst die Völker selber, werden sie bald einig sein!
Es lebe der Proletarische Internationalismus!
Tod dem west/deutschen Imperialismus,
Revanchismus und Militarismus!**

Auszug aus:
"Gegen die Strömung",
Nr. 57, Oktober 1991

Denn die immer massiver werdenden Bemühungen, sie rassistisch zu verblenden, ihnen ein Überlegenheitsgefühl gegenüber Menschen aus anderen Kontinenten, aus der Türkei, Sri Lanka, Osteuropa usw. einzupflanzen, die Versuche, sie gegen politische Flüchtlinge aus anderen Ländern aufzuheizen, um sie *von ihrer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung abzulenken, ihnen hierfür einen Sündenbock zu präsentieren und sie ideologisch auf kommende Kriege gegen andere Völker einzustimmen*, machen ja in Wirklichkeit jeglichen Fortschritt im Klassenkampf hier in Westdeutschland unmöglich. Der bewaffnete Kampf des Proletariats zum Sturz des westdeutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution, zur Zerschlagung seines Staatsapparates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Teilhabe an der proletarischen Weltrevolution sind *völlig ausgeschlossen*, wenn ein solcher Chauvinismus vorherrscht.

Und es ist die harte Wahrheit, daß ein Großteil der Bevölkerung unter dem Eindruck der faschistischen und rassistischen Hetze in den Chor von der angeblichen "Überfremdung", der angeblichen "Asylantenflut" und ähnliches einstimmt. Um so dringlicher ist es heute, einer wirklichen, aber einer ganz anderen Flut entgegenzutreten, der *Flut des deutschen Chauvinismus*. Um so wertvoller sind in diesem Zusammenhang jene positiven Beispiele, wo ehrlich empörte Teile der Bevölkerung an der Seite der Asylsuchenden gegen diese chauvinistische Strömung ankämpfen.

Das ist die einzige Möglichkeit, um voranzukommen auf dem Weg zur Vernichtung des Weltimperialismus gemeinsam mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Völkern der Welt. Auf diesem langen, gewundenen und schwierigen, aber einzig möglichen Weg zu diesem Ziel ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse im Sinne des proletarischen Internationalismus, sich im Kampf gegen den Weltimperialismus, für die proletarische Weltrevolution gegenseitig maximal zu unterstützen!

Nazi-Morde 1991/92

- eine unvollständige Chronik -

1. 1. 1991 Rosdorf bei Göttingen: **Alexander Selchow** wird von zwei Neonazis erstochen.
23. 2. 1991 Sachsen (Ex-DDR): Ein **Mann aus Afghanistan** stirbt nach einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe.
31. 3. 1991 Dresden (Ex-DDR): Der mosambikanische Arbeiter **Jorge Joao Gomondai** wird in einer Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. Er stirbt kurz darauf.
8. 5. 1991 Gilhorn: Der 23jährige **Mathias Knabe** wird von 20 Skinheads angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Am 4. 3. 1992 erliegt er seinen Verletzungen.
1. 6. 1991 Leipzig (Ex-DDR): Ein **43jähriger Mann** wird von Skinheads aus der fahrenden Straßenbahn geworfen, er stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.
4. 6. 1991 Käsdorf (Niedersachsen): **Helmut Léga** wird von zwei Neonazis angegriffen und erstochen.
16. 6. 1991 Friedrichshafen: Der 34jährige Angolaner **Agostinho** wird von einem "DVU-Ordner" erstochen.
19. 9. 1991 Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim stirbt **Samuel Kofi Yeboah** aus Ghana.
29. 9. 1991 München: Ein **Mann aus Rumänien** wird von 10 Neonazis überfallen und brutal mißhandelt. Er stirbt am 10. 12. 91.
12. 11. 1991 Berlin: Nach einer Auseinandersetzung mit rassistischen Deutschen stirbt der 19jährige **Mete Eksi** an seinen Verletzungen.
3. 12. 1991 Hohenselchow (Mecklenburg-Vorpommern, Ex-DDR): Ein **30jähriger Mann** wird von Neonazis erschlagen.
14. 12. 1991 Der 27jährige **Timo Kähke** wird erschossen und in seinem Auto verbrannt. Der Tat dringend verdächtig ist die "Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg".
5. 1. 1992 Augsburg: Ein **Nigerianer** stirbt nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek.
31. 1. 1992 Lampertheim (Hessen): Eine **dreiköpfige Familie aus Sri Lanka** kommt bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in den Flammen um.
14. 3. 1992 Saal bei Rostock (Ex-DDR): Der 18jährige **Dragomir Christinel** aus Rumänien wird von rund 40 rassistischen Deutschen in einem Flüchtlingsheim bei Rostock überfallen und erschlagen.
18. 3. 1992 Buxtehude: Der 53jährige Kapitän **Gustav Schneeclaus** wird von zwei Skinheads zusammengeschlagen, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.
19. 3. 1992 Flensburg: Der 31jährige Obdachlose **Ingo Finnern** wird von einem Skinhead zusammengeschlagen und in ein Hafenbecken geworfen. Dort ertrinkt der Mann.
4. 4. 1992 Hörstel (NRW): Nach Brandstiftung in einem Flüchtlingsheim stirbt ein dort untergebrachter **Mann**.
24. 4. 1992 Ostberlin (Ex-DDR): In Marzahn wird der 29jährige Vietnamese **Nguyen Van Tu** auf offener Straße von einem Skinhead erstochen. Die zahlreich herumstehenden Deutschen sehen dabei tatenlos zu.
10. 5. 1992 Magdeburg (Ex-DDR): 60 Neonazis überfallen ein Gartenlokal. Der 23jährige **Thorsten Lamprecht** stirbt zwei Tage später an den Folgen eines schweren Schädelbruchs.
1. 7. 1992 Neuruppin (Brandenburg, Ex-DDR): Ein Skinhead ersticht den 50jährigen **Emil Wendland**. Zuvor war dieser von mehreren Skinheads durch Schläge und Fußtritte mehrerer Skinheads mißhandelt worden.
8. 7. 1992 Kemnath-Ostfildern (b. Stuttgart): Sieben Skinheads erschlagen den Arbeiter **Sadri Berisha**, einen 55jährigen Kosovo-Albaner, in einem Bauarbeiter-Wohnheim.
1. 8. 1992 Bad Breisig (Rheinland-Pf.): Der 49jährige Obdachlose **Klaus Dieter Klein** wird von zwei Neonazis erstochen.
3. 8. 1992 Stotternheim (Thüringen, Ex-DDR): Drei Skinheads, die als Rausschmeißer in einer Diskothek arbeiten, schlagen den 24jährigen Polen **Ireneusz Syderski** so brutal zusammen, daß der Mann kurz darauf stirbt.
24. 8. 1992 Koblenz: Ein Skinhead erschießt den 35jährigen Obdachlosen **Frank Bönisch**.
29. 8. 1992 Westberlin: In Charlottenburg verletzen zwei Skinheads den obdachlosen **Günter Schwannicke**, 58, tödlich.
19. 10. 1992 Westberlin: In der Nähe des "Ku'damms" schlagen mehrere Männer einen **37jährigen Peruaner** zusammen und erstechen ihn dann.
- November Königswusterhausen (Ex-DDR): **Zwei Antifaschisten** werden in der Nähe der S-Bahn tot aufgefunden, nachdem Drohbriefe von Neonazis vorausgegangen waren.
7. 11. 1992 Brandenburg (Ex-DDR): Drei Neonazis ermorden den 52jährigen Obdachlosen **Rolf Schulze**. Nachdem sie ihn am Kolpinsee zunächst mißhandelten, übergießen sie ihn mit Benzin und zünden ihn an.
13. 11. 1992 Wuppertal: Zwei Skinheads verletzen den 53jährigen **Karl-Hans Rohn** durch Schläge und Fußtritte lebensgefährlich, übergießen ihn mit Alkohol und zünden ihn an, weil sie ihn "für einen Juden" gehalten haben.
21. 11. 1992 Ostberlin (Ex-DDR): Neonazistechen den 27jährigen **Silvio Meier** nieder und verletzen mehrere seiner Begleiter.
23. 11. 1992 Mölln: Bei einem Brandanschlag von Neonazis auf zwei von mehreren Familien aus der Türkei bewohnte Häuser sterben **Yeliz Arslan** (10), **Vahide Arslan** (51) und **Ayşe Yilmaz** (14). Neun weitere Bewohner werden zum Teil schwer verletzt.

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Als Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6000 Frankfurt/Main 1